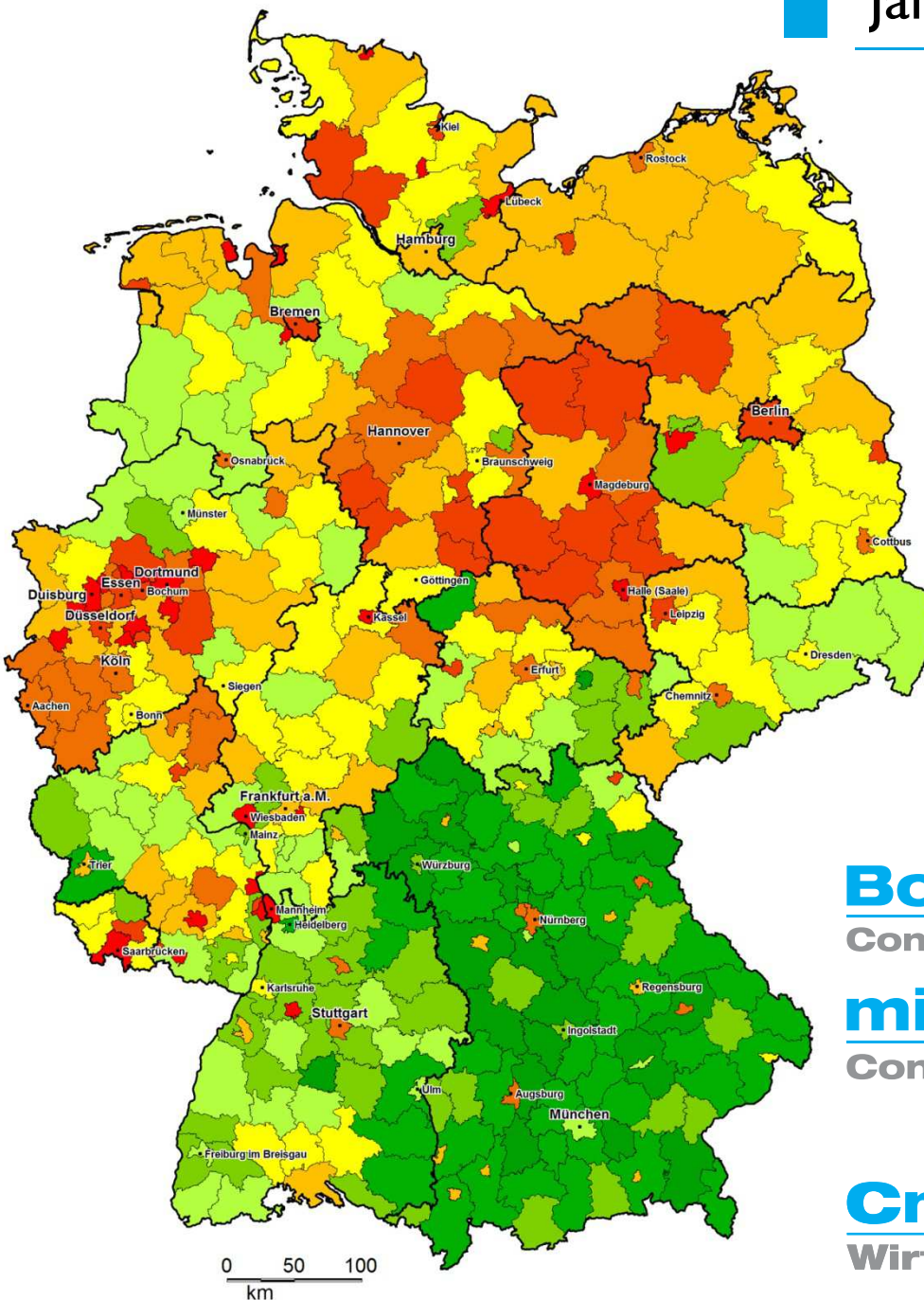


SchuldnerAtlas Deutschland

Überschuldung von Verbrauchern

■ Jahr 2016



Boniversum
Consumer Information

microm
Consumer Marketing


Creditreform
Wirtschaftsforschung

INHALT

SEITE

Vorwort

TRENDS KOMPAKT 2016: Überschuldung nimmt 2016 erneut spürbar zu

1	Status: Überschuldung von Verbrauchern in Deutschland	1
1.1	Die Zahl der Überschuldungsfälle von Verbrauchern hat 2016 spürbar zugenommen	4
1.2	„Harte Überschuldung“ nimmt weiter zu	11
1.3	Ostdeutschland verschlechtert sich stärker als Westdeutschland – auch durch Abwanderung	17
1.4	Ergebniseinordnung: Die Überschuldung in Deutschland steigt trotz sinkender Arbeitslosigkeit und Konjunkturboom	23
2	Exkurs: Fluchtmigration und Überschuldung – was wir sagen können	28
3	Perspektiven: Auch einfache Maßnahmen können große Wirkungen zeigen	36
3.1	Die Überschuldung von Verbrauchern aus internationaler Perspektive: Die Beispiele Großbritannien und USA	36
3.2	Internationale Ansätze der Überschuldungsprävention aus verhaltensökonomischer Sicht: Ein Gastbeitrag von Prof. Dr. Cäzilia Loibl, CFP® (Department of Human Sciences, The Ohio State University, U.S.A.)	43
3.2.1	Ressourcenknappheit: Neuer Ansatz zur Erklärung von Überschuldungsprozessen	44
3.2.2	Interventionen: Auch einfache Maßnahmen zeigen große Wirkungen	48
3.2.3	Fazit: Psychologische Faktoren berücksichtigen – Forschung und Anwendung verzahnen – langjährige systematische Datenerhebungen nutzen	52
4	Blick in die Zukunft: Die Überschuldungsampel wechselt auf „dunkelrot“	54
5	Ergebnisse kompakt	56
6	Basisdaten: Karten, Tabellen und Schaubilder	59
6.1	Karten	59
6.2	Tabellen und Schaubilder	63

Vorwort

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

im November 2006, also vor zehn Jahren, wurde der SchuldnerAtlas Deutschland erstmals von Creditreform der Öffentlichkeit vorgestellt. Die ersten Auswertungen zur Überschuldungslage deutscher Verbraucher auf Grundlage der Datenbanken der Creditreform-Tochterunternehmen Boniversum (ehemals: CEG) und microm datieren auf das Jahr 2003. 2006 / 2007 erreichten die Überschuldungszahlen, zeitversetzt und im Nachgang der rezessiven Phase zur Jahrtausendwende ihren Höhepunkt, um dann 2011 einen vorläufigen Tiefpunkt zu erreichen. Seitdem nimmt die Zahl der Überschuldungsfälle in Deutschland wieder kontinuierlich zu.

In den letzten zwölf Monaten stieg die Zahl überschuldeter Verbraucher erneut und zudem stärker als angesichts der weiterhin stabilen Konjunkturlage anzunehmen war. Die wirtschaftliche Lage der meisten Deutschen ist derzeit besser denn je, die Arbeitslosigkeit liegt auf dem niedrigsten Niveau seit über 25 Jahren. Zudem übten sich viele Verbraucher in Kaufzurückhaltung und Ausgabenvorsicht – nicht zuletzt wegen der globalpolitischen Drohkulisse und der Angst vor Terroranschlägen. Dennoch nahm die Zahl der Überschuldungsfälle (+ 131.000 Fälle) in ganz Deutschland wieder spürbar zu. Die Überschuldungsquote steigt (von 9,92 auf 10,06 Prozent) erstmals seit 2008 über die 10-Prozent-Marke. Und auch für die nächsten Monate ist nicht davon auszugehen,

dass die Überschuldungszahlen in Deutschland sinken werden.

Auch wenn sich der vorliegende SchuldnerAtlas auf die Überschuldungslage deutscher Verbraucher bezieht, hilft ein Blick über den nationalen Tellerrand, um die eigene Lage besser einschätzen und auch neue Wege aus der Überschuldungskrise finden zu können. Das diesjährige Sonderthema widmet sich daher dem Themenfeld „Internationale Ansätze der Überschuldungsprävention aus verhaltensökonomischer Sicht“. Hierfür konnten wir die renommierte Haushaltswissenschaftlerin Prof. Dr. Cäzilia Loibl gewinnen. Loibl lehrt an der Ohio State University (U.S.A.) und hat in den vergangenen Jahren als Gastprofessorin an der Leeds University Business School an einem internationalen Forschungsprojekt zur Überschuldungslage älterer Menschen mitgearbeitet. Die Schlussfolgerungen ihrer Arbeit belegen: Auch einfache Maßnahmen können große Wirkungen bei der Überschuldungsprävention zeigen.

Last but not least ein Hinweis in eigener Sache: Wir haben den SchuldnerAtlas inhaltlich und strukturell überarbeitet. Zunächst finden Sie alle Ergebnisse in gewohnter Qualität, allerdings sind die Tabellen an den Schluss des Berichts „gewandert“. Außerdem finden Sie einen ersten Überblick als „Trends kompakt“ auf einer Folgeseite.

Wir wünschen Ihnen eine spannende und erkenntnisreiche Analyse.

Herzlichst

Ralf Zirbes
Creditreform
Boniversum GmbH

Rolf Küppers
microm Micromarketing-
Systeme und Consult GmbH

Michael Bretz
Creditreform
Wirtschaftsforschung

Neuss, den 10. November 2016

Wichtige Definitionen

Ansatz und Basisbegriffe

Der SchuldnerAtlas Deutschland untersucht, wie sich die Überschuldung von Verbrauchern innerhalb Deutschlands kleinräumig verteilt und entwickelt. Überschuldung liegt dann vor, wenn der Schuldner die Summe seiner fälligen Zahlungsverpflichtungen mit hoher Wahrscheinlichkeit über einen längeren Zeitraum nicht begleichen kann und ihm zur Deckung seines Lebensunterhaltes weder Vermögen noch Kreditmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Oder kurz: Die zu leistenden Gesamtausgaben sind höher als die Einnahmen. Mit Hilfe der Überschuldungsquoten, das heißt dem Anteil der Personen mit Negativmerkmalen im Verhältnis zu allen Personen ab 18 Jahren, kann die Überschuldung in ihrer geographischen Verteilung bis hin auf die Ebene von Straßenabschnitten dargestellt werden.

Negativmerkmale

Die Negativmerkmale setzen sich zusammen aus den aktuell vorliegenden juristischen Sachverhalten (Daten aus den amtlichen Schuldnerverzeichnissen – früher: Haftanordnung und Eidesstattliche Versicherung – und Privatinsolvenzen), unstrittigen Inkasso-Fällen von Creditreform gegenüber Privatpersonen und nachhaltigen Zahlungsstörungen. Nachhaltige Zahlungsstörungen werden in einer Minimaldefinition abgegrenzt durch den Tatbestand von mindestens zwei, meist aber mehreren vergeblichen Mahnungen mehrerer Gläubiger. Die Speicherung der Daten ist durch das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) und dort vor allem durch § 28a und § 29 geregelt.

Überschuldungsintensität

Zwei Formen von Überschuldung werden in der Analyse unterschieden: Fälle mit „hoher“ Überschuldungsintensität basieren auf einer hohen Anzahl von miteinander verknüpften Negativmerkmalen, meist juristischen Sachverhalten und unstrittigen Inkasso-Fällen, zudem oft nachhaltigen Zahlungsstörungen. Fälle mit „geringer Überschuldungsintensität“ basieren auf einer eher niedrigen Anzahl von Negativmerkmalen, oft auch so genannten nachhaltigen Zahlungsstörungen (Minimaldefinition abgegrenzt durch den Tatbestand von mindestens zwei, meist aber mehreren vergeblichen Mahnungen mehrerer Gläubiger).

Datenquellen

Die vorliegende Analyse basiert auf den Daten und Karten der Creditreform Tochterfirmen Creditreform Boniversum GmbH und microm Micromarketing-Systeme und Consult GmbH (beide Neuss).

TRENDS KOMPAKT: Überschuldung nimmt 2016 erneut spürbar zu

	Basiswerte	Abweichungen	
Überschuldete Personen	6,85 Millionen	+ 131.000 Fälle	+ 1,9 Prozent
Überschuldungsquote	10,06 Prozent	+ 0,14 Punkte	
<i>Personen mit harten Negativmerkmalen</i>	<i>4,17 Millionen</i>	<i>+220.000 Fälle</i>	<i>+ 5,6 Prozent</i>
<i>Personen mit weichen Negativmerkmalen</i>	<i>2,68 Millionen</i>	<i>- 89.000 Fälle</i>	<i>- 3,2 Prozent</i>
<i>Überschuldete Haushalte</i>	<i>3,37 Millionen</i>	<i>+ 42.000 Fälle</i>	<i>+ 1,3 Prozent</i>
Frauen	2,64 Millionen	+ 63.000 Fälle	+ 2,4 Prozent
<i>Überschuldungsquote</i>	<i>7,55 Prozent</i>	<i>+ 0,15 Punkte</i>	
Männer	4,21 Millionen	+ 68.000 Fälle	+ 1,6 Prozent
<i>Überschuldungsquote</i>	<i>12,72 Prozent</i>	<i>+ 0,11 Punkte</i>	
bis 30 Jahre	1,66 Millionen	- 28.000 Fälle	- 1,7 Prozent
<i>Überschuldungsquote</i>	<i>14,50 Prozent</i>	<i>- 0,36 Punkte</i>	
30 bis 39 Jahre	1,88 Millionen	+ 57.000 Fälle	+ 3,1 Prozent
<i>Überschuldungsquote</i>	<i>19,17 Prozent</i>	<i>+ 0,36 Punkte</i>	
40 bis 49 Jahre	1,49 Millionen	± 0 Fälle	± 0,0 Prozent
<i>Überschuldungsquote</i>	<i>12,56 Prozent</i>	<i>+ 0,49 Punkte</i>	
50 bis 59 Jahre	1,13 Millionen	+ 43.000 Fälle	+ 3,9 Prozent
<i>Überschuldungsquote</i>	<i>8,90 Prozent</i>	<i>+ 0,13 Punkte</i>	
60 bis 69 Jahre	0,50 Millionen	+ 33.000 Fälle	+ 7,1 Prozent
<i>Überschuldungsquote</i>	<i>5,51 Prozent</i>	<i>+ 0,27 Punkte</i>	
über 70 Jahre	0,17 Millionen	+ 25.000 Fälle	+ 16,4 Prozent
<i>Überschuldungsquote</i>	<i>1,34 Prozent</i>	<i>+ 0,17 Punkte</i>	
Gesamtschuldenvolumen*	235 Mrd. Euro	+ 4 Mrd. Euro	+ 2 Prozent

*) Basiswert für mittlere Schuldenhöhe: Statistisches Bundesamt, Statistik zur Überschuldung privater Personen 2015, 01.07.2016. – Der Wert für 2016 basiert auf einer Hochrechnung.
 Alle Tabellen nebst detaillierten Quellenangaben sind in Kapitel 6 Basisdaten: Karten, Tabellen und Schaubilder zu finden.
Rundungsdifferenzen möglich.

■ 1 Status: Überschuldung von Verbrauchern in Deutschland

Die Überschuldungssituation der Verbraucher in Deutschland hat sich in den letzten zwölf Monaten zum dritten Mal in Folge verschlechtert – und zudem stärker als im letzten Jahr zu befürchten war. Die eher pessimistische Prognose aus dem Vorjahr bestätigt sich, auch wenn sich die konjunkturelle Lage in Deutschland in den letzten zwölf Monaten trotz des „globalen Krisenmodus“ und einer temporären Zunahme des Rezessionsrisikos (IMK Konjunkturindikator) erfreulich stabil zeigte. Das Bruttoinlandsprodukt stieg dank „moderatem Wachstumskurs“ im Gesamtjahr 2015 um 1,7 Prozent, für das laufende Jahr erwartet der Deutsche Industrie- und Handelskammertag in der aktuellen Herbstprognose sogar einen Anstieg um 1,9 Prozent. Die Creditreform Wirtschaftsforschung sieht Mitte Oktober für die Mittelstandskonjunktur ganz aktuell einen „goldenen Herbst auf breiter Front“.

Zudem hat die so genannte „Flüchtlingskrise“, die seit Herbst 2015 die Medien und die öffentliche Wahrnehmung dominiert, weniger dramatische wirtschaftliche Folgen als im letzten Jahr befürchtet wurde. Die vorliegenden Daten lassen derzeit jedenfalls keinen Rückschluss darauf zu, dass der Anstieg der Überschuldungszahlen mit der Zunahme der Flüchtlinge in Verbindung steht. Ausnahmen bestätigen allerdings die Regel, wie auch vereinzelte Medienberichte aufdecken. Dennoch spiegelt sich in der deutlichen Zunahme der Gesamtbevölkerung der „außergewöhnlich hohe Anstieg ausländischer Zuwanderer“. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund befindet sich laut Statistischem Bundesamt „auf Rekordniveau“. Eine Folge: Die Überschuldungsquote fällt niedriger aus als ohne Zuwanderung. Dennoch bleibt das Thema Flüchtlinge nach einer Analyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung ein „Streitthema“, bei dem „negative Einschätzungen überwiegen“ (DIW-Wochenbericht 08/2016). Und dies, obwohl die Zahl der Flüchtlinge laut Innenminister Thomas de Maizière von 890.000 im Jahr 2015 auf nun mehr 210.000 bis Ende September 2016 sprunghaft zurückgegangen ist. Der im Vorjahr

14. SchuldnerAtlas Deutschland: Überschuldungsfälle nehmen spürbar zu

Bruttoinlandsprodukt auch 2016 auf Wachstumskurs

„Goldner Herbst“ für die Mittelstandskonjunktur

„Flüchtlingskrise“ zeigt weniger dramatische wirtschaftliche Folgen als befürchtet

Überschuldung von Flüchtlingen: „Ausnahmen“

„Streitthema“ mit eher negativen Einschätzungen

befürchtete „Angebotsschock“ auf dem Arbeitsmarkt ist bislang jedenfalls ausgeblieben.

***Einkommenssituation
und Konjunkturklima
bleiben stabil positiv***

***Arbeitslosigkeit auf
niedrigstem Niveau
seit Mitte 1991***

***2017 / 2018:
„Rückkehr der Inflation“?***

***Konjunkturlage ist besser
als die Stimmungslage***

***Globalpolitische Risiko-
faktoren und Terrorangst***

Zudem konnten sich die meisten Verbraucher in Deutschland, wie bereits in den vergangenen Jahren, über weithin stabile und günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen freuen. Arbeitsmarkt, Einkommenssituation sowie Konjunktur- und Konsumklima als für die Verbraucher wesentlichen Parameter zeigten sich auch in den letzten zwölf Monaten weitgehend verlässlich positiv. Die Einkommenssituation der Verbraucher blieb auch wegen der vergleichsweise hohen Tarifabschlüsse des letzten und auch des laufenden Jahres stabil. Zudem hat die Arbeitslosigkeit trotz Zuwanderung weiter abgenommen. Die Arbeitslosenquote lag im Oktober 2016 bei 5,8 Prozent (30. Oktober 2016: 2,534 Millionen Arbeitslose; - 109.400 im Vergleich zum Vorjahr). Die Arbeitslosenzahl liegt auf dem niedrigsten Stand seit über 25 Jahren. Ein fester Arbeitsplatz bildet weiterhin die wichtigste Grundlage, um das Überschuldungsrisiko bei den meisten Verbrauchern gering zu halten. Und auch bis zuletzt verhartete die Inflationsrate in Deutschland und in der Eurozone auf niedrigem Niveau. Allerdings prognostiziert der Internationale Währungsfonds (IWF) für die nähere Zukunft eine „Rückkehr der Inflation“ mit „heftigen Folgen“ für die Märkte.

Zugleich litt die Stimmungslage von Unternehmen und Verbrauchern angesichts der Vielzahl globalpolitischer Krisenherde. Und spätestens seit den Terrorakten von Paris im letzten November ist die Terrorangst in Deutschland angekommen. Erste Terrorakte erreichten auch Deutschland im Sommer 2016 direkt. Zudem bleiben die Folgewirkungen des „Brexit“, also des Austritts von Großbritannien aus der Europäischen Union, noch unüberschaubar, auch wenn Volkswirte einem „Unsicherheitsschock“ (DIW) durch den Brexit für „überzogen“ halten. Alles in allem werden die Perspektiven für die deutsche Wirtschaft derzeit wieder etwas negativer beurteilt. Die Konjunkturindikatoren zeigen sich allerdings uneinheitlich.

Vor dem Hintergrund der weiterhin stabilen Wirtschaftslage in Deutschland sind die aktuell merklich ansteigenden Daten zur Überschuldungsentwicklung nochmals negativer zu bewerten als in den Vorjahren. So beruht der Anstieg der Überschuldungsfälle auch in diesem Jahr ausschließlich auf einer Zunahme der Fälle mit so genannter „hoher Überschuldungsintensität“ (vereinfacht: juristische Sachverhalte). Die Zahl der Überschuldungsfälle mit geringer Intensität (vereinfacht: nachhaltige Zahlungsstörungen) hat hingegen zum vierten Mal in Folge abgenommen. Offensichtlich sind viele überschuldete Personen, die zunächst oft auch durch Konsumverschuldung verursachte nachhaltige Zahlungsstörungen aufwiesen, in eine anhaltende Überschuldungskrise geraten. Zudem zeigt sich, dass auch das Phänomen Altersüberschuldung weiter an Bedeutung gewonnen hat. Hingegen hat die Zahl junger überschuldeter Verbraucher wiederum spürbar abgenommen. Perspektivisch ist daher davon auszugehen, dass die Überschuldungszahlen in Deutschland auch in der näheren Zukunft weiter steigen werden. Für viele Verbraucher ist die Überschuldungsampel mittlerweile auf „dunkelrot“ gewechselt.

Nicht nur angesichts des weiter zunehmenden Problemdrucks befasst sich das aktuelle Sonderthema in diesem Jahr aus internationaler Perspektive mit Wegen aus der Überschuldungskrise. Der vorliegende Gastbeitrag der Haushaltswissenschaftlerin Prof. Dr. Cäzilia Loibl von der Ohio State University (U.S.A.) wechselt dabei auf Grundlage aktueller Überschuldungszahlen für Großbritannien und die USA den Blickwinkel von der ökonomischen Makroperspektive auf die Handlungsperspektiven der betroffenen Verbraucher. Ihre handlungsorientierten Schlussfolgerungen belegen: Auch einfache Maßnahmen können große Wirkungen zeigen.

Aktuelle Lage ist negativer als erwartet, da ...

... die Zahl der Überschuldungsfälle mit hoher Überschuldungsintensität weiter deutlich zunimmt

Altersüberschuldung steigt, „junge Überschuldung“ geht zurück

Überschuldungsampel wechselt auf „dunkelrot“

***Sonderthema:
„Internationale Ansätze der Überschuldungsprävention aus verhaltensökonomischer Sicht“***

1.1 Die Zahl der Überschuldungsfälle von Verbrauchern hat 2016 spürbar zugenommen

2016: 6,85 Mio. überschuldete Personen in Deutschland (+ 131.000 Personen)

2016: Anstieg stärker als im Vorjahr befürchtet

Die Überschuldung von Privatpersonen in Deutschland ist 2016 zum dritten Mal in Folge, und zudem nochmals deutlicher als erwartet, angestiegen. Zum Stichtag 1. Oktober 2016 wurde für die gesamte Bundesrepublik eine Überschuldungsquote von 10,06 Prozent gemessen. Damit sind über 6,8 Millionen Bürger über 18 Jahre überschuldet und weisen nachhaltige Zahlungsstörungen auf. Dies sind rund 131.000 Personen mehr als noch im letzten Jahr (+ 1,9 Prozent). 2015 nahm die Zahl überschuldeter Personen „nur“ um rund 44.000 Fälle (+ 0,7 Prozent) zu, nachdem sie 2014 um rund 90.000 Fälle (+ 1,4 Prozent) ebenfalls merklich angestiegen war. 2013 konnte noch ein leichter Rückgang um 10.000 Überschuldungsfälle (- 0,2 Prozent) gemessen werden. Auffällig: Die Überschuldungsquote steigt vergleichsweise deutlich an, obwohl die Bevölkerung 2015 / 2016 spürbar zugenommen hat. Der Bevölkerungsanstieg beruht laut Statistischem Bundesamtes auf „Höchstständen bei der Zuwanderung“.

Tab. 1.: Überschuldungsquoten in Deutschland 2012 bis 2016 (einschl. überschuldeter Haushalte)

■	Einwohner	Personen über 18 Jahre	Überschuldete Personen	Überschuldungsquote	Überschuldete Haushalte
2012	80,52 Mio.	68,31 Mio.	6,59 Mio.	9,65%	3,31 Mio.
2013	80,77 Mio.	67,14 Mio.	6,58 Mio.	9,81%	3,30 Mio.
2014	81,20 Mio.	67,43 Mio.	6,67 Mio.	9,90%	3,34 Mio.
2015	81,54 Mio.	67,69 Mio.	6,72 Mio.	9,92%	3,33 Mio.
2016	82,89 Mio.	68,05 Mio.	6,85 Mio.	10,06%	3,37 Mio.

2016: Höchste Überschuldungsquote seit 2008

2016: 3,37 Millionen Haushalte sind überschuldet und nachhaltig zahlungsgestört

Die aktuelle Überschuldungsquote für Deutschland liegt damit erstmals seit 2008 wieder über der 10-Prozent-Marke, verbleibt aber weiterhin deutlich unter den Höchstwerten der Jahre 2005 bis 2007. Der aktuelle Wert erreicht aber dennoch fast das Niveau, das zu Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 (10,11 Prozent) gemessen wurde. 2016 können nach überschlägigen Berechnungen rund 3,37 Millionen Haushalte als überschuldet und nachhaltig zahlungsgestört gelten (2015: 3,33 Millionen; 2004: 3,10 Millionen).

Die Gründe für die aktuelle Entwicklung sind vielfältig und auch vor dem Hintergrund meist zeitversetzter Wirkungsketten zu interpretieren. So nahmen die Überschuldungszahlen im Verlauf der letzten zwölf Monate trotz meist durchgehend positiver Konjunkturlage kontinuierlich zu, wie die regelmäßigen Zwischenstandsanalysen zeigen. Außerdem beruht der aktuelle Anstieg der Überschuldungsfälle wiederum ausschließlich auf einer Zunahme der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität (vereinfacht: juristische Sachverhalte), während die Zahl der Fälle mit geringer Überschuldungsintensität (vereinfacht: nachhaltige Zahlungsstörungen) erneut zurückging (s. Kapitel 1.2).

Durchgängigkeit und Art der Entwicklung spiegeln sich zumindest teilweise in der Analyse der Hauptauslöser für Überschuldungsprozesse, die seit 2008 kontinuierlich vom Statistischen Bundesamt durchgeführt wird. So haben zwar langfristig vorwiegend ökonomische Auslöser wie Arbeitslosigkeit (Anteil 2015: 20 Prozent; Abweichung 2008 / 2016: - 34 Prozent der Fälle) und gescheiterte Selbstständigkeit (8 Prozent; 2008 / 2016: - 14 Prozent der Fälle) an Bedeutung verloren. Ihre Anteile als Hauptüberschuldungsgründe haben sich auf Grund der in den letzten Jahren insgesamt stabilen Konjunktur in Deutschland deutlich verringert. Dennoch zeigte sich in der aktuellen Analyse für das letzte Untersuchungsjahr 2015, dass die Überschuldungsauslöser Erkrankung, Sucht, Unfall (Anteil 2015: 14 Prozent; Abweichung 2014 / 2015: + 12 Prozent der Fälle) sowie Arbeitslosigkeit (Abweichung 2014 / 2015: + 5 Prozent) und gescheiterte Immobilienfinanzierung (Anteil 2015: 3 Prozent; + 17 Prozent der Fälle) zwischenzeitlich merkliche Anstiege als Auslöser für Überschuldungsfälle aufwiesen.

Diese Auslöser korrelieren stärker mit einer Zunahme der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität. Zugleich hatte die Bedeutung des Auslösers unwirtschaftliche Haushaltsführung (- 16 Prozent) deutlich abgenommen. Dieser bildet oft den Einstieg in eine Überschuldungsspirale und korreliert eher mit Fällen mit geringer Überschuldungsintensität. Beide Entwicklungen erklären zusammengenommen den aktuellen Basistrend:

Vielfältige Gründe für den aktuellen Trend

Auch 2016 kontinuierlicher Anstieg der Schuldnerzahlen im Jahresverlauf

Harte Überschuldung nimmt zu – weiche Überschuldung ist rückläufig

Hauptüberschuldungsauslöser: Erklärungen durch zeitversetzte Analysen

2008 / 2016: Ökonomische Auslöser verlieren an Bedeutung ...

... gewinnen aber 2015 / 2016 temporär an Gewicht

**„unplanbare und gravierende
Änderungen der Lebensum-
stände als Hauptauslöser“**

**Frauen tragen 2016 einen
höheren Anteil an der Über-
schuldungsentwicklung ...**

**... auch bei der
„harten Überschuldung“**

**2015 / 2016
Männer: + 1,6 Prozent
Frauen: + 2,4 Prozent**

**Überschuldungsquote 2016
Männer: 12,72 Prozent
Frauen: 7,55 Prozent**

Harte Überschuldungsfälle steigen an – weiche Überschuldungsfälle gehen zurück. Erstere sind oft mit einer längeren Überschuldungskarriere und oft auch mit höheren Schuldenvolumina verbunden. Letztere sind mit eher geringeren Schuldensummen verbunden und bilden oft eine Vorstufe zum Überschuldungskarussell. Das Statistische Bundesamt zeigt auf, dass „in der Regel unplanbare und gravierende Änderungen der Lebensumstände als Hauptauslöser“ für Überschuldungsprozesse gelten können: „Hauptauslöser der Überschuldung liegen überwiegend außerhalb der Kontrolle der Überschuldeten.“¹

Zudem zeigt sich, dass Frauen bei der Überschuldungsentwicklung in Deutschland eine zunehmend größere Rolle spielen. Zwar sind weiterhin die meisten überschuldeten Personen Männer, aber der Anteil an Frauen hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Aktuell zeigt sich, dass sich die Zunahme der Überschuldungsfälle 2016 (+ 131.000 Fälle; + 1,9 Prozent) fast paritätisch auf die Geschlechter verteilt. Männer verursachten in diesem Jahr rund 68.000 neue Überschuldungsfälle (+ 1,6 Prozent). Bei Frauen betrug die Zunahme rund 63.000 Fälle (+ 2,4 Prozent). Allerdings stellten Frauen 2016 einen prozentual merklich stärkeren Anstieg der harten Überschuldungsfälle (+ 91.000; + 6,2 Prozent) als die Männer (+ 129.000 Fälle; + 5,2 Prozent). Zugleich nahm die Zahl weicher Überschuldungsfälle bei Frauen (- 28.000 Fälle; - 2,5 Prozent) weniger stark ab als bei den Männern (- 61.000 Fälle; - 3,7 Prozent).

Insgesamt sind 2016 rund 4,21 Millionen überschuldete Personen männlichen und rund 2,64 Millionen weiblichen Geschlechts. 2016 können somit rund 7,55 Prozent der deutschen Frauen über 18 Jahre (2015: 7,39 Prozent) als überschuldet und zumindest nachhaltig zahlungsgestört gelten. Bei Männern sind dies aktuell 12,72 Prozent (2015: 12,61 Prozent). Die weibliche Überschuldungsquote ist somit seit 2004 von 6,09 Prozent bis 2016 um 1,45 Punkte gestiegen, die der überschuldeten Männer im selben Zeitraum von 13,55 Pro-

¹ Vgl. hierzu auch Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr.226, 01.07.2016: Überschuldung häufig durch unplanbare Änderungen der Lebensumstände.

zent um 0,83 Punkte gesunken. Alleinerziehende Frauen und alleinlebende Männer sind zudem nach Angaben des Statistischen Bundesamtes „überproportional häufig von Überschuldung betroffen“ (vgl. auch SchuldnerAtlas Deutschland 2013, S. 31).

Die Gründe für die unterschiedlichen Überschuldungsmuster sind vielfältig: Frauen übernehmen im Rahmen veränderter Rollenbilder gleichberechtigt die Verantwortung für Schulden als Einkommensbezieherinnen oder als Alleinerziehende. Männer verfügen im Schnitt über höhere Einkommen und sind häufiger Haushaltsvorstand und Hauptverdiener. Frauen zeigen hingegen eine höhere Risikoaversion als Männer, die beispielsweise bei der Inanspruchnahme von Krediten (mäßigen) Einfluss auf die Höhe des Kredits nimmt. Und Frauen leiden deutlich stärker unter so genanntem Schuldenstress, der oft mit Ausgabenvorsicht und Kaufzurückhaltung einhergeht. In einer Gesamtsicht erklären diese Befunde das bislang unterschiedliche Überschuldungsniveau von Männern und Frauen in Deutschland. Zugleich bilden sie die Grundlage für eine allmähliche Annäherung der Überschuldungsmuster.

Zudem zeigt sich auch 2016, dass der Trend zur Altersüberschuldung stabil ist. Die Zahl überschuldeter Personen und die Überschuldungsquote in den beiden ältesten Personengruppen steigen auch in diesem Jahr merklich an. So hat die Zahl überschuldeter, über 70-jähriger Personen mit rund 16 Prozent wiederum überdurchschnittlich zugenommen. Die entsprechende Überschuldungsquote (1,34 Prozent; + 0,17 Punkte) liegt zwar weiterhin deutlich unter den Vergleichswerten der anderen Altersgruppen, der Anstiegstrend ist im Mehrjahresvergleich 2013 / 2016 mit plus 58 Prozent dennoch überdurchschnittlich. Die Gesamtzahl überschuldeter Personen ist zwischen 2013 und 2016 „nur“ um rund vier Prozent angestiegen. 2016 müssen rund 174.000 Menschen in Deutschland ab 70 Jahren als überschuldet eingestuft werden (+ 25.000 Fälle). Bei der nächstjüngeren Altersgruppe der 60- bis 65-Jährigen sind 2016 504.000 Überschuldungsfälle zu zählen (+ 33.000 Fälle; + 7 Prozent). Auch in dieser Al-

Gründe für die unterschiedlichen Überschuldungsmuster

Erklärungen für das unterschiedliche Überschuldungsniveau von Männern und Frauen

Basistrends stabil: Junge Überschuldung verliert an Dynamik – Altersüberschuldung nimmt weiter zu

Überschuldungsfälle 2016
60 bis 69 Jahre: 504.000 Fälle (+ 33.000 Fälle)
über 70 Jahre: 174.000 Fälle (+ 25.000 Fälle)

**Fälle mit hoher
Überschuldungsintensität
nehmen stärker zu**

tersgruppe liegt der Anstieg merklich über dem Durchschnitt. Zudem sind die Anstiege in beiden Altersgruppen in diesem Jahr stärker auf einer Zunahme der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität („vereinfacht: juristische Sachverhalte“) zurückzuführen. Bei dieser Entwicklung muss weiter davon ausgegangen werden, dass große Teile dieser Altersgruppen arbeiten gehen (oft im Rahmen atypischer resp. geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse), um fehlende Mittel für den Lebensunterhalt zu beschaffen, da das Leistungsniveau der Rentenversicherung offensichtlich nicht mehr ausreicht. So melden auch immer mehr ältere Verbraucher in Deutschland Privatinsolvenz an.

**„Junge Überschuldung“
bleibt virulent, da ...**

Hingegen nimmt die Zahl jüngerer Personen, die in einer Überschuldungspirale stecken, erfreulicherweise auch 2016 weiter ab. So ist die Zahl junger Überschuldungsfälle (unter 30 Jahre) 2016 um immerhin 28.000 Fälle auf rund 1,66 Millionen Fälle zurückgegangen. Allerdings ist der Rückgang schwächer ausgeprägt als im Vorjahr (2016: - 1,7 Prozent; 2015: - 3,4 Prozent). Die Überschuldungsquote beträgt bei den unter 30-Jährigen nunmehr 14,50 Prozent (- 0,36 Punkte), wobei der Rückgang ausschließlich auf einer Abnahme der Fälle mit nachhaltigen Zahlungsstörungen zurückzuführen ist.

**... nur Fälle mit nachhaltigen
Zahlungsstörungen sinken**

**Negativ-Spitzenreiter bleiben
die 30- bis 39-Jährigen**

Die stärksten Anstiege der Überschuldungszahlen zeigen 2016 die Altersgruppen der 30- bis 39-Jährigen (1,88 Millionen; + 57.000 Fälle) und der 50- bis 59-Jährigen (1,13 Millionen; + 43.000 Fälle). Die Anstiege beruhen in beiden Altersgruppen auf einer Zunahme der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität. Die Gruppe der 30- bis 39-Jährigen bleibt damit als besonders wirtschaftsaktive Altersgruppe auf Rang eins des Überschuldungsrankings nach Alter. Ihre Überschuldungsquote beträgt 19,17 Prozent (+ 0,36 Punkte), d.h. fast jeder fünfte der 30- bis 39-Jährigen in Deutschland hat zumindest nachhaltige Zahlungsstörungen. Nur eine einzige Altersgruppe, nämlich die der 40- bis 49-Jährigen (1,49 Millionen), weist 2016 keinen Anstieg der Überschuldungsfälle auf. Allerdings steigt die Überschuldungsquote aus demographischen Gründen (12,56 Prozent; + 0,49 Punkte), da sich die

entsprechende Bevölkerungszahl verkleinert hat. Der Stillstand der Überschuldungsfälle in dieser Altersgruppe basiert jedoch auf einem gleichstarken Anstieg der Fälle mit juristischer Dimension und einer Abnahme der Fälle mit nachhaltigen Zahlungsstörungen. Es zeigt sich, dass es jungen Überschuldeten weiterhin schneller gelingt, einer möglichen Überschuldungsspirale zu entkommen. Ihre Überschuldung hat noch nicht die Intensität (Anzahl der Gläubiger und Höhe des Schuldenvolumens) erreicht wie bei den älteren betroffenen Personengruppen.

Zudem ist festzustellen, dass das Schuldenvolumen bei älteren überschuldeten Personen generell deutlich höher liegt als bei jüngeren. Ein Grund: Ältere Überschuldete konnten vor dem Hintergrund meist höherer Einkommen auch häufig höhere Verbindlichkeiten eingehen und befinden sich häufig schon länger in einem Überschuldungsprozess. Dies gilt, auch wenn die durchschnittliche Schuldenhöhe je Überschuldungsfall² nach Angaben des Statistischen Bundesamtes seit 2014 wieder, wenn auch nur leicht, sinkt. 2015 lag der Wert bei 34.370 Euro je erfasstem Überschuldungsfall (- 70 Euro). Seit 2006 hat sich der entsprechende Wert von rund 36.900 Euro auf nunmehr 34.300 Euro verringert (- 7 Prozent). Im Langzeitvergleich hat sich nur das Schuldenvolumen bei den älteren Personengruppen (70 Jahre und älter) erhöht. Die Schuldenvolumina aller anderen Altersgruppen gingen hingegen deutlich zurück, am deutlichsten bei der Gruppe der 55- bis 65-Jährigen.

Angesichts des spürbaren Anstiegs der Überschuldungszahlen ist nach überschlägigen Hochrechnungen 2016 wieder von einem merklichen Anstieg des Gesamtschuldenvolumens für ganz Deutschland auszugehen. Das erwartete Gesamtschuldenvolumen liegt bei etwa 235 Milliarden Euro (+ 2 Prozent). Im Langzeitvergleich verringerte es sich allerdings seit 2006 (265 Milliarden Euro) um rund 14 Prozent. Auch hier gilt: Männer sind laut Statistischem Bundesamt stärker

Die 40- bis 49-Jährigen zeigen „Stillstand“ bei der Überschuldungsentwicklung

Durchschnittliche Schuldenhöhe je Überschuldungsfall geht seit 2014 leicht zurück

Erwartetes Gesamtschuldenvolumen 2016: 235 Milliarden Euro

² Typische Verbindlichkeiten sind Miet- und Energiekosten, Telekommunikationskosten, Konsumkosten (Ratenkäufe, Kreditkarten), Unterhaltsverpflichtungen, Finanzamt, Schadensersatzforderungen, private Verbindlichkeiten, Strafen und Bußgelder (z.B. auch für „Schwarzfahren“ bei überwiegend jungen Menschen, meist in urbanen Zentren).

***Mittlere Schuldenhöhe
sinkt 2015 / 2016 leicht***

betroffen, d.h. die mittlere Schuldenhöhe von männlichen Überschuldeten (2016: 39.100 Euro; - 1 Prozent) liegt weiterhin deutlich über dem Vergleichswert bei Frauen (28.400 Euro; - 1 Prozent). Im Langzeitvergleich ist der entsprechende Wert bei Frauen (2016: 28.400 Euro; - 6.000 Euro zu 2006; - 17 Prozent) zudem deutlich stärker zurückgegangen als bei Männern (2016: 39.100 Euro; - 200 Euro zu 2006; - 1 Prozent).

***Doppeltrend zur Altersarmut
und Altersüberschuldung***

***„Altersbedürftigkeitsrisiko“
steigt weiter***

Alles in allem zeigt auch die aktuelle Analyse, dass der Doppeltrend zur Altersarmut und Altersüberschuldung trotz einzelner Positiventwicklungen stabil ist. So warnt auch der aktuelle, noch nicht veröffentlichte „Alterssicherungsbericht 2016“ der Bundesregierung davor, dass das Versorgungsniveau der zukünftigen Rentner „ohne zusätzliche Altersvorsorge in den kommenden Jahren deutlich zurückgehen“ werde. Das so genannte Altersbedürftigkeitsrisiko steige demnach besonders bei Geringverdienern, wenn nicht zusätzlich für das Alter vorgesorgt werde. Dennoch soll die nächste Rentenerhöhung nach Plänen der Bundesregierung im nächsten Jahr deutlich geringer ausfallen als in diesem Jahr.

1.2 „Harte Überschuldung“ nimmt weiter zu

Der aktuelle Anstieg der Überschuldungszahlen beruht wie in den letzten Jahren ausschließlich auf einer Zunahme der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität (vereinfacht: juristische Sachverhalte). Ihre Zahl nahm in den letzten zwölf Monaten um rund 220.000 Fälle zu (+ 5,6 Prozent), während die Zahl der Fälle mit geringer Überschuldungsintensität (vereinfacht: nachhaltige Zahlungsstörungen) um rund 89.000 Fälle (- 3,2 Prozent) zurückging. Die Veränderungswerte in beiden Segmenten bleiben zudem jeweils deutlich überdurchschnittlich stark ausgeprägt. Der Anstieg der harten Überschuldung erreicht den höchsten Wert seit Beginn der kontinuierlichen Datenauswertungen zur Überschuldungsentwicklung nach Intensität im Jahr 2006. Rund 4,17 Millionen Menschen sind derzeit in Deutschland in einer dauerhaften Überschuldungsspirale (2006 / 2016: + 770.000 Fälle).

Dieser Befund ist besorgniserregend, da offensichtlich immer mehr Verbraucher in Deutschland in eine dauerhafte Überschuldungsspirale geraten sind. Zwar ist es rund 89.000 Verbrauchern (2015: 13.000) in den letzten zwölf Monaten gelungen, einer drohenden Überschuldungsspirale zu entkommen. Sie waren als Fälle mit überwiegend nachhaltigen Zahlungsstörungen in den letzten zwölf Monaten offensichtlich in der Lage, Ausgabenvorsicht zu zeigen und konnten weitere Schulden vermeiden. Etwa 220.000 Verbraucher (2015: 57.000) sind dagegen entweder über den Zwischenschritt nachhaltiger Zahlungsstörungen oder auch direkt in eine Überschuldung mit juristischer Merkmalsdimension geraten.

Alles in allem spiegeln die aktuellen Daten den markanten Trend der Vorjahre zur zunehmenden Überschuldungsverhärtung und strukturellen Überschuldung wider. Zudem zeigt sich, dass sich der seit etwa 2011 virulente Trend zur Konsumverschuldung (resp. Nachholkonsum) mittlerweile abgeschwächt hat, auch wenn der private Konsum neue Höchststände erreicht. Der Rückgang der Fälle mit geringer Überschuldungsintensität (aktuell: - 3,2 Prozent; 2015: - 0,5 Prozent;

*Weiterer Anstieg
der „harten“
Überschuldungsfälle*

Höchster Wert seit 2006

*89.000 Verbraucher
konnten der Überschul-
dungsfalle entkommen*

*Für 220.000 Verbraucher
verschärft sich die
Überschuldungslage*

*Trend zur strukturellen
Überschuldung ist stabil*

Trend zur Konsumverschuldung bleibt virulent

Psychologische Wirkungen der geopolitischen Spannungen

Konsumneigung nimmt zumindest temporär ab ...

... Sparquote steigt

Überschuldung: zeitlich versetzte Auswirkungen durch ...

... „Nachholkonsum“ und Konsumverschuldung ...

2014: - 0,6 Prozent) ist überdurchschnittlich, bleibt aber unter dem Niveau 2010 / 2011 (- 6,0 Prozent). Die Fälle mit geringer Überschuldungsintensität hatten bis 2011 in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise mit deutlich zurückgehender Konsumneigung einen (vorläufigen) Tiefstand erreicht und waren dann wieder, auch in Folge von „Nachholkonsum“, angestiegen.

Zudem ist der Rückgang der „weichen Überschuldung“ möglicherweise auch den zunehmenden geopolitischen Spannungen, die von Syrien über die Ukraine bis hin zu Nordkorea reichen, geschuldet. So nahmen die Konsumneigung und auch die kreditbasierte Anschaffungsbereitschaft der deutschen Verbraucher 2015 / 2016 zumindest temporär ab. Zugleich nahmen auch Sparneigung und Ausgabenvorsicht auch vor dem Hintergrund eines möglichen konjunkturellen Abschwungs tendenziell wieder zu. Dies zeigen auch die Daten zur Sparquote des Statistischen Bundesamtes.³ Die Sparquote hatte Anfang 2013 einen Tiefpunkt erreicht (8,81 Prozent), um dann wieder sukzessive anzusteigen. Im zweiten Quartal 2016 erreichte sie den höchsten Wert (9,77 Prozent) seit Ende 2010 – mit derzeit wieder leicht rückläufigem Trend. Und auch das Konsumklima trübte sich im Jahresverlauf dank schlechterer Konjunkturerwartungen und der „Brexit“-Entscheidung im Juni 2016 zwischenzeitlich ein – im Oktober rutschte es „unter die 10-Punkte-Marke“.

Generell gilt: Die individuelle Überschuldungsentwicklung vollzieht sich nicht sprunghaft, sondern zeitlich versetzt über mittlere Zeiträume. So zeigen sich im (weiteren) Anstieg der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität einerseits die Folgewirkungen der deutlichen Zunahme von Privatkonsum und Konsumverschuldung der Jahre 2011 / 2012. Viele Verbraucher hatten die seinerzeit bereits positiven ökonomischen Rahmenbedingungen genutzt, um vorhandene Konsum- und Anschaffungswünsche zu realisieren oder (entgangenen) Konsum nachzuholen. Anderer-

³ So belegen die begleitenden Analysen des SchuldnerKlima-Index Deutschland, dass kreditbasierte Anschaffungsbereitschaft und der so genannte Schuldenstress korrelieren. Vereinfacht formuliert: Steigt die Bereitschaft der Verbraucher, Konsumausgaben mittels Kreditfinanzierung zu tätigen, dann steigt das Gefühl einer subjektiven Überforderung durch die entstehenden Schulden und finanziellen Verbindlichkeiten – und umgekehrt.

seits hat sich offensichtlich die ökonomische Lage vieler überschuldeter Personen verschärft, die auf Grund einer prekären Einkommenslage und eines hohen Armutrisikos auch ein erhöhtes Überschuldungsrisiko aufweisen.

Diese Entwicklung ist auch vor dem Hintergrund der bereits seit 2011 überwiegend positiven und dynamischen Wirtschaftsentwicklung zu analysieren, die allerdings mit zeitgleich stattfindenden sozialökonomischen Verwerfungen einhergeht. So hatte sich das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland 2015 trotz rezessiver Befürchtungen durch ein „solides und stetiges Wirtschaftswachstum“ (Statistisches Bundesamt) um 1,7 Prozent erhöht (preisbereinigt, nach 1,6 Prozent im Jahr 2014). Für 2016 wird sogar ein Anstieg des BIP von 1,9 Prozent erwartet, der zu Teilen wiederum auf dem privaten Konsum beruht.⁴ Die preisbereinigten privaten Konsumausgaben stiegen in Deutschland im Jahr 2015 um 1,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Dies war der stärkste Zuwachs seit dem Jahr 2000 (+ 2,1 Prozent), wie das Statistische Bundesamt Mitte März 2016 mitteilte. Wesentliche Gründe für diesen deutlichen Anstieg lagen demnach in der positiven Konsumneigung der privaten Haushalte sowie in der bislang geringen Zunahme der Verbraucherpreise (2015: + 0,3 Prozent). Gemessen in jeweiligen Preisen – also einschließlich Inflation – stiegen die privaten Konsumausgaben um 2,6 Prozent auf 1,63 Billionen Euro (2014: 1,59 Billionen Euro). Für 2016 können rund 1,67 Billionen Euro erwartet werden.

Zugleich ist festzustellen, dass bei gleichzeitiger Wohlstandsvermehrung die Zahl armutsgefährdeter resp. einkommensschwacher Menschen in Deutschland weiter merklich zugenommen hat. So besitzen die Menschen in Deutschland derzeit einerseits trotz Niedrigzinsen so hohe Geldvermögen wie nie zuvor. Das

**... und einer Zunahme
prekärer Einkommen**

**Hohe Ambivalenz:
Wohlstandsgewinne –
soziale Disparitäten**

**Einerseits:
„solides und stetiges
Wirtschaftswachstum“**

**Private Konsumausgaben
liegen 2016 bei rund
1,67 Billionen Euro**

**Andererseits:
Einkommenspolarisierung
und Armutgefährdung
nehmen zu**

⁴ Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, also die so genannten „Wirtschaftswesen“, schreibt dazu in ihrem Herbstgutachten von Anfang Oktober 2016: „Die deutsche Wirtschaft befindet sich weiterhin in einem moderaten Aufschwung. Die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten sind nunmehr etwas stärker ausgelastet als im langfristigen Mittel. Getragen wird der Aufschwung insbesondere von der Bauwirtschaft und den Dienstleistungssektoren sowie dem dort stattfindenden kräftigen Beschäftigungsaufbau. Die stabile Lohnentwicklung und die niedrigen Preissteigerungsraten lassen den privaten Konsum lebhaft expandieren. Aber auch die Konsumausgaben des Staates nehmen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration kräftig zu.“ Das Bruttoinlandsprodukt werde demnach in diesem Jahr um 1,9 Prozent und 2017 um jeweils 1,4 Prozent steigen.

**Armut- und
Überschuldungsgefährdung
korrelieren**

Vermögen privater Haushalte summierte sich nach Angaben der Deutsche Bundesbank in Form von Bargeld, Wertpapieren, Bankeinlagen sowie Ansprüchen gegenüber Versicherungen Ende des zweiten Quartals 2016 auf den Rekordwert von 5,40 Billionen Euro (+ 44 Milliarden Euro; + 0,8 Prozent im Vergleich zum Vorquartal). Andererseits belegte auch der letztjährige Gastbeitrag, dass (Alters-)Armut und Überschuldung eng zusammenhängen.⁵ Zudem weisen Alleinerziehenden-Haushalte (vgl. SchuldnerAtlas Deutschland 2013) und Haushalte mit Migrationshintergrund sowie solche mit Langzeiterwerbslosigkeit oder auch mit mehr als drei Kindern ein hohes Armutsgefährdungsrisiko auf.

**2015 lag die
Armutgefährdungsquote
über dem Niveau von 2005**

2015 lag die Armutsgefährdungsquote in allen westdeutschen Bundesländern, außer in Hamburg, über dem Niveau des Jahres 2005. Der entsprechende Wert liegt in Deutschland (16,7 Prozent) derzeit nur unwesentlich unter dem Wert in Europa (EU 28: 17,3 Prozent). Allerdings verlief die zeitliche Entwicklung der Armutsgefährdung in den Bundesländern unterschiedlich und meist nicht kontinuierlich. Beispielsweise lag die Armutsgefährdung in Hamburg im Jahr 2015 mit 15,7 Prozent auf dem gleichen Niveau wie 2005. Wie in vielen anderen Bundesländern war die Armutsgefährdungsquote hier zwischenzeitlich rückläufig, um anschließend wieder anzusteigen. So sank in Hamburg bis zum Jahr 2008 das Armutsrisiko zunächst kontinuierlich auf 13,1 Prozent. In Nordrhein-Westfalen ging das Armutsrisiko ausschließlich in den Jahren 2006 und 2012 leicht zurück.⁶ Dazu passend hat sich die

⁵ Der Gastbeitrag von Dr. Rudolf Martens, Der Paritätische Gesamtverband, Berlin, befasste sich mit dem Trend der zunehmenden Altersüberschuldung und verglich hierzu idealtypisch die Daten zur regionalen Überschuldungsentwicklung auf Kreis- und Stadtebene mit den entsprechenden Kennziffern zur Armutsgefährdung. Fazit: Einerseits nähern sich die Konsummuster der Verbraucher in Ost und West an (besonders bei jungen Verbrauchern und in urbanen Räumen). Andererseits unterscheiden sich die Problemlösungsmuster zwischen Ost und West, da im Osten Deutschlands, insbesondere ältere Menschen im ländlichen Raum, gezielt Konsumverzicht zum Schuldenabbau und zur Überschuldungsprävention einsetzen. Anders ausgedrückt, die Personen in Ostdeutschland versuchen trotz hoher Armutsquoten, ihre Überschuldung abzubauen oder eine Überschuldung zu vermeiden. Vgl. SchuldnerAtlas Deutschland 2015, S. 52 ff.

⁶ „Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, war der Anstieg des Armutsrisikos in den letzten 10 Jahren in Nordrhein-Westfalen am stärksten. Dort erhöhte sich das Armutsrisiko im Vergleich zum Jahr 2005 um 3,1 Prozentpunkte auf 17,5 Prozent im Jahr 2015. In Berlin (+ 2,7 Prozentpunkte) und Bremen (+ 2,5 Prozentpunkte) war der Anstieg des Armutsrisikos im Jahr 2015 gegenüber 2005 ebenfalls überdurchschnittlich. Mit Ausnahme von Berlin war die Armutsgefährdung in allen östlichen Bundesländern im 10-Jahres-Vergleich rückläufig. Am stärksten war der Rückgang um jeweils 2,4 Prozentpunkte in Brandenburg (2015: 16,8 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (2015: 21,7 Prozent), gefolgt von Sachsen-Anhalt mit einer Verringerung um 2,3 Prozentpunkte (2015: 20,1 Prozent). Das bundesweit höchste Armutsrisiko wies im Jahr 2015 Bremen mit 24,8

Überschuldungslage in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren kontinuierlich verschlechtert – in Hamburg zumindest tendenziell verbessert, auch wenn 2016 ein nur unterdurchschnittlicher Anstieg der Überschuldungsfälle festzustellen ist.

Zudem ist davon auszugehen, dass sich der zu Grunde liegende Prozess der Einkommenspolarisierung (zwischen hohen und niedrigen Einkommensgruppen) in Deutschland auch in diesem Jahr weiter verstärkt hat. Dies konnten auch die Analysen der Überschuldungsentwicklung nach microm Geo Milieus und den (drei übergeordneten) Lebenswelt-Segmenten in den vergangenen Jahren belegen. Demnach können Einkommenspolarisierung und Überschuldung als zwei (komplementäre) Seiten einer Medaille verstanden werden. Der aktuelle Spreizungswert zwischen der niedrigsten und höchsten Überschuldungsquote (12,73 Punkte) nach microm Geo Milieus erreicht derzeit jedenfalls einen neuen Höchstwert (seit 2010).

Der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Marcel Fratzscher, polarisierte im Frühjahr 2016 mit der These, dass das konstituierende Prinzip der sozialen Marktwirtschaft „Wohlstand für alle“ am Ende sei: „Deutschland ist eines der ungleichsten Länder der Welt. [...] In keinem anderen Land der Euro-Zone besitzen die oberen zehn Prozent so viel und fast 40 Prozent der Bevölkerung so wenig, nämlich nichts. Am gravierendsten aber ist die geringe Chancengleichheit. Die Möglichkeit für Menschen aus sozial schwachen Gruppen aufzusteigen ist in wenigen Industrieländern so gering wie hierzulande.“

Hierzu passend hatte auch die Deutsche Bundesbank in ihrem Bericht „Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland, Ergebnisse der Vermögensbefragung 2014“ vom März 2016 nüchtern festgestellt: „Das Nettovermögen der privaten Haushalte in Deutschland war 2014 ungleich verteilt, der Median der

**Überschuldungsgefährdung
und Einkommens-
polarisierung korrelieren**

**Neuer Höchstwert für
Spreizung zwischen
niedrigster und höchster
Überschuldungsquote**

**Deutschland:
„40 Prozent der Bevölkerung
besitzt faktisch nichts“**

**Deutsche Bundesbank:
Nettovermögen der
Haushalte ist ungleich
verteilt**

Prozent auf, gefolgt von Berlin mit 22,4 Prozent und Mecklenburg-Vorpommern mit 21,7 Prozent. Die niedrigsten Armutsgefährdungsquoten 2015 hatten Bayern (11,6 Prozent), Baden-Württemberg (11,8 Prozent) und Hessen (14,4 Prozent).“ Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 334, 22.09.2016: Armutsgefährdung in Westdeutschland im 10-Jahres-Vergleich gestiegen. Zudem: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2016), Armutsfolgen für Kinder und Jugendliche, Erkenntnisse aus empirischen Studien in Deutschland, September 2016.

**Ungleichheit zeigt sich
besonders beim Sparen**

Sparquoten
Geringverdiener: - 1,6 Prozent
Gutverdiener: + 35 Prozent

Nettovermögen im internationalen Vergleich niedrig und das Anlageverhalten der Haushalte eher konservativ. [...]“ Demnach besaß 2014 die untere Hälfte der deutschen Haushalte lediglich 2,5 Prozent des gesamten Nettovermögens. Den obersten zehn Prozent der Haushalte gehörten hingegen 59,8 Prozent des Vermögens. Im Jahr 2010 hatte der Anteil noch 59,2 Prozent betragen.⁷

Zudem belegt auch eine vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie die zunehmende Ungleichheit in Deutschland anhand der Sparleistung nach Einkommen. Ergebnis: „Wer wenig verdient, kann wenig ausgeben und noch weniger sparen. Wer viel verdient, könnte es sich leisten, großzügiger mit dem Geld umzugehen. Doch in Deutschland sparen viele Besserverdiener ihr Geld. Mit steigendem Einkommen und Vermögen steigen auch die Sparquoten. [...] Während sich die Menschen in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung 2013 im Jahresdurchschnitt um etwa 300 Euro verschuldeten, betrug die Ersparnis von Haushalten des obersten Prozents gut 58.000 Euro. Umgerechnet auf die Sparquote heißt das: Die untere Hälfte verschuldete sich im Durchschnitt mit 1,6 Prozent ihres Einkommens, das oberste Prozent sparte 35 Prozent.“⁸

⁷ Und auch der „Verteilungsbericht 2016“ des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung zeigt, dass die Einkommensverteilung in Deutschland „zunehmend undurchlässiger“ wird. Armut und Reichtum werden immer dauerhafter. Demnach hat sich die Einkommensmobilität, also die Einkommensverteilung, in West- und Ostdeutschland seit Anfang der 1990er Jahre stark verfestigt: „Vor allem in Ostdeutschland ist die Durchlässigkeit zwischen Einkommensklassen seit der Wiedervereinigung stark rückläufig. Die Einkommensreichen können sich ihrer gehobenen sozialen Lage immer sicherer sein. Wer hingegen einmal arm ist, für den wird es immer schwieriger, diese defizitäre Situation zu überwinden. Immer mehr Menschen werden so dauerhaft an den Rand der Gesellschaft gedrängt.“ Vgl. WSI-Report 31-2016, Oktober 2016, Verteilungsbericht 2016, Soziale Mobilität nimmt weiter ab.

⁸ Vgl. Späth, Jochen / Schmid, Kai Daniel (2016), The Distribution of Household Savings in Germany, IMK-Study 50.

1.3 Ostdeutschland verschlechtert sich stärker als Westdeutschland – auch durch Abwanderung

Der aktuelle Negativtrend spiegelt sich, wenn auch unterschiedlich ausgeprägt, in West- und Ostdeutschland. Wie 2012 und seit 2014 ist in beiden Teilräumen ein Anstieg der Überschuldung festzustellen. Insgesamt sind 2016 im Osten Deutschlands rund 1,12 Millionen Personen (+ 15.000 Fälle) als überschuldet zu betrachten, im Westen sind es rund 5,73 Millionen Personen (+ 116.000 Fälle). Die ostdeutsche Überschuldungsquote steigt zum fünften Mal in Folge stärker als die westdeutsche und liegt zugleich, wie seit 2012, über dem Vergleichswert im Westen.

**5,73 Mio. Fälle im Westen –
1,12 Mio. Fälle im Osten**

**Schuldnerquote im Osten
erneut höher als im Westen**

Tab. 2.: Überschuldungsfälle und Überschuldungsquoten in West- und Ostdeutschland 2010 / 2016 *)

■ Überschuldete Personen (Mio.)	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Alte Bundesländer *)	5,42	5,36	5,51	5,50	5,57	5,62	5,73
Neue Bundesländer	1,07	1,05	1,09	1,09	1,10	1,10	1,12
Deutschland	6,49	6,41	6,59	6,58	6,67	6,72	6,85
■ Überschuldungsquote	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Alte Bundesländer *)	9,51%	9,40%	9,63%	9,78%	9,84%	9,86%	10,00%
Neue Bundesländer	9,45%	9,29%	9,75%	9,97%	10,17%	10,26%	10,43%
Deutschland	9,50%	9,38%	9,65%	9,81%	9,90%	9,92%	10,06%
Spreizung Ost / West	0,06	0,11	0,12	0,19	0,33	0,40	0,43

*) Einschließlich Berlin. Spreizungswerte Ost / West in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich.

Allerdings liegt die Zunahme der Überschuldungsquote im Osten Deutschlands (10,43 Prozent; + 0,17 Punkte) nur unwesentlich über der im Westen (10,00 Prozent; + 0,14 Punkte). Zudem erhöht der weitere Rückgang der Bevölkerung im Osten die Überschuldungsquote zusätzlich, während hingegen im Westen ein weiterer Bevölkerungsanstieg (insbesondere durch Zuwanderung) die Zunahme der Überschuldungsquote senkt. Im Jahresverlauf verringerte sich die Zahl von Personen über 18 Jahren im Osten Deutschlands um rund 28.000 Menschen, im Westen stieg sie um rund 388.000 Personen (über 18 Jahren) an.⁹ Dennoch ver-

**Bevölkerung im
Westen nimmt zu –
im Osten nimmt sie ab**

⁹ „Im Jahr 2015 nahm nach ersten Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes die Gesamtbevölkerung Deutschlands im Vergleich zum Vorjahr um 978.000 Personen (+ 1,2 Prozent) zu und lag am Jahresende bei 82,2 Millionen. Das ist der

bleiben die ostdeutschen Bundesländer Thüringen (seit 2007) und Sachsen (seit 2004) im Länder-Ranking auch in diesem Jahr auf den Plätzen drei und vier, wobei Thüringen seit 2013 Rang drei einnimmt. Allerdings weisen alle ostdeutschen Bundesländer Zunahmen von Überschuldungsfällen und Überschuldungsquoten auf. Im Westen weisen zumindest Berlin, Bremen und das Saarland einen Rückgang (Berlin) bzw. Stillstand der Überschuldungsfälle auf.

Fälle mit hoher Überschuldungsintensität nehmen zu – Fälle mit geringer Überschuldungsintensität nehmen ab

**Überschuldungsfälle in Ost
2015/16: + 15.000 Fälle**

**Überschuldungsfälle in West
2015/16: + 116.000 Fälle**

**Zwei zeitgleiche Trends
Abwanderung im Osten –
temporärer Konsumverzicht**

Alles in allem hat sich der Anstiegstrend sowohl im Osten wie auch im Westen Deutschlands wieder beschleunigt. Die entsprechenden Vergleichswerte zeigen aber, dass sich die Überschuldungsspirale im Westen erneut schneller dreht als im Osten. Zudem ist der (prozentuale) Anstieg der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität im Westen (+ 5,6 Prozent; 2015: + 1,5 Prozent) stärker ausgeprägt als im Osten (+ 5,3 Prozent; 2015: + 1,1 Prozent). Zugleich nimmt auch in diesem Jahr die Zahl der Fälle mit nachhaltigen Zahlungsstörungen im Osten (- 4,4 Prozent; 2015: - 0,9 Prozent) stärker ab als im Westen (- 3,0 Prozent; 2015: - 0,4 Prozent). Folglich fällt auch die absolute Zunahme der Überschuldungsfälle im Osten Deutschlands (+ 15.000 Fälle) deutlich schwächer aus als im Westen (+ 116.000 Fälle). Vereinfacht formuliert: Die Bundesländer im Osten Deutschlands weisen einen eher stabilen, die westlichen Bundesländer einen dynamischen Überschuldungssockel auf.

Für die aktuelle Entwicklung lässt sich zweierlei festhalten: Die Überschuldung in Ostdeutschland nimmt langsamer zu als in Westdeutschland. Der Anstieg der ostdeutschen Überschuldungsquote ist zwar stärker ausgeprägt, aber auch durch demografische Abwanderungseffekte erklärbar. Zudem kann die These eines (temporären) Konsumverzichts in Ostdeutschland den stärkeren Rückgang der weichen Überschuldung bei ostdeutschen Verbrauchern erklären, wie auch der

höchste Bevölkerungszuwachs seit 1992, der damals 700.000 Personen betragen hatte. 2014 hatte es einen geringeren Anstieg um 430.000 Personen (+ 0,5 Prozent) gegeben. [...] Hauptursache für den Zuwachs der Bevölkerungszahl blieb – wie in den vergangenen Jahren – die stark gestiegene Zuwanderung mit einem Überschuss von 1.139.000 Personen im Jahr 2015 (2014: + 550.000 Personen). Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 295, 26.08.2016: 82,2 Millionen Einwohner am Jahresende 2015 – Bevölkerungszunahme durch hohe Zuwanderung.

Gastbeitrag von Dr. Rudolf Martens (Der Paritätische Gesamtverband, Berlin) im letzten SchuldnerAtlas belegen konnte. Hierbei zeigte sich, dass „sich einerseits die Konsummuster der Verbraucher in Ost und West (besonders bei jungen Verbrauchern und in urbanen Räumen) annähern. Andererseits unterscheiden sich die Problemlösungsmuster zwischen Ost und West, da im Osten Deutschlands, insbesondere ältere Menschen im ländlichen Raum, gezielt Konsumverzicht zum Schuldenabbau und zur Überschuldungsprävention einsetzen.“ (SchuldnerAtlas Deutschland 2015, S. 52ff). Zudem zeigt sich nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, dass die durchschnittliche Schuldenhöhe von überschuldeten Personen in den östlichen Bundesländern (25.700 Euro) deutlich unter dem Niveau im Westen Deutschlands (36.600 Euro) liegt. Eine vergleichbare Differenz der Schuldenhöhe zeigt sich beim Vergleich von ländlichen Räumen (24.900 Euro) und von Großstädten (34.800 Euro).

Alles in allem bleibt die Grundstruktur der Überschuldungsentwicklung konstant: Der Süden Deutschlands (Süd-Osten vor Süd-Westen) liegt deutlich vor dem Norden (Norden vor Nord-Osten). Das Schlusslicht bildet seit 2008 der Westen. Insbesondere das Ruhrgebiet mit seinen zum Teil noch altindustriell geprägten, strukturschwachen Regionen bleibt ein „Hotspot“ sozialer Problemlagen. Diese setzen sich aus einer Gemengelage von hoher Arbeitslosigkeit, Einkommensarmut und hohen sozialen Transferleistungen zusammen. Folglich bleiben die Regionen um das Ruhrgebiet das eigentliche „Sorgenkind“ der Überschuldungsentwicklung – Tendenz weiter zunehmend. So sind die Überschuldungsquoten sowohl im Jahres- als auch im Langzeitvergleich in vielen Städten im Ruhrgebiet zum Teil deutlich weiter angestiegen.¹⁰

Die Überschuldungsquote im westlichen Bereich Deutschlands (PL-Zone 4 und 5) weist seit 2008 die höchsten Überschuldungsquoten und im Mehrjahresvergleich die stärkste Zunahme der Überschuldungs-

**Ostdeutschland:
Schuldenabbau und
Überschuldungsprävention
durch Konsumverzicht**

**Mittlere Schuldenhöhe
Ostdeutschland: 25.700 Euro
Westdeutschland: 36.600 Euro**

**Konstante Grundstruktur mit
Detailänderungen: Süden vor
Norden vor Westen**

**Auch 2016 nichts Neues im
Westen: Der Westen bleibt
das „Sorgenkind“**

**Im Westen
seit 2008 die höchste
Überschuldungsquote**

¹⁰ Beispiele: Herne (17,61 Prozent; + 0,55 Punkte; 2004 / 16: + 4,86 Punkte), Duisburg (16,64 Prozent; + 0,44 Punkte; 2004 / 16: + 2,08 Punkte), Hagen (16,06 Prozent; + 0,49 Punkte; 2004 / 16: + 2,60 Punkte), Dortmund (14,46 Prozent; + 0,16 Punkte; 2004 / 16: + 1,70 Punkte) sowie Gelsenkirchen (17,67 Prozent; + 0,95 Punkte; 2004 / 16: + 3,56 Punkte).

**2016: Stärkster Anstieg
im Süd-Osten, Süd-Westen
und Westen**

quote auf (2004 / 2016: + 0,84 Punkte). Zudem erreicht das Anstiegsniveau im Westen (11,44 Prozent; + 0,18 Punkte) in diesem Jahr nach dem Süd-Osten (7,53 Prozent; + 0,22 Punkte) mit dem Süd-Westen (9,31 Prozent; + 0,18 Punkte) den zweithöchsten Wert. Im Süd-Westen (PL-Zone: 6 und 7) hält der merkliche Negativtrend auch 2016 an. Hier findet sich im Mehrjahresvergleich (+ 0,64 Punkte) der zweithöchste Anstieg der Überschuldungsquoten.

**13 Bundesländer zeigen 2016
einen Anstieg und nur
drei einen Rückgang der
Überschuldungsquote**

Beim Blick auf die Entwicklung nach Bundesländern weisen 2016 nur drei Bundesländer einen Rückgang der Überschuldungsquote auf, die zudem auf einem Rückgang der Überschuldungsfälle beruht: in Berlin (12,74 Prozent; - 0,24 Punkte), in Bremen (14,01 Prozent; - 0,07 Punkte) und im Saarland (11,31 Prozent; - 0,02 Punkte). Die stärksten Anstiege verzeichnen in diesem Jahr Baden-Württemberg (8,34 Prozent; + 0,25 Punkte), Bayern (7,35 Prozent) und Sachsen (9,89 Prozent; beide + 0,24 Punkte). Diese Bundesländer und Thüringen (9,24 Prozent; + 0,16 Punkte), bleiben unterhalb der Überschuldungsquote für ganz Deutschland. Bayern und Baden-Württemberg führen trotz überdurchschnittlicher Anstiege weiterhin das Ranking der Bundesländer an. Thüringen (9,24 Prozent; + 0,16 Punkte) verbleibt seit 2013 auf Rang drei. Das Schlusslicht bilden wie in den Vorjahren Bremen und Berlin – beide mit (leichten) Rückgängen von Überschuldungsfällen und -quote – und Sachsen-Anhalt (12,74 Prozent; + 0,15 Punkte) mit einem Anstieg der Überschuldungsfälle.

**Höchste Anstiege der Über-
schuldungsfälle 2004 / 2016:
NRW, Baden-Württemberg
und Bayern**

Die im Langzeitvergleich mit Abstand stärksten Zunahmen von Überschuldungsfällen und Überschuldungsquoten weisen Nordrhein-Westfalen (2004 / 2016: + 159.000 Fälle) und Baden-Württemberg (+ 100.000 Fälle) auf, wobei NRW auch 2016 den viertletzten und Baden-Württemberg den zweitbesten Platz im Überschuldungsranking der Bundesländer nach Bayern (+ 61.000 Fälle) einnimmt. Und: Der Freistaat Sachsen weist zum dritten Mal in Folge einen deutlichen Anstieg der Überschuldungsfälle auf (+ 8.000 Fälle; 2015 und 2014: + 10.000 Fälle) und

verschlechtert sich seit 2011 um rund 1,6 Prozentpunkte (2011: 8,26 Prozent; 2016: 9,89 Prozent).

Allerdings zeigen nur sechs der 16 Landeshauptstädte Verschlechterungen der Überschuldungsquoten. Mainz (Rheinland-Pfalz) verbleibt mit einem weiteren Rückgang auf Rang 1 (7,93 Prozent; - 0,04 Punkte), gefolgt von München mit einem nochmaligen Anstieg von Überschuldungsfällen und -quote (8,63 Prozent; + 0,30 Punkte). Wiesbaden, die Landeshauptstadt von Hessen, bleibt auch 2016 das Schlusslicht im Ranking der Landeshauptstädte (16,77 Prozent; + 0,76 Punkte; Abweichung zu 2004: + 4,01; + 9.200 Fälle). Und auch in Stuttgart nahm die Zahl der Überschuldungsfälle 2016 nochmals merklich zu (11,12 Prozent; + 0,46 Punkte; Abweichung zu 2004: + 2,84; + 16.400 Fälle). Die positivste Entwicklung zeigt 2016 Hannover mit einem deutlichen Rückgang von Fällen und Quote (12,94 Prozent; - 0,36 Punkte; - 1.200 Fälle). Alles in allem zeigt die Analyse der Überschuldungslage nach Landeshauptstädten eine wieder zunehmende Polarisierung – der Abstandswert zwischen der niedrigsten (Mainz) und der höchsten Überschuldungsquote erreicht einen neuen Höchstwert (8,84 Punkte).

Die in diesem Jahr negative Überschuldungsentwicklung zeigt sich auch bei der Aufteilung nach Gewinnern und Verlierern der insgesamt 402 Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland. Demnach verzeichnen in diesem Jahr 340 Kreise und kreisfreien Städte einen Anstieg der Überschuldungsquote (85 Prozent; Vorjahr: 61 Prozent). Hingegen weisen nur 62 Städte und Landkreise verbesserte Werte auf (15 Prozent; Vorjahr: 39 Prozent). Die innere Verteilung von Gewinnern und Verlierern bleibt dabei „oben und unten“ fast gleich.

Zehn Landkreise, angeführt von Eichstätt (3,79 Prozent; + 0,05 Punkte), Erlangen-Höchstadt (4,93 Prozent; + 0,12 Punkte) und Schweinfurt (5,06 Prozent; + 0,03 Punkte) führen das Ranking mit Überschuldungsquoten von deutlich unter sechs Prozent an – allerdings weisen alle Erstplatzierten zum Teil merkliche Anstiege der Überschuldungsquoten auf. Schlusslich-

2016: Mainz bleibt die Landeshauptstadt mit der niedrigsten Überschuldungsquote

Das „Schlusslicht“ bleibt auch 2016 Wiesbaden

Anstieg der Überschuldungsquote: 340 Kreise und Städte (85 Prozent / + 24 Punkte)

Aber nur wenige Änderungen im Ranking

**Schlusslichter 2016:
Bremerhaven, Pirmasens und
Wuppertal**

ter des Rankings bilden die Städte Bremerhaven (20,80 Prozent; - 0,02 Punkte), Pirmasens (18,38 Prozent; - 0,05 Punkte) und Wuppertal (18,08 Prozent; + 0,11 Punkte) mit Überschuldungsquoten, die zum Teil deutlich über 18 Prozent liegen.

**Gewinner 2015 / 2016:
Cuxhaven, Braunschweig
und Halle an der Saale**

Zu den diesjährigen „Gewinnern“ zählen der Landkreis Cuxhaven (10,43 Prozent; - 0,46 Punkte) sowie die Städte Braunschweig (9,87 Prozent; - 0,35 Punkte) und Halle an der Saale (16,85 Prozent; - 0,28 Punkte). Letztere verbessert sich im Gesamtranking um vier Plätze, liegt aber dennoch auf Rang 394 (von 402). Zu den „Verlierern“ zählen die kreisfreie Stadt Straubing (11,50 Prozent; + 1,27 Punkte), der Stadtkreis Pforzheim (14,66 Prozent; + 1,02 Punkte) sowie die Stadt Gelsenkirchen (17,67 Prozent; + 0,95 Punkte).

**Verlierer 2015 / 2016:
Straubing, Pforzheim und
Gelsenkirchen**

**Verlierer 2004 / 2016:
Herne, Wiesbaden und
Pforzheim**

Im Langzeitvergleich 2004 / 2016 weisen die Städte Herne (2016: 17,61 Prozent; zu 2004: + 4,86 Punkte), und Wiesbaden (16,77 Prozent; + 4,01 Punkte) sowie der Stadtkreis Pforzheim (+ 3,79 Punkte) die höchsten Anstiege der Überschuldungsquoten auf. Danach folgt Gelsenkirchen (+ 3,56 Punkte), die wie Herne zu den Kernstädten des Ruhrgebiets zählt. Die stärksten Langzeit-Verbesserungen zeigen drei ostdeutsche Städte: Weimar (10,63 Prozent; - 3,57 Punkte), Erfurt (11,29 Prozent; - 3,41 Punkte) und Frankfurt/Oder (12,75 Prozent; - 2,52 Punkte).

**Schlusslichter des Groß-
stadt-Rankings 2016:
Duisburg, Dortmund und
Essen**

Last but not least sind auf den drei letzten Plätzen der Städte mit über 400.000 Einwohnern über 18 Jahren wiederum drei Ruhrgebietsstädte zu finden, die zudem allesamt weitere Anstiege der Überschuldungsquote aufweisen: Duisburg (16,64 Prozent; + 0,44 Punkte), Dortmund (14,46 Prozent; + 0,16 Punkte) sowie Essen (13,59 Prozent; + 0,64 Punkte).

1.4 Ergebniseinordnung: Die Überschuldung in Deutschland steigt trotz sinkender Arbeitslosigkeit und Konjunkturboom

Die konjunkturelle Lage der deutschen Wirtschaft kann trotz temporärer Stimmungsschwankungen in den letzten zwölf Monaten als robust und durchgehend positiv eingestuft werden. Für das Gesamtjahr 2016 wird das „kräftigste Wirtschaftswachstum seit fünf Jahren“ erwartet (Bruttoinlandsprodukt: + 1,9 Prozent), das zwar im kommenden Jahr 2017 wieder auf 1,4 Prozent zurückgehen soll, um dann 2018 wieder um 1,8 Prozent anzusteigen. Auch wenn die im Herbst 2015 ausgelöste „Flüchtlingskrise“ kurzzeitig dramatische Formen annahm, sind bislang dauerhafte und nachhaltige wirtschaftliche Probleme nicht eingetreten. Die Deutsche Bundesbank geht im Monatsbericht Juni 2016 hingegen davon aus, dass trotz Transferleistungen bis Ende 2018 positive Effekte für Menschen und Wirtschaft eintreten werden.¹¹

Auf der „Habenseite“ der ökonomischen Entwicklung sind zudem die bereits seit mehreren Jahren günstigen Finanzierungsbedingungen für Unternehmen sowie die Qualifikation der Arbeitskräfte zu verzeichnen. So hat die positive Konjunktorentwicklung der letzten Jahre auch dafür gesorgt, dass viele Firmen ihr Eigenkapital erhöhen konnten und dadurch resistenter gegen kleinere Unternehmenskrisen geworden sind. Die Folge: Die Unternehmensinsolvenzen liegen auf dem niedrigsten Stand seit Mitte der 1990er Jahre. Der Ölpreis sank zudem Anfang 2016 auf ein Zwölfjahrestief, dabei fielen die Sorten Brent und WTI unter 30 Dollar je Barrel ab, also auf das Preisniveau von 2004. Der niedrige Ölpreis wirkte für Unternehmen und Verbraucher wie

2016: Stabile Konjunktur der deutschen Wirtschaft – trotz „Stimmungsschwankungen“

Deutsche Bundesbank: Positive Effekte durch die Bewältigung der „Flüchtlingskrise“

Die „Habenseite“ der ökonomischen Entwicklung

¹¹ Die Flüchtlinge werden aufgrund von Sprach- und Qualifikationshemmnissen aber wohl häufig erst mit einer gewissen Verzögerung dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Trotz der hohen Arbeitsnachfrage auch nach einfachen Tätigkeiten dürfte daher ein vergleichsweise großer Anteil der anerkannten Flüchtlinge im Projektionszeitraum arbeitslos oder aus anderen Gründen nicht erwerbstätig sein. Der Umfang der zusätzlichen Erwerbspersonen dürfte daher mit kumuliert etwa ein Prozent in den Jahren 2015 bis 2018 überschaubar bleiben. Etwa drei Fünftel dieser Erwerbspersonen könnten bis 2018 beschäftigt sein und die übrigen arbeitslos. Neben den Effekten auf dem Arbeitsmarkt gehen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration von steigenden – nicht gegenfinanzierten – staatlichen Mehrausgaben positive Impulse für die Inlandsnachfrage aus. Die Aufwendungen für soziale Sachleistungen (vor allem für Gesundheit), andere Sachkäufe (etwa für Grundbedarf oder Unterbringung) und Personal erhöhen den Staatskonsum. Mit zunehmender Anerkennung von Asylanträgen wird dann ein immer größerer Teil der Unterstützung als bedürftigkeitsabhängige monetäre Sozialleistung (vor allem Arbeitslosengeld II) erbracht werden und somit den privaten Konsum stützen.“ Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Juni 2016, 68. Jahrgang, Nr. 6, S. 21f.

ein Sonderkonjunkturprogramm, auch wenn die Energiekosten derzeit wieder anziehen.

**Aber: „latente
Investitionslethargie“ ...**

**... und geopolitische
Spannungsfelder belasten
die „Stimmung“**

**Risiko einer
erneuten Bankenkrise**

**Gute Rahmenbedingungen
für die Verbraucher
in Deutschland**

**Hohe Tarifabschlüsse und
niedrige Inflationsraten**

Auf der anderen Seite bleibt die Investitionsbereitschaft der deutschen Unternehmen und des Staates trotz Niedrigzinsen deutlich hinter den als notwendig angesehenen Zielmarken („latente Investitionslethargie“). Neben der globalpolitischen Krisenlage, die von Syrien über die Ukraine bis hin zu Nordkorea reicht, zeigen die noch nicht überschaubaren Folgen des „Brexit“, also des Ausstiegs Großbritanniens aus der Europäischen Union, Auswirkungen auf die Realwirtschaft. Zudem zeigen wichtige Absatzmärkte, wie China und USA, eine Nachfrageschwäche für deutsche Produkte, da deren Konjunktur nicht auf einen nachhaltigen Erholungskurs zurückkommt. Das Ende September veröffentlichte Herbstgutachten der „Wirtschaftsweisen“ für die Bundesregierung benennt zudem das Risiko einer erneuten Bankenkrise. Ein instabiler Finanzsektor sei „immer Gift für die konjunkturelle Entwicklung“. So hätten weiterhin einige Banken, nicht nur in Euro-Krisenländern, „faule Kredite in ihren Büchern“.

Allerdings waren die konjunkturellen Rahmenbedingungen für die deutschen Verbraucher in den letzten zwölf Monaten offensichtlich weiterhin sehr positiv. Dies zeigt alleine die Entwicklung der privaten Konsumausgaben, die 2015 laut Statistischem Bundesamt den stärksten Zuwachs (+ 1,9 Prozent) seit dem Jahr 2000 aufweist (+ 2,1 Prozent). Allerdings prognostiziert der Deutsche Industrie- und Handelskammertag Ende Oktober beim privaten Konsum für 2017 nur noch einen Zuwachs von 1,2 Prozent. Die wichtigste Grundlage für diese insgesamt positive Entwicklung bildet eine weitere Verbesserung der Einkommenssituation der Verbraucher durch die vergleichsweise hohen Tarifabschlüsse der letzten Jahre (Tarifverdienste 2015: + 2,1 Prozent; 2014: + 3,2 Prozent). Allerdings ist das Anstiegsniveau mittlerweile abgeflacht (2. Quartal 2016: + 0,9 Prozent). Ähnliches gilt für die Inflation, die niedrig bleibt, aber im zweiten Halbjahr auch dank wieder steigender Energiepreise allmählich anzieht (Oktober 2016: + 0,8 Prozent; Oktober 2015: + 0,3 Prozent).

Die Lage am deutschen Arbeitsmarkt bleibt auch 2016 stabil und robust. Die Arbeitslosenzahl liegt im Oktober (30. Oktober 2016: 5,8 Prozent; 2.539.939 Arbeitslose; - 109.338 im Vergleich zum Vorjahr) auf dem niedrigsten Stand seit über 25 Jahren (Juni 1991: 2.435.115 Arbeitslose). Und auch die Anzahl langzeitarbeitsloser Menschen hat im September 2016 im Vergleich zum Vorjahresmonat abgenommen (966.000; - 66.000 Personen; - 6,4 Prozent). Der Anteil Langzeitarbeitsloser an allen Arbeitslosen ist damit auf 37 Prozent gefallen (2015: 38,1 Prozent). Dies sind wichtige Grundlagen für fast durchgehend optimistische Verbrauchererwartungen an die Arbeitsplatz- und Einkommenssicherheit. Zudem bildet ein stabiler Arbeitsmarkt weiterhin die wichtigste Grundlage, um das Überschuldungsrisiko für die meisten Verbraucher gering zu halten.

Arbeitsmarkt bleibt auch 2016 „robust“

Arbeitsmarkt: niedrigster Stand seit 25 Jahren

Anteil langzeitarbeitsloser Menschen hat leicht abgenommen

Die aktuelle Herbstanalyse des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) vom Oktober 2016 geht davon aus, dass die Beschäftigung 2017 um rund 450.000 Stellen wächst, nach 500.000 in diesem Jahr. Allerdings zeigt der Monatsbericht der Bundesagentur für Arbeit, dass möglicherweise negative Änderungen durch die Arbeitsplatznachfrage durch Flüchtlinge anstehen: „Mit der einsetzenden Herbstbelegung sind Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung im September gesunken. Saisonbereinigt blieb die Arbeitslosigkeit nahezu unverändert. Demgegenüber hat die Unterbeschäftigung saisonbereinigt weiter zugenommen, da sie auch den zunehmenden Einsatz von Arbeitsmarktpolitik insbesondere für geflüchtete Menschen berücksichtigt. Die Auswirkungen der Fluchtmigration sind hier mittlerweile sichtbar.“

2016: Weitere kräftige Zunahme der Beschäftigung oder ...

... Anstieg der Arbeitslosigkeit durch Flüchtlinge?

Zudem ist festzustellen, dass sich viele Indikatoren zur Einordnung des Überschuldungsrisikos trotz vergleichsweise positiver Konjunkturlage und stabilem Arbeitsmarkt nicht verbessert, sondern zum Teil verschlechtert haben: So ist festzustellen, dass die Zahl atypisch Beschäftigter¹² nach Daten des Statistischen

¹² Unter prekärer Beschäftigung werden nach Definition des Statistischen Bundesamts „Befristung, Teilzeitbeschäftigung mit 20 oder weniger Stunden, Zeitarbeitsverhältnis und/oder geringfügige Beschäftigung“ subsumiert. Beschäftigungsverhältnisse werden als prekär bezeichnet, wenn sie nicht geeignet sind, auf Dauer den Lebensunterhalt einer Person sicherzustellen und deren soziale Sicherung zu gewährleisten. Der Anteil atypisch Beschäftigter an allen Erwerbstätigen war von 1991 (12,8 Prozent) nahezu kontinuierlich auf seinen bislang höchsten Wert in

Atypische Beschäftigung hat wieder zugenommen

**Frauen sind von
atypischer Beschäftigung
stärker betroffen**

**Geringfügige Beschäftigung
1999 / 2013: + 123 Prozent bei
den über 65-Jährigen**

**Mega-Trend
„strukturelle Überschuldung“
verstärkt sich**

Bundesamtes auch 2015 bei insgesamt steigender Erwerbstätigkeit wieder, wenn auch nur leicht, angestiegen ist. Ihre Zahl stieg im Vergleich zum Vorjahr um 28.000 Personen auf nunmehr 7,53 Millionen atypisch Beschäftigte. Zudem zeigt sich, dass die Erwerbstätigkeit vor allem von Frauen durch atypische Beschäftigung geprägt ist. Während 2015 31,2 Prozent der erwerbstätigen Frauen atypisch (- 0,4 Punkte) beschäftigt waren, lag der Anteil bei Männern bei nur 11,7 Prozent (+ 0,1 Punkte).

Prekäre Beschäftigung und damit oft verbundene Einkommensarmut bleiben dabei gerade bei den Menschen konzentriert, die ohnehin als überdurchschnittlich überschuldungsaffin gelten können. Hierzu gehören Frauen, junge und insbesondere ältere Menschen. Dies zeigt auch die Analyse der Erwerbstätigkeit nach Alter. So hat die Zahl (ausschließlich) geringfügig Beschäftigter, insbesondere bei älteren Menschen, deutlich zugenommen. Betrug der Zuwachs in der Gesamtgruppe (Gesamtzahl März 2016: 4,97 Millionen) der „ausschließlich geringfügig Beschäftigten“ zwischen 2003 und 2016 rund 4,8 Prozent, lag er in der zusammengefassten Altersgruppe der über 65-Jährigen bei rund 78 Prozent (über 60 Jahre: + 68 Prozent). Bei den Jüngeren (unter 30 Jahre) nahm der entsprechende Anteil nur um 3,8 Prozent zu – bei den mittelalten Personen (30 bis 60 Jahre) um knapp 10 Prozent ab.¹³ Die aktuellen Überschuldungsdaten belegen, dass das Überschuldungsrisiko (und damit auch das relative Armutsrisiko) vor allem bei älteren Personengruppen besonders hoch ist.

Gerade auch vor diesem Hintergrund bleiben die aktuellen Daten zur Überschuldungsentwicklung besorgniserregend: Der Mega-Trend zur „strukturellen Überschuldung“ hat in den letzten zwölf Monaten nochmals deutlich zugenommen. Der aktuelle Anstieg der Über-

den Jahren 2007 und 2010 (jeweils 22,6 Prozent) gestiegen. Aktuell liegt er bei 20,8 Prozent nach 20,9 Prozent im Jahr 2015. 2010 war ein Höchststand von 7,95 Millionen atypisch Beschäftigter erreicht worden. Die „Prekaritätsrisiken“ atypischer Beschäftigungsformen liegen nachvollziehbar auf der Hand: ein unzureichendes Einkommen, eine mangelnde soziale Sicherung und geringere Beschäftigungsstabilität und -fähigkeit. Vgl. auch SchuldnerAtlas Deutschland 2015, S. 46.

¹³ Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen - Beschäftigungsstatistik, Sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte nach Altersgruppen, gemittelte Jahreswerte, Quartalswerte, Juni 2003 bis März 2016. Neue Berechnungsgrundlagen.

schuldungsfälle beruht ausschließlich auf einer Zunahme der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität. Dies bedeutet aber auch, dass die starke Inanspruchnahme des Privatkonsums zur Konjunkturstützung zeitversetzt Folgewirkungen zeigt. Die Entwicklung von Überschuldungsfällen, Konsumklima und privaten Konsumausgaben für die Jahre 2006 bis 2016 gehen meist „Hand in Hand“.¹⁴

Allerdings zeigen auch die aktuellen Daten des Bankenfachverband e.V. (Oktober 2016), dass in diesem Jahr zwar weiterhin viele vorhandene Konsum- und Anschaffungswünsche mit Hilfe von Konsumkrediten realisiert werden. Der Trend ist jedoch zum zweiten Mal in Folge leicht rückläufig. Sowohl Finanzierungen (40 Prozent; - 2 Punkte) als auch die Nutzung von Ratenkrediten (30 Prozent; - 2 Punkte) haben weiter leicht abgenommen. Berücksichtigt man bei der Entwicklung der Ratenkredite die Zahlen der Deutschen Bundesbank, so steigt ihr Volumen von 152,4 Milliarden (Jahreswert 2015) auf 159,6 Milliarden Euro (2. Quartal 2016) allerdings um rund fünf Prozent.

Für die nächsten Monate ist trotz vereinzelter Positiventwicklungen davon auszugehen, dass das Überschuldungsrisiko für die deutschen Verbraucher und somit auch die Zahl überschuldeter Verbraucher in Deutschland kurz- und mittelfristig weiter steigen werden.

Entwicklung von Schuldnerfällen und privatem Konsum korrespondieren

2015 / 2016

Finanzierungen: - 2 Punkte

Ratenkredite: - 2 Punkte

Trotz vereinzelter Positivtrends wird die Zahl überschuldeter Verbraucher kurz- und mittelfristig weiter steigen

¹⁴ Siehe hierzu die vergleichende Gegenüberstellung der Jahresabweichungswerte von Überschuldungsfällen und den privaten Konsumausgaben, vgl. SchuldnerAtlas Deutschland 2015, S. 48ff.

■ 2 Exkurs: Fluchtmigration und Überschuldung – was wir sagen können

*Seit Beginn 2015:
Phase großer
Migrationsbewegungen*

*Flüchtlinge:
Chance oder Bedrohung?*

*Flüchtlinge: Ein „Streitthe-
ma“, bei dem „negative Ein-
schätzungen überwiegen“*

Nicht nur Deutschland erlebt derzeit eine Phase großer Migrationsbewegungen. Die Folgen für die deutsche Gesellschaft sind noch unüberschaubar. Generell wird die aktuelle Migrationsbewegung von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik sehr kontrovers diskutiert und bewertet, zum Teil auch parteipolitisch instrumentalisiert. Die deutsche Gesellschaft ist gespalten, ob die Flüchtlinge¹⁵ eine Bedrohung oder eine Bereicherung für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Weiterentwicklung Deutschlands darstellen.

Einerseits wird der Flüchtlingszuzug als Herausforderung und Chance gesehen, um die negativen Folgen des demografischen Wandels auszugleichen und mittel- und langfristig dem Fachkräftemangel zu begegnen. Andererseits sehen Teile der Bevölkerung den Flüchtlingszuzug als Bedrohung der inneren Sicherheit, als Gefahr für Arbeitsplätze und Wohlstand. Laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung befürchtete im Februar eine Mehrheit der Deutschen „negative Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft“. Demnach bleibt das Thema Flüchtlinge ein „Streitthema“, bei dem „negative Einschätzungen überwiegen“.¹⁶ Zudem nutzen rechtspopulistische Gruppierungen die Flüchtlingsbewegung zur Ausländerhetze und zur Diskriminierung nichtdeutscher Gruppen.

¹⁵ Da die Begriffslage unübersichtlich ist, soll dem Verständnis der Autoren des IAB-Kurzbericht gefolgt werden: „Die Begriffe ‚Flüchtlinge‘ und ‚Geflüchtete‘ werden hier nicht im juristischen Sinne, sondern als Sammelbegriff für alle Personen verwendet, die als Schutzsuchende nach Deutschland gekommen sind – unabhängig von ihrem rechtlichen Status. Deshalb werden neben Personen, die als Asylberechtigte und Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt wurden oder einen anderen Schutzstatus erhalten haben, auch solche Personen als Flüchtlinge oder Geflüchtete bezeichnet, die noch nicht als Asylbewerber registriert wurden, sich in den Asylverfahren befinden oder deren Asylanträge abgelehnt wurden.“ Vgl. IAB-Kurzbericht (19-2016), Aktuelle Berichte, Eine vorläufige Bilanz der Fluchtmigration nach Deutschland, August 2016, S. 2.

¹⁶ Generell wird die Aufnahme von Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen in Deutschland eher befürwortet als die Aufnahmen von Personen, die als Fluchtgründe politische und religiöse Gründe angeben: „Noch deutlicher ist die Bereitschaft zur Aufnahme von Personen gesunken, deren Flucht nach Deutschland vor allem materiell – Arbeitssuche, Erzielung von Einkommen – motiviert ist.“ „Während Engagementbereite in ihrer Einschätzung der Auswirkungen des Flüchtlingszustroms äußerst vielfältig sind, überwiegen bei Nicht-Engagementbereiten klar die Befürchtungen. Das zivile Engagement in Deutschland wird auch von vielen skeptisch eingestellten Menschen mitgetragen und findet vor dem Hintergrund großer Unsicherheit über die Konsequenzen der Asylwanderung und eines gefühlten Politikversagens statt.“ Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Wochenbericht Nr. 08/2016, Effekte der EZB-Politik, darin: Flüchtlingszuwanderung: Mehrheit der Deutschen befürchtet negative Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft, S. 158-167.

Eine der vielen Fragen in der Flüchtlingsdiskussion ist die gesellschaftliche Integration der zugewanderten Personen – in Gesellschaft, Kultur, Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Schon lange wird über Integration, Diskriminierung, demografischen Wandel, Arbeits- und Fachkräftebedarf sowie „Brain Drain“ und „Brain Gain“ – die Ab- und Zuwanderung von Wissenschaftlern – diskutiert. Seit dem hohen Anstieg der Zuwanderung ab 2015 haben diese Themen jedoch eine neue Dimension gewonnen.

Und auch die Überschuldungsforschung wird mit Fragen konfrontiert: Welche Auswirkungen hat die Fluchtmigration auf die Zahl der Überschuldungsfälle in Deutschland? Geraten auch immer mehr Flüchtlinge in eine Überschuldungsspirale? Spiegeln sich in den aktuellen Überschuldungsquoten bereits Anstiege von Konsumüberschuldung oder Überschuldung aus Einkommensarmut wider, die auf Flüchtlinge und Asylsuchende zurückzuführen sind? Gibt es Anzeichen dafür, dass Flüchtlinge und Asylsuchende, der westlichen Konsumkultur ungeübt, den materiellen Versuchungen der Wohlstandsgesellschaft nicht widerstehen können und in ein Überschuldungskarussell geraten?

Die Hauptgründe für die Migrationsbewegungen sind die Osterweiterung der Europäischen Union, die EU-Schuldenkrise und die Fluchtmigration. Seit Spätsommer 2015 gelangen immer mehr Flüchtlinge nach Deutschland, die meist auf der Flucht vor Krieg, Vertreibung und systematischer Verfolgung ihre Heimat verlassen haben. Alleine 2015 gab es zwei große Flüchtlingsbewegungen: Im Frühjahr des letzten Jahres kamen viele Bewerber vom Balkan – vor allem Menschen aus Albanien und dem Kosovo suchten in Deutschland Asyl. Doch erst ab September stiegen die Flüchtlingszahlen deutlich an. Die meisten Flüchtlinge kamen in allen Monaten des Jahres 2016 aus Syrien, Afghanistan und Irak nach Deutschland. Das Ausländerzentralregister erfasste zum 31. Juli 2016 rund 1,1 Millionen Personen, die einen Aufenthaltsstatus als Geflüchtete hatten. Das ist ein Anstieg um 580.000 Personen gegenüber Ende 2014. Hinzu kommen rund 200.000 bis 250.000 Schutzsuchende, die noch nicht

Migration zwischen Integration, Diskriminierung, demografischem Wandel und Fachkräftebedarf

Überschuldungsforschung: Auswirkungen der Fluchtmigration auf die Zahl der Überschuldungsfälle

Seit Beginn 2015: Zwei Flüchtlingsbewegungen

Deutlicher Anstieg ab September 2015

31. Juli 2016: rund 1,1 Millionen Personen mit Aufenthaltsstatus als Geflüchtete

als Asylbewerber registriert wurden und damit auch nicht vom Ausländerzentralregister erfasst werden. Die Registrierung dieser Personen als Asylbewerber wird zum Jahresende 2016 voraussichtlich abgeschlossen sein.

Veränderte Rahmenbedingungen haben die Zahl der Flüchtlinge zurückgehen lassen

Das Abkommen zwischen der EU und der Türkei sowie die Schließung der Balkan-Route haben den Weg nach Deutschland mittlerweile deutlich erschwert, das Asylpaket II hat den Familiennachzug für viele Flüchtlinge unmöglich gemacht. Deutlich weniger Schutzsuchende erreichen Deutschland, zugleich werden mehr Asylverfahren abgeschlossen. Seit April 2016 hat sich die Zahl der neu erfassten Flüchtlinge bei 16.000 Personen eingependelt, im November 2015 hatte sie noch 206.000 betragen. Sofern sich die politischen Rahmenbedingungen nicht fundamental ändern, könnten bei Fortschreibung der aktuellen Zahlen im laufenden Jahr zwischen 300.000 bis 400.000 Flüchtlinge insgesamt neu erfasst worden sein.¹⁷

DIHK: Flüchtlinge in Ausbildung und Beschäftigung integrieren ...

Die deutsche Wirtschaft – insbesondere der Mittelstand – setzt sich nach Angaben des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) in vielerlei Hinsicht dafür ein, Flüchtlinge in Ausbildung und Beschäftigung zu integrieren. So gab es im Frühjahr 2016 bereits fast 140.000 Beschäftigte aus Asyl-Herkunfts-ländern – rund 30.000 mehr als ein Jahr zuvor. Und laut einer DIHK-Hochrechnung befänden sich bereits rund 10.000 junge Flüchtlinge in einer Ausbildung. Allerdings handele es sich dabei in den wenigsten Fällen um Menschen, die im Sommer und Herbst 2015 nach Deutschland gekommen seien. Die Gründe: Der Weg in die Ausbildung braucht Zeit – nach einer DIHK-Umfrage im Durchschnitt 22 Monate. Zudem bilden vor

... aber der Weg in die Ausbildung braucht Zeit

¹⁷ Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) analysierte bereits im März: „2015 haben 141.000 Flüchtlinge einen anerkannten Schutzstatus und damit einen unbeschränkten Arbeitsmarktzugang erhalten. Von ihnen waren 110.000 im erwerbsfähigen Alter. In Abhängigkeit von den Annahmen über den Zuzug und die Entscheidungen in den Asylverfahren kann die Zahl der Flüchtlinge mit anerkanntem Schutzstatus im erwerbsfähigen Alter im Jahresdurchschnitt 2016 auf 320.000 bis 390.000, bis zum Jahresende 2016 auf 500.000 bis 620.000 Personen steigen. Hinzu kommen 266.000 Asylbewerber im erwerbsfähigen Alter, deren Asylverfahren zum Jahresende 2015 noch nicht abgeschlossen waren. Zum Jahresende 2016 könnte diese Zahl auf 340.000 bis 420.000 Personen steigen.“ Vgl. IAB-Kurzbericht (06-2016), Aktuelle Berichte, Typisierung von Flüchtlingsgruppen nach Alter und Bildungsstand, März 2016. Generell gilt: Geflüchtete haben einen unbeschränkten Arbeitsmarktzugang erst mit einem anerkannten Schutzstatus. Denjenigen, die sich als Asylbewerber oder Geduldete in Deutschland aufhalten, kann unter bestimmten Bedingungen eine Beschäftigungserlaubnis erteilt werden.

allem fehlende Sprachkenntnisse und die immer noch zu langen Asylverfahren die Haupthemmnisse. Alles in allem sehen die meisten Wirtschaftsforscher die Integration von Flüchtlingen als eine „langfristig lohnende Investition“ (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, November 2015), in jedem Fall als „Konjunkturimpuls“. Die kurzfristigen Kosten zur Integration seien zwar „zweifellos massiv“, die zusätzliche Nachfrage werde aber über Multiplikatoreffekte auch den Wohlstand der alteingesessenen Bevölkerung steigern. In einem optimistischen Szenario des DIW würde der Nutzen die Kosten bereits ab 2018 übersteigen.¹⁸

Flüchtlinge: „Konjunkturimpuls“ und „langfristig lohnende Investition“

Die Frage nach den verteilungspolitischen Auswirkungen der jüngsten Einwanderungswelle spielt in den politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen eine wichtige Rolle. Anhand der Ende September 2016 vorgestellten Daten zu Armutsquoten in Deutschland durch das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) zeigt sich auf den ersten Blick, dass die für das letzte Berichtsjahr (2015) vorgelegte Armutsquote in Deutschland im Vergleich zu 2014 um 0,3 Prozentpunkte auf 15,7 Prozent angestiegen ist und damit einen neuen Höchststand erreicht hat. Allerdings ist dieser vergleichsweise „kleine Anstieg der Armutsquote allein darauf zurückzuführen, dass sich die Armutsquote der Bevölkerung mit Migrationshintergrund deutlich erhöht hat. Das Armutsrisiko der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, also der deutschen Bevölkerung, liegt hingegen weiter unter dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung und hat sich seit 2011 praktisch nicht verändert. Die

Verteilungspolitische Auswirkungen der jüngsten Einwanderungswelle

Die Armutsquote der Bevölkerung mit Migrationshintergrund hat sich deutlich erhöht und ...

... die der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund bleibt seit 2011 nahezu konstant

¹⁸ Fluchtmigration unterscheidet sich in vielfacher Hinsicht von anderen Formen der Migration wie Arbeitsmigration oder Familiennachzug. Geflüchtete Menschen haben andere Migrationsmotive und durch Krieg, Verfolgung und Flucht andere Erfahrungen gesammelt. Die Biografien der Geflüchteten beeinflussen auch ihre Integration in den Arbeitsmarkt und in alle anderen Bereiche der Gesellschaft.“ Letztlich ist bislang „wenig über die Lebensumstände von Geflüchteten in Deutschland bekannt“, schreibt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) im Vorwort einer qualitativen Befragungsreihe mit geflüchteten Menschen in Deutschland im Juni 2016. Geflüchtete bringen demnach sehr unterschiedliche Voraussetzungen für ein Leben in Deutschland mit: „Gemeinsam ist ihnen eine hohe Arbeitsmotivation und Integrationsbereitschaft.“ Zudem: „Gemeinsam ist den Befragten eine hohe Identifikation mit Deutschland und Werten wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Achtung der Menschenwürde und Religionsfreiheit. Allerdings sind in Hinblick auf die Gleichstellung der Frauen und die Geschlechterrollen auch deutliche Differenzen im Vergleich zu den hier mehrheitlich geteilten Werten erkennbar. Alle interviewten Flüchtlinge zeichnen sich durch eine hohe Arbeitsmotivation aus und bringen, unabhängig vom eigenen Bildungsstand, eine stark ausgeprägte Bildungsorientierung mit. Viele ältere Geflüchtete halten es aber für unrealistisch, diese für sich selbst noch zu realisieren und verlagern die Bildungserwartungen auf die nachfolgende Generation.“ Vgl. IAB-Kurzbericht (15-2016), Geflüchtete Menschen in Deutschland, Warum sie kommen, was sie mitbringen und welche Erfahrungen sie machen, Juni 2016, S. 1 / S. 11.

Daten widerlegen also Erwartungen, wonach die jüngste Einwanderungswelle eine Verarmung der einheimischen Bevölkerung nach sich ziehen könnte.“¹⁹

**Seit Ende 2015 berichten
Medien über Flüchtlinge und
Überschuldung**

Bezogen auf die Überschuldungslage und auf das Überschuldungsrisiko der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zeigt sich, dass diese Fragen und auch damit verbundene Befürchtungen im letzten Drittel 2015, also erst nach Beginn der zweiten Flüchtlingsbewegung, ihren Niederschlag in den Medien fanden. Im Oktober 2015 hatten nach Angaben der Süddeutschen Zeitung Flüchtlinge im Saarland knapp 1.000 Bestellungen beim Online-Modehändler Zalando aufgegeben, die Waren im Wert von mehr als 180.000 Euro aber nicht bezahlt. Viele der Flüchtlinge waren längst in ihre Herkunftsländer zurückgekehrt und somit kaum auffindbar. Von anderen Absendern war der Name offenbar erfunden. Der Betrug war offensichtlich möglich, weil die Überprüfungsrouinen bei Zalando nicht richtig funktionierten. Zudem waren die Flüchtlinge damals nicht registriert, was auch heute noch für viele Flüchtlinge gilt. Das Frühwarnsystem griff daher nicht. Üblicherweise erhalte ein nicht-vertrauenswürdiges Kundenkonto eine Absage, noch ehe die Ware versandt wird.

**Überprüfungsrouinen
funktionieren nicht**

**Wohlfahrtsverbände
beklagen: Flüchtlinge
werden durch kriminelle
Vermittler betrogen**

Zudem beklagen Wohlfahrtsverbände, dass in nicht wenigen Einzelfällen Flüchtlinge und Asylsuchende Handy-Verträge unterschrieben haben, um Kontakt in ihre Heimatländer aufnehmen zu können. Sie unterzeichnen dabei häufig Verträge, ohne die deutsche Schrift lesen und die entsprechenden Geschäftsgepflogenheiten kennen zu können. Es sind Fälle bekannt geworden, bei denen Vermittler als Dolmetscher aufgetreten sind und bei der Vertragsschließung Hilfe angeboten haben. Die Folge: Die Betroffenen geraten in eine Schuldenfalle, da sie die regelmäßig anfallenden Grundgebühren und bei Auslandsgesprächen entstehenden Verbrauchskosten nicht dauerhaft begleichen können.

¹⁹ Vgl. WSI Verteilungsmonitor, September 2016, Special Feature, Wie wirkt sich die Einwanderung auf die Armut aus?, S. 2

Alles in allem muss allerdings nach dem jetzigen Wissensstand von Einzelfällen ausgegangen werden. Dies nicht zuletzt, da trotz drastischem Anstieg der Anzahl von Flüchtlingen und Asylanträgen die Zahl der Überschuldungsfälle in den letzten zwölf resp. 24 Monaten zwar spürbar, aber nicht ebenso stark zugenommen hat. Dies ist natürlich auch insbesondere darauf zurückzuführen, dass die allermeisten Flüchtlinge mittlerweile zwar bei ihrer Einreise erfasst werden, aber im Asylverfahren verbleiben. Eine für die Bestimmung von überschuldungsrelevanten Informationen notwendige Zuordnung eines dauerhaften Wohnortes und (oft fehlender) persönlicher Daten kann daher trotz Residenzpflicht nicht erfolgen. Eine digitale Überprüfung der Bonität ist dadurch nicht möglich – folglich dürfte ein (internet-basierter) Einkauf und somit die Möglichkeit zu betrügerischem Verhalten de facto nicht entstehen. Zudem ist davon auszugehen, dass die Überprüfung einer (analogen) Bonität bei einem persönlichen „Kaufakt vor Ort“ derzeit angesichts der bestehenden Ressentiments in der Bevölkerung eher zu einem Nichtzustandekommen einer Geschäftsbeziehung führen würde – sofern nicht andere Personen (mit krimineller Energie) Geschäfte ermöglichen und vermitteln, die von den betroffenen Flüchtlingen bzw. Asylsuchenden nicht mit allen Folgen überschaut werden können.

Wenn allerdings Armut und Überschuldung korrelieren, dann kann davon ausgegangen werden, dass das zeitlich versetzte resp. mittel- und langfristige Überschuldungsrisiko vieler Flüchtlinge als eher hoch einzustufen ist, da bei einer fehlenden gesellschaftlichen und ökonomischen Integration die Überschuldungswahrscheinlichkeit steigen wird. So zeigen Analysen der Armutsquoten resp. Armutsgefährdungsquoten durch das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Hans-Böckler-Stiftung (WSI), „inwiefern bei unterschiedlichen Einwanderergruppen eine Integration über den Arbeitsmarkt möglich ist“. Es wird dabei davon ausgegangen, dass „ein Einkommen, welches die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht, [...] dabei eine wichtige Voraussetzung für die Integration“ ist. Die Analyse stellt fest: „Die Armutsquoten von Menschen aus den Ländern des Orients und Nordafri-

Einzelfälle oder deutliche Zunahme?

Fehlende Daten erschweren Zuordnung von Bonitätsinformationen ...

... und verhindern Geschäftsbeziehungen

Armut und damit auch Überschuldung von Flüchtlingen nehmen zu, wenn gesellschaftliche und ökonomische Integration fehlt

***Erwerbstätigkeit verhindert
Armut und ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe***

kas sind mit 54,8 bzw. 41,1 Prozent enorm hoch. Erwerbstätigkeit kann jedoch auch bei Einwanderern einen Beitrag dazu leisten, Armut zu vermeiden und so gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Grundsätzlich zeigt sich, dass Erwerbstätige aus allen Herkunftsländern weniger von Armut betroffen sind als solche ohne eine Beschäftigung. Gleiches gilt möglicherweise auch für das Beziehungsgeflecht Erwerbstätigkeit, Armut und Überschuldung.

***Ressourcenknappheit:
Schlüsselbegriff und
Erklärungshilfe***

Ressourcenknappheit wird auch bei den Analysen im Gastbeitrag der US-amerikanischen Wissenschaftlerin Prof. Dr. Cäzilia Loibl (s. Gastbeitrag in Kapitel 3) als die „gegenwärtig vorherrschende Sichtweise zur Erklärung von Überschuldung“ eingestuft. Die Hauptgründe für Überschuldungsprozesse sind im erweiterten Sinne Ressourcenknappheit, das heißt Einkommensarmut bzw. längerfristiges Niedrigeinkommen, meist ausgelöst und verstärkt durch Arbeitslosigkeit oder prekäre Arbeitsverhältnisse. Folglich bleibt die Lage für die ausländischen Bürger sicherlich prekär, auch wenn vor einer unnötigen Dramatisierung gewarnt werden muss.

***Finanzwissen und finanzielle
Bildung bei Personen mit
Migrationshintergrund
mutmaßlich geringer
ausgeprägt ...***

Allerdings muss einerseits davon ausgegangen werden, dass Finanzwissen und finanzielle Bildung bei Personen mit Migrationshintergrund in Bezug auf die westliche Konsumkultur wahrscheinlich geringer ausgeprägt ist. Alles in allem bleibt eine Bewertung des Chancenpotenzials zur Integration der Flüchtlinge in Arbeitsmarkt und Gesellschaft schwierig. So wird das Niveau der Allgemeinbildung der Flüchtlinge zwar als eher hoch, das Niveau der beruflichen Bildung aber als eher gering eingestuft.²⁰

***... aber ohne spezifische
Konsum- und Überschuldungskultur***

Andererseits weisen Migranten keine spezifische Konsum- und Überschuldungskultur auf, die stärker als bei der bundesdeutschen Bevölkerung beispielsweise mit mangelnder Selbstkontrolle und mit einer Neigung zu Impulsivkäufen verbunden ist. Zudem spricht ganz generell vieles dafür, dass nicht-deutsche Populationen ein ähnlich hohes Maß an strafwürdiger Energie in Bezug auf das Überschuldungsverhalten aufweisen wie

²⁰ Vgl. auch IAB-Kurzbericht (19-2016), Aktuelle Berichte, Eine vorläufige Bilanz der Fluchtmigration nach Deutschland, August 2016, S. 11 / S. 19.

die deutsche Bevölkerung und umgekehrt. So kann nicht davon ausgegangen werden, dass Personen oder Haushalte mit Migrationshintergrund per se als strategisches Verhalten beim Begleichen von Schulden auf Bezahlungsverzug oder -vermeidung setzen.

Alles in allem zeigt die aktuelle Entwicklung der Überschuldungsfälle, dass ein besonderer Anstieg migrationspezifischer Überschuldung nach bisherigen Erkenntnissen bislang nicht stattgefunden hat. Das Niveau der aktuellen Überschuldungsdaten widerlegt eo ipso die Erwartungen, dass die jüngste Einwanderungswelle bereits jetzt einen sprunghaften Anstieg der Überschuldungsfälle in Deutschland nach sich gezogen hat. Hierzu ist allerdings anzumerken, dass die Datenlage eine abschließende Bewertung angesichts datentechnischer und datenschutzrechtlicher Erfassungsprobleme nicht möglich macht. Für die Zukunft ist ein migrationsbedingter Anstieg der Überschuldung nicht auszuschließen, da der integrative Ansatz sicherlich auch den Transfer und die Übernahme westlicher Konsumgepflogenheiten in die Werthaltungen der betroffenen Personen impliziert.

Schlussendlich darf die Debatte um die Fluchtmigration und ihre Bewältigung nicht dazu führen, dass auch für die aktuelle Überschuldungssituation Sündenböcke gesucht werden. Die Integration in Not geratener Menschen ist sicherlich eine Zukunftsaufgabe mit langem Atem. Für die Lösung der in Zukunft sicherlich weiter zunehmenden Überschuldungsprobleme gilt das Gleiche. Die Überschuldungslage in Deutschland ist für viele betroffene Personen – ob deutscher oder nicht-deutscher Herkunft – sicherlich prekär, aber nicht ausweglos. Dies zeigt auch der aktuelle Gastbeitrag.

***Aktuelle Entwicklung:
Ohne migrationspezifische
Auffälligkeiten***

***Datentechnische und
datenschutzrechtliche
Erfassungsprobleme er-
schweren Gesamtbewertung***

***Debatte um die
Fluchtmigration: Keine
„Sündenböcke“ suchen,
sondern Lösungen***

***Die Lage ist prekär, aber
sicherlich nicht ausweglos***

■ 3 Perspektiven: Auch einfache Maßnahmen können große Wirkungen zeigen

3.1. Die Überschuldung von Verbrauchern aus internationaler Perspektive: Die Beispiele Großbritannien und USA

Überschuldung von Verbrauchern auf internationaler Ebene

Paul Krugman im Oktober 2010: „Die Krise ist noch lange nicht vorbei“

BIZ warnt im Juni 2016 vor „riskanter Dreierkonstellation“

„Trilemma“ plus Brexit: Gefahr einer neuen ökonomischen Abwärtsspirale

Das aktuelle Sonderthema befasst sich wie zuletzt im Jahr 2011 ausführlicher mit der Überschuldung von Verbrauchern in einem internationalen Vergleich.²¹ Auch wenn die unmittelbare Bedrohung durch eine globale Finanz- und Staatsschuldenkrise im Gegensatz zu vor fünf Jahren derzeit nicht akut scheint, hat die im Oktober 2010 geäußerte Prophezeiung des US-amerikanischen Wirtschaftsprofessors und Nobelpreisträgers Paul Krugman noch immer ihre Bedeutung: „Die Krise ist noch lange nicht vorbei“. Dies gilt trotz temporärer Entlastungstendenzen für Staaten, Banken, Unternehmen und, vielleicht mehr denn je, für die privaten Haushalte.

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) warnte Ende Juni 2016 auf ihrer ordentlichen Generalversammlung vor einer „riskanten Dreierkonstellation aus ungewöhnlich niedrigem Produktivitätswachstum, beispiellos hohen globalen Schuldenständen und einem äußerst engen wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum“. Dieses „Trilemma“ werde, so die Befürchtung, auch vor dem Hintergrund des Brexit, die Weltwirtschaft und damit auch die Verbraucher in eine neue ökonomische Abwärtsspirale führen. Die Gefahr eines „doom loop“ (Dominoeffektes) liegt auf der Hand: Nach einer Analyse der Ratingagentur Standard & Poor's haben Banken in Europa ihren Bestand an Staatsanleihen seit dem Tief im September 2008 von damals 355 Milliarden Dollar auf jetzt 791 Milliarden Dollar mehr als verdoppelt.

²¹ Seit 2009 wurde das Thema Überschuldung aus verschiedenen Perspektiven interdisziplinär aufgegriffen und in Form eines Gastbeitrages durch Fachwissenschaftler vertieft: 2009: Armut und Überschuldung; 2010: Überschuldung und defizitäre Gesundheit; 2011: Junge Überschuldung und Finanzkompetenz; 2012: Einkommenspolarisierung und Überschuldung in Deutschland; 2014: Generationsübergreifende Überschuldung, Ergebnisse einer Trendumfrage deutscher Sozialämter; 2015: Armutsüberschuldung im Alter. 2013 erfolgte eine rückblickende Einordnung des „Arbeitsinstruments“ SchuldnerAtlas und seiner Funktion als sozioökonomischer Indikator durch Vergleiche zu seiner Aussagequalität mit den Parametern Arbeitslosigkeit, Bruttoinlandsprodukt und Geschäftsklima, die seit dem jährlich aktualisiert wird.

Damit geraten beide Seiten in eine schicksalhafte Abhängigkeit. Fallen Staaten, dann fallen auch die Banken, geht es den Banken schlecht, kauft niemand mehr die Staatsanleihen. Die BIZ fordert daher eine „wirtschaftspolitische Neuausrichtung“ und „ein wirksames makrofinanzielles Stabilitätskonzept“: „Die Weltwirtschaft kann es sich nicht leisten, noch länger auf das schuldenfinanzierte Wachstumsmodell zu setzen, das die gegenwärtige Situation herbeigeführt hat“ (BIZ, Jahresbericht Nr. 86, 2016, Auszug, S. 16).

Die entsprechende BIZ-Analyse von 15 Staaten in „fortgeschrittenen Volkswirtschaften“ belegt den seinerzeit beschriebenen Negativtrend und zeigt beispielhaft, dass alle untersuchten Staaten zwischen 2006 und 2015 einen Anstieg der so genannten Bruttoverschuldung²² aufweisen. Bis auf Schweden und Deutschland liegen die Anstiege bei mehr als 15 Prozentpunkten. Die Spannweite der Anstiege reicht (in Europa) von plus 73 Punkten in Griechenland (2005: 104 Prozent; 2015: 177 Prozent) bis zu nur 0,2 Punkten in Schweden (2006 / 2016: jeweils 43 Prozent), die zugleich die höchste und die niedrigste Bruttoverschuldungsquote (gemessen am Bruttoinlandsprodukt) aufweisen. Nur Japan weist eine höhere Bruttoverschuldung auf (2005: 152 Prozent; 2015: 211 Prozent). In Deutschland stieg die Bruttoverschuldung des Staates von 66 Prozent im Jahr 2006 auf 71 Prozent, also um rund fünf Punkte. In den USA (von 57 auf 97 Prozent) und in Großbritannien (von 42 auf 89 Prozent) lag die Steigerung der Bruttoverschuldung des Staates im gleichen Zeitraum bei 40 und mehr Prozentpunkten.

Und auch auf der Ebene der privaten Überschuldung, die der SchuldnerAtlas Deutschland bereits seit 2008 stellvertretend in den USA und in Großbritannien mit

Banken und Staaten in einer schicksalhaften Abhängigkeit

BIZ: Abkehr vom „schuldenfinanzierten Wachstumsmodell“

2006 / 2015: Bruttoverschuldung der Staaten in Europa nimmt deutlich zu

Bruttoverschuldung 2006/15
Deutschland: + 5 Punkte
USA: + 40 Punkte
Großbritannien: + 47 Punkte

²² „Die Bruttoverschuldung des Staates wird definiert (im Vertrag von Maastricht) als Brutto-Gesamtschuldenstand zum Nominalwert (Nennwert) am Jahresende nach Konsolidierung innerhalb der einzelnen Bereichen der Verbindlichkeiten des Staatssektors (wie definiert in ESVG 2010): Bargeld und Einlagen, Schuldverschreibungen und Kredite. Der allgemeine Staatssektor umfasst die Teilsektoren: Zentralregierung, Kommunen und Sozialversicherungsfonds.“
Vgl. <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/web/table/description.jsp>.
Diese prekäre makroökonomische Gemengelage spiegelt sich, allerdings unterschiedlich stark ausgeprägt, auch bei der mikroökonomischen Analyse von Überschuldungszahlen und überschuldungsaffinen Indikatoren (z.B. in der prozentualen und Pro-Kopf-Verschuldung in Bezug zum jeweiligen Bruttoinlandsprodukt, Arbeitslosigkeit / Sparverhalten) auf Länderebene wider. Dies zeigte bereits die synoptische Analyse von insgesamt zehn Ländern im SchuldnerAtlas Deutschland 2011 (vgl. S. 35ff.), die neben den USA, Großbritannien und Deutschland sieben weitere Staaten umfasste.

**Seit 2008: Hochrechnungen
zur Überschuldung in den
USA und Großbritannien**

Hilfe von Hochrechnungen analysiert, zeigte sich der negative Überschuldungstrend. So bleibt die Überschuldungssituation in den USA und Großbritannien auch in diesem Jahr angespannt, auch wenn sich in beiden Ländern die Überschuldungslage der Verbraucher seit 2013 tendenziell entspannt hat. Dank verbesserter Konjunkturlage haben sich insbesondere die Indikatoren Arbeitslosigkeit und Verbraucherinsolvenzen rückläufig entwickelt. Für 2017 werden in Großbritannien allerdings bereits Anstiege von Arbeitslosigkeit und Verbraucherinsolvenzen erwartet, die mittelbar oder unmittelbar auf den „Brexit“ zurückzuführen sind. Zudem zeigen insbesondere in den USA andere Parameter (Armutsquote; Lebensmittelmarken-Nutzung), dass weiterhin von einer sehr hohen privaten Überschuldung auszugehen ist.

**Großbritannien 2016: Rund
7,2 Millionen Briten sind
überschuldet (+ 0,2 Millionen)**

In Großbritannien verschlechtert sich 2016 nach überschlägigen Berechnungen die Überschuldungslage wieder im Vergleich zum Vorjahr. Die Zahl der Überschuldungsfälle ist wieder angestiegen. 2016 müssen rund 7,2 Millionen Briten (13,9 Prozent der Personen über 18 Jahre; + 0,2 Millionen Überschuldungsfälle; 2004 / 2016: + 3,6 Millionen) in Analogie zu den deutschen Daten als überschuldet oder zumindest nachhaltig zahlungsgestört gelten. Dies gilt, auch wenn die Wirtschaft in Großbritannien in den letzten Jahren einen kräftigen Aufwärtstrend verzeichnete, der nach Angaben der OECD auch zu einem spürbaren Rückgang der Arbeitslosenquote führte (2016: 5,11 Prozent; - 0,32 Punkte zu 2015).

**Großbritannien 2004 / 2016:
+ 3,6 Millionen
Überschuldungsfälle**

**Folgen des Brexit noch
nicht überschaubar ...**

Die Perspektiven für die Überschuldungssituation der Verbraucher in Großbritannien sind dennoch weiterhin eher zurückhaltend einzustufen, da angesichts der langen Schwächephase sicherlich auch viele Verbraucher in eine strukturelle Überschuldung geraten sind. Zudem sind die Folgewirkungen des „Brexit“, also des am 23. Juni 2016 beschlossenen Ausstiegs Großbritanniens aus der Europäischen Union, auf die britischen Verbraucher noch nicht überschaubar. Auch wenn die Auswirkungen für die europäische und globale Wirtschaft „zumindest in kurzer Frist – recht gering ausfallen“ dürften (Deutsche Bundesbank, Monatsbe-

richt August 2016), sind merkliche wirtschaftliche Eintrübungen für die britische Wirtschaft mehr als wahrscheinlich. Der auch von der OECD erwartete Anstieg der Arbeitslosigkeit bereits für 2017 belegt dies. Das Finanzministerium in London hat berechnet, dass der Brexit Großbritannien bis zu 9,5 Prozent an Wirtschaftsleistung kosten könnte – je nach Art des Austritts. Sollte Großbritannien nach dem EU-Austritt keinen Zugang mehr zum Binnenmarkt haben („harter Brexit“), würde die Wirtschaftsleistung nach 15 Jahren zwischen 5,4 und 9,5 Prozent niedriger liegen als bei einem Verbleib in der EU. Die Folgen allein für den Staat wären dramatisch. Demnach würde der öffentliche Sektor dann pro Jahr 38 bis 66 Milliarden Pfund (42 bis 73 Milliarden Euro) weniger Einnahmen verzeichnen als ohne Brexit.

Zudem meldete die in Großbritannien tätige Schuldnerberatung „Step Change“ zur Jahresmitte 2016 die stärkste Nachfrage nach telefonischer und internetgestützter Überschuldungsberatung seit Jahren. Britische Studien zeigen, dass sich die Zahl der Haushalte unter der Armutsgrenze in den letzten 30 Jahren verdoppelt hat. Und: Die Zahl der „Foodbanks“, also der Zahl von lokalen Ausgabestellen von Lebensmitteln für Bedürftige, hat sich von einigen wenigen zu Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise (2008 / 2009) auf über 1.000 solcher Lebensmitteltafeln im Jahr 2015 vergrößert. Zugleich erhöhte sich im Vereinigten Königreich der private Konsum (preisbereinigt, + 2,9 Prozent) deutlich stärker als in Deutschland und als in der „EU 28“ (jeweils + 2,1 Prozent).

In den USA hatte die Überschuldungswelle 2012 / 2013 offensichtlich ihren Höhepunkt erreicht. Die Anzahl überschuldeter Amerikaner (über 18 Jahre) ist seit 2012 vier Mal in Folge zurückgegangen. Die Überschuldungsquoten bleiben aber weiter deutlich höher als in Deutschland und in Großbritannien. Immer noch müssen mehr als 44 Millionen Amerikaner als überschuldet oder zumindest nachhaltig zahlungsgestört eingestuft werden. Die Überschuldungsquote beträgt 2016 rund 16,8 Prozent (- 0,5 Punkte; - 0,9 Millionen Überschuldungsfälle; 2004 / 2016: + 13,8 Millionen)

... aber merkliche wirtschaftliche Eintrübungen wahrscheinlich

„Harter Brexit“ kostet fast 10 Prozent Wirtschaftsleistung

Großbritannien: Aktuell große Nachfrage nach Schuldnerberatung

„Foodbanks“ nehmen in Großbritannien drastisch zu

USA 2016: Rund 44 Millionen Amerikaner sind überschuldet (- 0,9 Millionen)

USA 2004 / 2016: + 13,8 Millionen Überschuldungsfälle

und liegt damit wieder unter der Überschuldungsquote von 2010 (17,4 Prozent). Im Jahr 2012 hatte die Quote noch 21 Prozent betragen, knapp 53 Millionen amerikanische Verbraucher konnten als überschuldet gelten.

**Rückgang beruht auf
einer zunehmenden
konjunkturellen Belebung**

Der kontinuierliche Rückgang der US-amerikanischen Überschuldungsdaten beruht auf einer zunehmenden konjunkturellen Belebung, die sukzessive zu einer Abnahme der Arbeitslosigkeit geführt hat. Die Arbeitslosenquote ist in den USA nach Angaben der OECD von 9,62 Prozent im Jahr 2010 auf nunmehr 4,96 Prozent gesunken. Der Höhepunkt der krisenbedingten Arbeitslosigkeit wurde 2009 / 2010 erreicht (2010: 14,8 Millionen). Allerdings liegt die Zahl arbeitsloser Amerikaner nach OECD-Angaben immer noch um mehr als 2,2 Millionen Personen über dem Wert aus 2000. Zudem ist zu berücksichtigen, dass es auch in den USA unterschiedliche Arbeitslosenstatistiken gibt. Die eine, die sogenannte „U3“, umfasst alle Amerikaner, die sich temporär als jobsuchend gemeldet haben. 2008 lag diese Quote bei 7,8 Prozent, jetzt liegt sie bei fünf Prozent. Aber: Diese Statistik lässt sowohl Langzeitarbeitslose aus, als auch jene Personen, die gar nicht mehr nach einem Arbeitsplatz suchen. Die umfassendere Arbeitslosenquote – „U6“ – liegt mit knapp zehn Prozent rund doppelt so hoch wie die „U3“. Fast sechs Millionen Amerikaner fallen trotz leichtem Positivtrend in diese „Schattenstatistik“. Der aktuelle Wert erreicht das Niveau von 2008.

**„Schattenstatistik“ zeigt:
Keine Entwarnung auf dem
amerikanischen Arbeitsmarkt**

Andere überschuldungsaffine Parameter zeigen ebenfalls einen stagnierenden resp. weiter ansteigenden Trend, der auch auf die hohe Einkommenspolarisierung in der amerikanischen Gesellschaft zurückzuführen ist. So stieg alleine zwischen 2007 und 2015 die Zahl „armer Personen“ in den USA von 39 Millionen auf über 47 Millionen Amerikaner (+ 8,2 Millionen; + 21 Prozent). Eine nochmals dramatischere Entwicklung zeigt der Anteil der Amerikaner, die auf Lebensmittelmarken („food stamp“) angewiesen sind. Trotz rückläufigem Trend waren auch 2015 noch rund 15,2 Millionen Amerikaner auf „food stamps“ (- 0,3 Millionen; - 2 Prozent) angewiesen. Zwischen 2007 und 2015 nahm die

**Hohe Einkommenspolarisierung – hohe Zahl „armer
Menschen“ und Nutzer von
Lebensmittelmarken**

Zahl von Lebensmittelmarken-Nutzern um insgesamt 6,5 Millionen Empfänger zu (+ 75 Prozent).

Zudem zeigt das Kreditkartengeschäft in den USA seit geraumer Zeit einen sprunghaften Aufwärtstrend, da die großen US-Geldhäuser mit aggressiven Marketing- und Bonusprogrammen zunehmend auch wieder um Verbraucher mit geringer Bonität buhlen. Alleine im zweiten Quartal 2016 nahm die Kreditkartenausleiherung um rund neun Prozent zu – trotz durchschnittlichen Zinssätzen von bis zu 18 Prozent. Nach Angaben des Finanzportals Nerdwallet weisen verschuldete amerikanische Haushalte im Schnitt rund 130.000 Dollar Gesamtschulden auf. Berücksichtigt man nicht nur Kreditkartenschulden, sondern auch die Darlehen für Haus-, PKW- und Studentenkredite, belaufen sich die Verbindlichkeiten der amerikanischen Verbraucher auf insgesamt mehr als zwölf Billionen Dollar.

Fachleute zeigen sich angesichts der amerikanischen Kreditkartenkultur – oft reicht eine monatliche Mindesttilgung von nicht mehr als 25 Dollar – und dem möglichen Erlahmen der konjunkturellen Erholung besorgt, da wie bereits 2007 / 2008 eine wirtschaftliche Abwärtsspirale in Gang kommen könnte. Die Kreditkartenschuldner könnten ihre Verbindlichkeiten nicht mehr bezahlen, mit der Folge, dass die Banken ihre Darlehensvergabe einschränken und damit die Wirtschaft weiter belasten würden.

Alles in allem haben sich die Perspektiven für die Überschuldungslage der Verbraucher in vielen Ländern trotz zahlreicher staatlicher Maßnahmen in den letzten Jahren nicht bahnbrechend verbessert. So liegt die aktuelle Überschuldung deutscher Verbraucher zwar weiterhin unter den Höchstwerten der Jahre 2006 / 2007 und zudem unter den Werten anderer Staaten, allerdings ist spätestens seit 2013 wieder ein kontinuierlicher Anstiegstrend zu erkennen.

USA: Hohes Überschuldungsrisiko durch Konsumkredite und Kreditkarten

Spezifische „Kreditkartenkultur“ fördert Konsum und Verschuldung

Sorge vor wirtschaftlicher Abwärtsspirale durch spezifische Kreditkartenkultur

Die Überschuldungslage vieler Verbraucher hat sich nicht grundlegend verbessert

***Gastbeitrag: Von der
ökonomischen Makro-
perspektive hin zur
Handlungsperspektive
der Verbraucher***

***Internationales Forschungs-
projekt: „Finanzielle Notlagen
im Alter“***

***Creditreform Boniversum
unterstützte Feldarbeit***

***Von der Analyse zu
wirksamen Interventionen***

Der vorliegende Gastbeitrag der Haushaltswissenschaftlerin Prof. Dr. Cäzilia Loibl²³, CFP® (Department of Human Sciences, The Ohio State University, U.S.A.) wechselt daher den Blickwinkel von der ökonomischen Makroperspektive auf die Handlungsperspektiven der betroffenen Verbraucher. Cäzilia Loibl lehrt an der Ohio State University (U.S.A.) und hat in den vergangenen Jahren als Gastprofessorin an der Leeds University Business School an einem internationalen Forschungsprojekt mitgearbeitet. Das Projekt „Finanzielle Notlagen im Alter“ wurde von Marie Curie Actions der Europäischen Kommission finanziert und verfolgte das Ziel, Schwierigkeiten und Barrieren zu erfassen, die finanzielle Entscheidungen im Alter prägen. Hierzu wurden umfangreiche Umfragen mit älteren Verbrauchern in Großbritannien, in den Niederlanden und in Deutschland durchgeführt. Die Befragung in Deutschland wurde im Rahmen der regelmäßigen Umfragen zum SchuldnerKlima-Index Deutschland im Sommer 2015 von der Creditreform Boniversum GmbH unterstützt.

Der Gastbeitrag zeigt synoptisch auf, wie Überschuldung international gemessen und definiert wird. Zudem zeigt die Autorin, dass die Finanzwissenschaft Überschuldung gegenwärtig überwiegend als ein „Ergebnis von Ressourcenknappheit und nicht nur als das Ergebnis rationaler Abwägungen, mangelnder Finanzbildung oder von Impulsivverhalten“ begreift. Ihre handlungsorientierten Schlussfolgerungen belegen: Auch einfache Maßnahmen können große Wirkungen zeigen.

²³ Cäzilia Loibl (Jahrgang 1969) hat in den Haushalts- und Ernährungswissenschaften mit einer Arbeit zur Finanzplanung in privaten Haushalten an der Technischen Universität München promoviert. Sie ist als Associate Professor für das Fachgebiet Consumer Sciences an der Ohio State University in den USA tätig. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Finanzplanung und der Evaluierung staatlicher Programme zur Finanzbildung. Der gesamte Beitrag – einschließlich Fußnotenapparat und umfassender Bibliographie – kann auf folgender Internetseite heruntergeladen werden: go.osu.edu/GastbeitragLoibl.

3.2 Internationale Ansätze der Überschuldungsprävention aus verhaltensökonomischer Sicht

Ein Gastbeitrag von Prof. Dr. Cäzilia Loibl,
CFP®, Department of Human Sciences, The
Ohio State University, U.S.A.²⁴

Das Interesse an wirksamen Interventionen zum Abbau der Überschuldung von Verbrauchern ist ein Anliegen auf internationaler Ebene. In den USA werden Daten zur Überschuldung in besonderem Maße durch Konsumentenbefragungen der Federal Reserve Banken erhoben. Die Federal Reserve Bank of New York verfasst zum Beispiel genaue Analysen der Entwicklung von Konsumentenkrediten, wie zum Beispiel Kreditkarten, Hypotheken und Autokrediten. Am Ende des zweiten Quartals 2016 hatten im Durchschnitt knapp fünf Prozent aller Konsumentenschulden einen Zahlungsrückstand von mindestens 90 Tagen, dabei weisen Bildungskredite mit einem Anteil von rund elf Prozent den höchsten Verzug auf, gefolgt von Kreditkartenschulden, mit rund sieben Prozent Verzug von über 90 Tagen (Federal Reserve Bank of New York, 2016, Microeconomic Studies).

In Europa werden Überschuldungsdaten jährlich von Eurostat im Rahmen der Europäischen Befragung zu Einkommen und Lebensbedingungen in der Europäischen Union erhoben. Diese Daten geben den Prozentsatz der privaten Haushalte an, die mit Hypotheken oder Mietzahlungen, Nebenkosten und Ratenkauf in Verzug geraten sind. Europaweit betrifft dies im Durchschnitt 13 Prozent der privaten Haushalte (Eurostat, Economic Security and Vulnerability, 2016). Die Unterschiede zwischen den Ländern sind groß. Fast 50 Prozent der griechischen Haushalte und etwa ein Drittel der privaten Haushalte in Bulgarien, Zypern und Kroatien sind überschuldet. Niedrigste Überschuldungsraten haben private Haushalte in den Niederlanden, Norwegen und in Tschechien.

*Abbau von Überschuldung:
Ein Anliegen von
internationalem Interesse*

*USA: Analysen zur
Entwicklung von
Konsumentenkrediten*

*Europäische Union:
Befragungen zu Einkommen
und Lebensbedingungen*

*Große Spreizung
zwischen den Ländern*

²⁴ Direkter Kontakt: Cäzilia Loibl, Ph.D., CFP®, Department of Human Sciences, College of Education and Human Ecology, The Ohio State University, Columbus, Ohio 43210, Tel.: 001-614-779-7646, Email: loibl.3@osu.edu, Internet: <http://ehe.osu.edu/human-sciences/directory/?id=loibl.3>

**Europäische Zentralbank:
Daten zur Schuldenlast
privater Haushalte**

**Daten
belegen sehr heterogene
Verschuldungslage in Europa**

**Zusatzstudien
wie der langfristig angelegte
SchuldnerAtlas Deutschland**

**Erklärungsmodelle für Über-
schuldung**

**Traditionelle Sicht: Über-
schuldung als strategisches
Verhalten der Haushalte**

Zusätzlich erhebt die Europäische Zentralbank Daten zur Verschuldung und zur Schuldenlast privater Haushalte im Rahmen einer Haushaltsbefragung. Weniger als die Hälfte der europäischen Haushalte haben Schulden (44 Prozent). Etwa 23 Prozent der Haushalte in Europa haben Hypothekenschulden – im Schnitt 68.400 Euro, 29 Prozent haben Überziehungskredite, Kreditkartenschulden und andere Finanzprodukte – im Schnitt 5.000 Euro. Auch diese Befragung zeigt, dass die Verschuldung zwischen den Ländern stark unterschiedlich ist und von 25 bis 60 Prozent reicht. Besonders in Hinblick auf Hypothekenschulden unterscheiden sich die Länder. Die Gründe liegen in Unterschieden in Steuervorteilen, der Breite des Angebots an Hypotheken und der gesellschaftlichen Bedeutung von Wohneigentum. Die Haushaltsverschuldung macht im Schnitt 21 Prozent des Haushaltsvermögens oder 62 Prozent des Haushaltseinkommens aus, und die monatliche Schuldentrückzahlung beträgt im Schnitt etwa 14 Prozent des Einkommens (Europäische Zentralbank, Statistics Paper Series, 2013). Die staatlichen Datenerhebungen werden durch Daten der Finanzindustrie und der Marktforschung ergänzt. Hervorzuheben sind der langfristig angelegte SchuldnerAtlas in Deutschland und YouGov's „DebtTracker“ in Großbritannien.

3.2.1 Ressourcenknappheit: Neuer Ansatz zur Erklärung von Überschuldungsprozessen

Wie lässt sich Überschuldung erklären? Die traditionelle ökonomische Sichtweise geht vom rationalen Verhalten des Einzelnen aus. Überschuldung tritt demnach ein, wenn Zahlungsverpflichtungen bewusst nicht nachgekommen wird, zum Beispiel wegen veränderter finanzieller Prioritäten oder Misstrauen gegenüber Finanzinstitutionen. Dass Verzug beim Begleichen von Schulden ein strategisches Verhalten der Haushalte darstellen kann, wurde beispielsweise im Fall von Hypothekenzahlungen gezeigt. Das Rückzahlungsverhalten von privaten Haushalten kann davon beeinflusst sein, ob Banken und Gerichte intervenierend eingreifen (Aristei und Gallo, IJCS, 2016).

Eine zweite Sichtweise zur Erklärung von Überschuldung spricht von einer „Überschuldungskultur“, die auf mangelnder Finanzbildung und Fehlverhalten des Einzelnen beruht (Bertrand et al., JPAM, 2006). Die enge Verbindung zwischen Überschuldung, mangelnder Selbstkontrolle, verbunden mit Neigung zu Impulsivkäufen und geringem Finanzwissen, ist vielfach dokumentiert worden (z.B., Gathergood, JoEP, 2012). Die persönliche Haltung zur Verschuldung spielt dabei eine wichtige Rolle (Financial Conduct Authority, 2014, London). Auch die seit 2010 von der Creditreform Boniversum GmbH durchgeführten Umfragen zum SchuldnerKlima-Index Deutschland²⁵ zeigen, dass die Haltung zu Schulden eng mit dem Sparverhalten, künftigen Plänen für kreditbasierte Käufe, dem Umgang mit anderen Menschen, die ebenfalls Schulden aufweisen, und dem Kaufverhalten verbunden ist. Eine vertiefende Analyse belegt, dass eine zunehmende Toleranz gegenüber Schulden mit höheren Verbindlichkeiten und Schuldenstress sowie abnehmendem Sparverhalten verbunden sein kann.

Die gegenwärtig vorherrschende Sichtweise zur Erklärung von Überschuldung wurde in den vergangenen zehn Jahren durch eine Reihe richtungsweisender Arbeiten entwickelt (Mullainathan und Shafir, 2013, Times Books). Sie konzipiert Überschuldung als ein Ergebnis von Ressourcenknappheit und nicht als das Ergebnis rationaler Abwägungen, mangelnder Finanzbildung oder von Impulsivverhalten. Dieser Ansatz argumentiert, dass bei knappen finanziellen Ressourcen Haushalte einen geringen Spielraum für Fehlentscheidungen haben (Bertrand et al., JPAM, 2006; Bertrand et al., AER, 2004). Passieren dennoch Fehler im Finanzverhalten, dann resultieren diese bei finanziell gestressten Haushalten in gravierenderen Auswirkungen als bei Haushalten, die nicht unter Finanznöten leiden (Mani et al., Science, 2013). Zum Beispiel kann Verzug beim Begleichen von Rechnungen, Kontoüberziehung,

Individuelle Sicht: „Überschuldungskultur“ und individuelles Fehlverhalten

Die Toleranz gegenüber Schulden korreliert mit höheren Verbindlichkeiten und abnehmendem Sparverhalten

Aktuelle Sicht: Überschuldung als Ergebnis von Ressourcenknappheit

²⁵ So schätzten sich zum Beispiel deutsche Befragte meistens folgendermaßen ein: als „Notfallschuldner“, der Schulden nur im äußersten Notfall macht, wenn es keine Alternative gibt (54 Prozent der Befragten); als „Schuldenpragmatiker“, für den Kredite Mittel zum Zweck sind (23 Prozent); und als „Lifestyle-Schuldner“, der Schulden benutzt, um sich einen besseren Lebensstil leisten zu können (1 Prozent). Am anderen Ende des Spektrums steht der „Schuldenverweigerer“, der Schulden prinzipiell ablehnt, aber zum Teil ohne Kredit nicht auskommt (22 Prozent).

Knappe finanzielle Ressourcen bedingen einen geringen Spielraum für ökonomische Fehlentscheidungen

Knappheit absorbiert Aufmerksamkeit und führt zu finanziellen Fehlentscheidungen

Ressourcenknappheit führt zu mentaler Erschöpfung und „Tunnelvision“

Finanzielle Schieflage durch negative Wirkungsspirale

Geldabheben mit der Kreditkarte sowie die Teilrückzahlung von Kreditkartenschulden häufiger in finanziell problematischen Situationen beobachtet werden und Überschuldung auslösen (Lusardi und Tufano, JPEF, 2015). Überschuldung kann daher als die anhaltende Schwierigkeit, finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, definiert werden (Alleweldt et al., 2013, Davydoff et al., 2008, beide Brüssel: Europäische Kommission).

In Knappheitssituationen reagieren Menschen damit, von dringenden Problemen absorbiert zu werden und weniger dringende Probleme zu vernachlässigen. Finanzielle Fehlentscheidungen sind bei Ressourcenknappheit daher häufiger zu beobachten. Zum Beispiel kann die Wartung einer Waschmaschine oder eines Autos vernachlässigt werden, um die monatliche Miete zahlen zu können. Ein anfänglich überschaubares Problem kann sich damit zu einer kaum tragbaren Ausgabe entwickeln. Aufmerksamkeit ist eine begrenzte Ressource und erklärt, warum höherpreisige Dispositionskredite oder Internetkredite in Anspruch genommen werden, ohne Kosten abzuwägen. Der Kredit erlaubt finanziell gestressten Haushalten, dringend anstehende Ausgaben zu tätigen (Shah et al., Science, 2012).

Laborexperimente bestätigen, dass Ressourcenknappheit Aufmerksamkeit auf anstehende und dringende Aufgaben fokussiert und den durchschnittlichen Studienteilnehmer verstärkt zur Aufnahme kostspieliger Kredite anregen kann. Man spricht in diesem Fall von einer „Tunnelvision“. Der Mechanismus hinter diesem Verhalten besteht darin, dass Menschen sich besonders stark bei Finanzknappheit sorgen, diese Sorgen verbrauchen Aufmerksamkeit und resultieren in mentaler Erschöpfung. Weniger Energie ist vorhanden, um andere Probleme anzugehen, denen dadurch weniger Aufmerksamkeit gewidmet wird (Shah et al., Science, 2012). Dieses Verhalten ist auch sichtbar in der langfristigen Finanzplanung von Haushalten – in der Aneinanderreihung von Konsumentenkrediten oder in mangelnder Altersvorsorge. Der knappheitsbedingte Fokus ist weniger auf fehlende Finanzbildung oder Im-

pulsivverhalten beim Umgang mit Geld begründet. Es ist vielmehr das einzig mögliche Verhalten unter großem äußeren Druck.

Ereignet sich zusätzlich nun ein Finanzschock, zum Beispiel ausgelöst durch Arbeitslosigkeit oder Krankheit, so wirkt sich dieser relativ unmittelbar auf die Überschuldung aus, sowohl auf die objektiv messbare als auch auf die subjektiv gefühlte Überschuldung. Die Gefahr der Überschuldung kann sich bei einem drastisch veränderten Haushaltsbudget erheblich erhöhen, wie für österreichische Haushalte gezeigt wurde (Angel und Heitzmann, KZfSS, 2013). Das „Eurobarometer“ (2010, Brüssel: Europäische Kommission) dokumentierte, dass sich etwa ein Viertel der europäischen Haushalte von Überschuldung bedroht fühlt, davon wiederum fühlt sich ein Viertel in hohem Maße durch Überschuldung gefährdet. Arbeitslosigkeit ist ein Hauptgrund für diese Einschätzung: Etwa jeder zweite arbeitslose Mensch in Europa fühlt sich von Überschuldung bedroht (46 Prozent).

Ressourcenknappheit vermindert daher nicht nur die materielle Absicherung einer Familie, sie kann auch das mentale Wohlergehen beeinträchtigen. Höherer Stress, Unzufriedenheit und Angst verändern das subjektive Befinden, führen zu einer erhöhten Konzentration auf die Gegenwart und fördern das Bemühen, weitere Situationen von Unsicherheit zu vermeiden (Haushofer und Fehr, Science, 2014). Zum Beispiel wird die Unsicherheit, ob sich Investitionen in die Rente auszahlen, bei Niedrigeinkommensfamilien höher empfunden und resultiert in bedeutend geringeren Investitionen (Bucher-Koenen und Lusardi, JPEF, 2011).

Man kann von „psychologischen Kosten von Überschuldung“ sprechen (Haushofer und Fehr, Science, 2014). Vergleicht man die objektiven Kennzahlen der Verschuldung mit dem Empfinden der Schuldenlast, so stellt sich heraus, dass bei gleichem Verhältnis von monatlicher Tilgung zum Einkommen das Empfinden der Schuldenlast bei niedrigeren Einkommen, bei Frauen und bei größeren Haushalten deutlich stärker

„Finanzschocks“ wie Arbeitslosigkeit oder Krankheit erhöhen die Gefahr von Überschuldung drastisch

Die objektiv messbare und die subjektiv gefühlte Überschuldung korrelieren

Ressourcenknappheit vermindert materielles und mentales Wohlergehen

„Psychologische Kosten“ von Überschuldung

***Problemkonzentration
bei Haushalten
mit Niedrigeinkommen***

ist (Keese, JoEP, 2012). Daten der Europäischen Zentralbank zeigen zudem, dass Niedrigeinkommenshaushalte eine besonders hohe Schuldenlast tragen müssen: Fast 40 Prozent der Haushalte im niedrigsten Einkommensfünftel sind durch monatliche Schuldentrückzahlungen belastet, die mindestens 40 Prozent des Haushaltsgesamteinkommens betragen. Diese Schuldenlast ist im Vergleich zu den besserverdienenden Haushalten besonders hoch (Europäische Zentralbank, Statistics paper series, 2013).

Mentaler Stress durch Überschuldung beeinträchtigt Lebenszufriedenheit und körperliche Gesundheit

Mentaler Stress durch Überschuldung kann auch das körperliche Wohlbefinden beeinträchtigen. Überschuldete Menschen berichten häufiger von einer deutlich geringeren Zufriedenheit mit ihrer Gesundheit und deutlich häufigeren Problemen wie Übergewicht, Rückenschmerzen und psychischen Krankheiten (Keese und Schmitz, Rev Income Wealth, 2014; Ochsmann et al., BMC Public Health, 2009; Munster et al., BMC Public Health, 2009). In einer Langzeitstudie in Finnland wurde erstmals eindeutig quantifiziert, wie sehr sich Überschuldung auf die Gesundheit auswirkt. In Finnland wurden im Rahmen eines Schuldnererlassgesetzes 2010 alle Schulden von Menschen, die mehr als 15 Jahre hoch überschuldet waren, erlassen. Öffentlich zugängliche Daten zeigen, dass diese Menschen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung deutlich öfter an chronischen Krankheiten leiden, insbesondere war die Anfälligkeit für Diabetes bis zu 2,7 Mal höher und für mentale Erkrankungen bis zu 2,5 Mal höher bei überschuldeten Menschen. Zudem war die Anfälligkeit bei Frauen deutlich größer als bei Männern (Blomgren et al., IJPH, 2016).

***Langzeitstudie in Finnland:
Überschuldung begünstigt
chronische Krankheiten***

3.2.2 Interventionen: Auch einfache Maßnahmen zeigen große Wirkungen

Finanzentscheidungen automatisieren – mentale Anspannung in Knappheitssituationen umgehen

Die Forschung zur Ressourcenknappheit impliziert, dass Finanzbildung und Impulsivverhalten im Umgang mit Geld bei überschuldeten Haushalten nicht anders ist als bei Durchschnittshaushalten. Daher können oft einfache Interventionen, die Finanzentscheidungen automatisieren und damit die mentale Anspannung in Knappheitssituationen umgehen, bereits Wirkung zeiti-

gen (Bertrand et al., JPAM, 2006). Dazu gehören „Nudges“ (Plural, engl. für Stups oder Schubs), Hilfestellungen durch zeitnahe Finanzinformationen, Finanzcoaching und Maßnahmen der Schuldnerberatung.

„Nudges“: Denkanstöße und kleine Hilfen vermeiden Schlimmeres

Interventionen, die unter den Begriff der „Nudges“ fallen, sind wirkungsvoll, oft kostenneutral und weit verbreitet. Eine neue Studie zeigt, dass die Mehrheit der Europäer die Einführung von Maßnahmen, die Entscheidungen erleichtern, unterstützt, insbesondere in Italien und Großbritannien (Reisch und Sunstein, JDM, 2016). Ein Beispiel sind regelmäßige SMS-Nachrichten mit dem Girokontostand oder bei niedrigem Kontostand. In einer britischen Studie wurde gezeigt, dass durch SMS-Nachrichten Dispositionskredite bis zu sechs Prozent reduziert werden konnten – und bis zu 24 Prozent, wenn die Bank auch ein Kontoverwaltungs-App für das Smartphone anbietet (Hunt et al., FCA Occasional Papers in Financial Regulation, 2015). Motivierend auf den Schuldenabbau wirkt, wenn Schulden in einem Kreditkonto zusammengelegt und mit einer Rate abbezahlt werden können. Je schneller die Schulden abbezahlt werden können, umso motivierter zeigen sich verschuldete Menschen (Kettle et al., JCR, 2016). Beim Sparverhalten sind das automatische Sparen im Dauerauftrag (Thaler und Benartzi, J Polit Econ, 2004; Chetty et al., Q J Econ, 2014) oder das Lotteriesparen effektiv (Filiz-Ozbay et al., J Polit Econ, 2015). Eine Studie mit Familien an der Armutsgrenze, die an einem Sparprogramm in den USA teilnahmen, zeigt, dass das Lotteriesparen zu regelmäßigeren Sparbeiträgen anregte, wenn auch im Durchschnitt nicht mehr gespart wurde (Loibl et al., 2016, Social Science Research Network). Wenn sich das regelmäßige Sparen zu einer Gewohnheit entwickelt, kann es zum Beispiel dem Schuldenstress wirkungsvoll entgegenwirken (Loibl et al., JoEP, 2011).

Einfache Maßnahmen sind oft wirkungsvoll und kostenneutral

Schnelle Schuldenzahlung erhöht die Motivation

USA: „Lotteriesparen“ senkt Schuldenstress

Zeitnahe Finanzinformationen beeinflussen finanzielle Entscheidungen effektiv

Maßnahme mit Wirkung: Konkrete Informationen auf Kreditkartenabrechnungen

Finanzcoaching informiert und motiviert

Finanzcoaching: Hilfe zur Selbsthilfe

„Just in time“-Finanzinformationen: zeitnah und proaktiv

Mit Hinblick auf Finanzbildung zeigen neue Studien, dass insbesondere gezielte „just in time“ angebotene Informationen finanzielle Entscheidungen effektiv beeinflussen (Fernande et al., Manag Sci, 2014). Das Beispiel aus den USA zeigt, dass nur etwa ein Drittel der Bevölkerung mit Zinseszinsrechnung vertraut ist, gemessen an drei Wissensfragen (Lusardi und Tufano, JPEF, 2015). In einer Studie der britischen Bevölkerung zeigt sich, dass etwa die Hälfte der überschuldeten Befragten Finanzdienstleistungen kompliziert fand (49 Prozent) und einen Finanzwissenstest nicht bestand (48 Prozent), verglichen mit 38 beziehungsweise 36 Prozent der Durchschnittsbevölkerung (Gathergood, JoEP, 2012).

Als eine wirkungsvolle Maßnahme hat sich daher auch die Vermittlung von Informationen zum Schuldenabbau auf Kreditkartenabrechnungen erwiesen. Seit 2010 wird in den USA bei Kreditkarten mit flexibler Rückzahlung auf den Abrechnungen angegeben, welcher Betrag monatlich abbezahlt werden sollte, um die Kreditkartenschulden innerhalb von 36 Monaten begleichen zu können. Monatliche Verschuldungsdaten zeigen, dass die „just in time“-Information motiviert, einen größeren Betrag abzubezahlen (Jones et al., JoEP, 2015).

Finanzcoaching: Finanzielle Ziele setzen und erreichen

Eine dritte Form der Intervention, die auf Auswirkungen von Ressourcenknappheit reagiert, ist das Finanzcoaching. Finanzcoaching hat das Ziel, mit Hilfe eines Coaches finanzielle Ziele zu erreichen, wie zum Beispiel die monatlichen Einnahmen und Ausgaben abzustimmen oder Schulden abzubauen. Es beinhaltet regelmäßige Gespräche zwischen dem Klienten und dem Coach, um Fortschritte zu notieren und Probleme zu besprechen. Coaches sind oftmals Freiwillige, die sich weniger durch technisches Finanzwissen als durch den festen Willen zur Unterstützung auszeichnen (Collins et al., JOE, 2013). Selbst telefon-basiertes Finanzcoaching ist effektiv, wie in einer Studie von Niedrigeinkommensfamilien in den USA gezeigt wurde, in der Finanzcoaches neue Wohneigentümer in dem

ersten, finanziell oft schwierigen Jahr nach dem Hauskauf begleiteten (Moulton et al., JPAM, 2015). Das Coaching ist besonders wirksam, wenn der Wille zum Schuldenabbau oder dem Sparen mit Daten, Zeiten, und konkreten Schritten über sogenannte Durchführungsintentionen, aktionsfähig gemacht wird (Loibl und Scharff, JOCA, 2010).

Das Finanzcoaching kann sich vielleicht auch deshalb bewähren, weil es sich bei dem Coach um einen der Familie nicht nahe stehenden Menschen handelt (Collins et al., JOE, 2013). Eine Studie älterer Menschen mit Finanzproblemen in Deutschland, den Niederlanden und Großbritannien dokumentiert das Zögern, diese Probleme im Familienkreis, etwa mit erwachsenen Kindern zu besprechen (Loibl und Bruine de Bruin, FP7-PEOPLE-2012-IIF #330462). Weniger als die Hälfte der etwa 1.000 Befragten berichtet, dass sie mit ihren Kindern offen über ihre finanzielle Situation sprechen (39 Prozent). Die überwiegende Mehrheit berichtete, keine finanzielle Unterstützung von ihren Kindern zu erwarten (74 Prozent). Etwa die Hälfte der Senioren war der Ansicht, dass die erwachsenen Kinder nicht die Mittel hätten, finanzielle Unterstützung zu erbringen (51 Prozent). Nur wenige Befragte berichteten, dass es die Kinder als ihre Pflicht ansähen, ihre Eltern finanziell zu unterstützen (13 Prozent). Es war etwa einem Viertel ein Anliegen, Kindern eine Erbschaft zu hinterlassen (28 Prozent).

Schuldnerberatung: Konkrete Hilfe, meist erst bei hoher Betroffenheit

Eine vierte Form der Intervention, die auf Auswirkungen von Ressourcenknappheit reagiert, ist die Schuldnerberatung. Im Gegensatz zu den „Nudges“, dem Coaching oder der Finanzbildung, profitiert die Schuldnerberatung von dem verstärkten Fokus überschuldeter Menschen auf ihre gegenwärtigen, drängenden Finanzprobleme. Oft wird erst dann die Schuldnerberatung aufgesucht, wenn Finanzprobleme aus eigener Kraft nicht mehr gelöst werden können. Dies wurde besonders bei älteren Menschen beobachtet, die daher typischerweise mit höheren Schulden bei der Schuldnerberatung vorsprechen (Liersch, Wirtschaft und Statistik, 2013).

Finanzcoaches: Freiwillige, die den Betroffenen nicht nahestehen

Finanzielle Probleme sind – auch international – Tabuthemen

Schuldnerberatung: Oft erst „ultima ratio“

*Studie mit europäischen
Senioren zeigt: Finanz-
probleme entstehen
bereits überwiegend bei der
normalen Lebenssicherung*

Die bereits erwähnte Studie (Loibl und Bruine de Bruin, FP7-PEOPLE-2012-IIF #330462) zur Lage europäischer Senioren dokumentiert deren Finanznöte. Etwa zehn Prozent der Befragten konnten die laufenden Rechnungen für Elektrizität, Gas, Wasser oder Heizung, 15 Prozent für Kreditkarten oder andere Schulden und sechs Prozent für Hypothek oder Miete ein oder mehrmals im vergangenen Jahr nicht rechtzeitig zahlen. Als die fünf Hauptursachen für Finanzprobleme werden, in absteigender Reihenfolge, genannt: Erstens Ausgaben für den täglichen Lebensbedarf (41 Prozent), zweitens Miet- und Energiepreiserhöhungen, hohe Nebenkostenabrechnung (36 Prozent), drittens der Renteneintritt (36 Prozent), viertens Schulden auf Kreditkarten, Konsumentenkredite, Hypothek (19 Prozent) und fünftens Ausgaben für Krankheit, Unfall oder Sucht (18 Prozent). Knapp 15 Prozent der befragten, finanziell bedrängten Senioren waren von Hunger bedroht.

*Langzeitanalyse belegt
positiven Einfluss der
Schuldnerberatung in
Hinblick auf nachhaltigen
Schuldenabbau*

Eine kürzlich verfasste Längsschnittanalyse untersuchte die Finanzparameter überschuldeter Familien, während sie an einem Programm der Schuldnerberatung teilnahmen. Die Studie ist eine der ersten, die den deutlich positiven Einfluss der Schuldnerberatung in Hinblick auf den Schuldenabbau, den Umgang mit Schulden und das alltägliche Finanzmanagement langfristig aufzeigte. Dies zeigen Entwicklungsvergleiche revolvingierender Kredite bei Klienten in der Schuldnerberatung einerseits, verglichen mit einer Stichprobe der Durchschnittsbevölkerung mit ähnlicher anfänglicher Verschuldung andererseits (Moulton und Roll, 2016, National Foundation for Credit Counseling).

3.2.3 Fazit: Psychologische Faktoren berücksichtigen – Forschung und Anwendung verzahnen – langjährige systematische Datenerhebungen nutzen

*Weltweites
gesellschaftliches Problem*

Die Überschuldung privater Haushalte ist ein gesellschaftliches Problem, das weltweit an Dringlichkeit zugenommen hat. Innovative Interventionen zielen sowohl auf den präventiven Bereich als auch auf den Schuldenabbau. Welche Bilanz kann gezogen werden? Ein erstes Fazit ist, dass Interventionen, die psy-

chologische Faktoren bei finanziellen Entscheidungen miteinbeziehen, effektiver sein können. Die Erkenntnisse darüber, wie Ressourcenknappheit mit mangelnder Aufmerksamkeit und Überforderung, und damit potenziell mit Überschuldung, zusammenhängen, legen nahe, dass Maßnahmen, die helfen, Stress abzubauen (z.B. durch Finanzcoaching) und Zugang zu Hilfen zu vereinfachen (z.B. durch die Gestaltung von Öffnungszeiten, vereinfachten Formularen), bereits wirkungsvoll sein können.

Ein zweites Fazit deutet auf die enge Verzahnung von Forschung und Anwendung hin. Das Problem der Überschuldung zeigt deutlich, dass erst das Testen von Interventionen in realen Umständen notwendige Einblicke in das Entscheidungsverhalten privater Haushalte erlaubt. Die Forschung im Labor oder durch Konsumentenbefragung ist ein wichtiger erster Schritt. Allerdings kann erst in der realen Anwendung der verschiedenen Instrumente deren Effektivität erfasst werden, da Bevölkerungsgruppen unterschiedlich auf Verhaltenslenkung reagieren (Loibl et al., 2016, Social Science Research Network; Reisch und Sunstein, JDM, 2016). Randomisierte Feldexperimente sind in diesem Zusammenhang der „Goldstandard“.

Zudem ist auf die zunehmende Rolle von Datenerhebungen und statistischen Auswertungen hinzuweisen. Aussagen über die Effektivität einer Intervention verlangen zum Beispiel randomisierte Zuteilung zu einer Kontrollgruppe, das Einsetzen von Vergleichspopulationen und die Statistik, um auch geringe Effektgrößen korrekt zu ermitteln. Langjährige Datenerhebungen und Auswertungen zur Überschuldung, wie sie in Deutschland im Rahmen des jährlichen SchuldnerAtlas (seit 2003) und der vierteljährlichen Erhebungen zum SchuldnerKlima-Index (seit 2010) vorliegen, sind daher besonders wertvoll.

Erstens: Interventionen mit psychologischer Dimension sind effektiv

Zweitens: Forschung und Anwendung müssen Hand in Hand gehen

Drittens: Langfristig angelegte Datenanalysen sind eher selten, aber besonders wertvoll

■ 4 Blick in die Zukunft: Die Überschuldungsampel wechselt auf „dunkelrot“

Private Überschuldung in Deutschland: Spürbarer Anstieg mit weiter zunehmender Tendenz

Harte Überschuldung: stärkster Anstieg seit 2006

Weiche Überschuldung ist rückläufig – auch durch Kaufzurückhaltung und Ausgabenvorsicht

Die „Sockelüberschuldung“ nimmt weiter zu – meist durch „unplanbare und gravierende Änderungen der Lebensumstände“

Die Überschuldung von Verbrauchern in Deutschland ist zum dritten Mal in Folge gestiegen. Der letzte merkliche Rückgang konnte zuletzt 2011 gemessen werden. Zudem vollzieht sich der deutliche Anstieg der Überschuldungsquote vor dem Hintergrund einer spürbaren Bevölkerungszunahme. Und: Der Anstieg der Überschuldungsfälle beruht wie seit 2012 ausschließlich auf einer Zunahme der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität, also vorwiegend auf juristische Sachverhalte. Noch nie (seit 2006) wurde ein stärkerer Anstieg der so genannten „harten Überschuldung“ gemessen. Allerdings haben offensichtlich auch die externen Konjunkturrisiken („Brexit“) zu einer Verunsicherung der Verbraucher und in Folge zu Kaufzurückhaltung und Ausgabenvorsicht geführt und möglicherweise den überdurchschnittlichen Rückgang der „weichen“ Überschuldungsfälle gefördert.

Das Problem einer mehr oder minder veränderungsresistenten und konjunkturunabhängigen „Sockelüberschuldung“ hat sich hingegen weiter verschärft. So hat die Zahl der Überschuldungsfälle offensichtlich eher durch „unplanbare und gravierende Änderungen der Lebensumstände“ als Hauptauslöser für Überschuldungsprozesse wieder zugenommen. Hierzu gehören die Faktoren Erkrankung, Sucht, Unfall sowie (Langzeit-)Arbeitslosigkeit und dauerhafte Einkommensarmut („längerfristiges Niedrigeinkommen“). Zudem zeigt sich, dass auch das Thema Altersüberschuldung weiter an Brisanz zunimmt, während sich das Problemfeld „junge Überschuldung“ leicht entspannt hat, da es jungen Überschuldeten schneller gelingt, einer möglichen Überschuldungsspirale zu entkommen. Ihre Überschuldung hat noch nicht die Intensität (Anzahl der Gläubiger und Höhe des Schuldenvolumens) erreicht wie bei den älteren überschuldeten Personengruppen.

Alles in allem bleibt die Lage für die deutschen Verbraucher, insbesondere vor dem Hintergrund der internationalen Problemdimension, dennoch vergleichsweise entspannt, wie die vergleichende Analyse für die

USA und Großbritannien gezeigt hat. Ein dauerhafter und nachhaltiger Rückgang der Überschuldung in Deutschland ist derzeit unwahrscheinlich. Dies gilt auch, da eine vorläufige Trendauswertung des aktuellen SchuldnerKlima-Index Deutschland zeigt, dass sich das Überschuldungsklima im Herbst 2016 wieder leicht „angespannt“ hat. Für viele Verbraucher in Deutschland steht die Überschuldungsampel mittlerweile auf „dunkelrot“.

Der vorliegende Gastbeitrag von Prof. Dr. Loibl zeigt aber auch, dass schon kleine einfache Maßnahmen große Wirkungen bei der Überschuldungsprävention entfalten können. So sind bereits Maßnahmen, die helfen, Stress abzubauen (Finanzcoaching) und den Zugang zu Hilfen zu vereinfachen (z.B. durch veränderte Öffnungszeiten, vereinfachte Formulare), wirkungsvoll. Diese Erkenntnisse gilt es zu nutzen und zugleich weiter zu erforschen.

Zudem sollte nichts unversucht bleiben, um Überschuldung am besten von vorneherein zu vermeiden (Prävention) oder Beratungssuchenden möglichst frühzeitig adäquate Hilfsangebote (Beratung) anzubieten. Folgende Maßnahmen und Querschnittsaufgaben sollten weiterhin im Vordergrund stehen:

- ein weiterer Abbau der Arbeitslosigkeit,
- höhere und gezielte Bildungsinvestitionen zur Förderung von Finanzkompetenz der gesamten Bevölkerung, insbesondere bei jungen und bei älteren Verbrauchern,
- stärkere politische Sensibilisierung für die Belange überschuldeter Personen,
- Stärkung und Ausbau der Insolvenz- und Schuldnerberatung (einschließlich sozialmedizinischer Beratungs- und Informationsangebote zur Gesundheitskompetenz), gegebenenfalls auch durch „Familienpaten“ bei besonders stark und dauerhaft überschuldeten Familien,
- die Förderung einer verantwortungsbewussten Kreditvergabe und eine qualifizierte Informationsoffensive zur Überschuldungsproblematik sowie
- eine stärkere Einbindung der Überschuldungsforschung in die Armuts- und Bildungsdebatte.

Weitere Verschlechterung zu erwarten – Überschuldungsklima trübt sich wieder ein

Gastbeitrag zeigt, dass bereits kleine einfache Maßnahmen große Wirkungen entfalten können

Maßnahmen / Handlungsanregungen

■ 5 Ergebnisse kompakt

Die Überschuldung von Privatpersonen in Deutschland ist 2016 zum dritten Mal in Folge, und zudem nochmals deutlicher als erwartet, angestiegen. Zum Stichtag 1. Oktober 2016 wurde für die gesamte Bundesrepublik eine Überschuldungsquote von 10,06 Prozent gemessen. Damit sind über 6,8 Millionen Bürger über 18 Jahre überschuldet und weisen nachhaltige Zahlungsstörungen auf. Dies sind rund 131.000 Personen mehr als noch im letzten Jahr (+ 1,9 Prozent). Die Überschuldungsquote steigt deutlich an, obwohl die Bevölkerung spürbar zugenommen hat.

Der aktuelle Anstieg der Überschuldungszahlen beruht wiederum ausschließlich auf einer Zunahme der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität (vereinfacht: juristische Sachverhalte). Ihre Zahl nahm in den letzten zwölf Monaten um rund 220.000 Fälle zu (+ 5,6 Prozent), während hingegen die Zahl der Fälle mit geringer Überschuldungsintensität (vereinfacht: nachhaltige Zahlungsstörungen) um rund 89.000 Fälle (- 3,2 Prozent) zurückging. Rund 4,17 Millionen Menschen sind derzeit in Deutschland in einer dauerhaften Überschuldungsspirale (2006 / 2016: + 770.000 Fälle).

Die Überschuldungsquote liegt 2016 in den neuen Bundesländern (10,43 Prozent, ohne Berlin) zum fünften Mal in Folge (wie auch bis 2008) über dem Vergleichswert im Westen (10,00 Prozent). Insgesamt sind in diesem Jahr im Westen rund 5,73 Millionen Personen als überschuldet zu betrachten, im Osten Deutschlands sind dies rund 1,12 Millionen Personen.

Alles in allem hat sich 2016 der Anstiegstrend in beiden Teilen Deutschlands wieder beschleunigt, die entsprechenden Vergleichswerte zeigen aber, dass sich die Überschuldungsspirale im Westen erneut schneller dreht als im Osten. Der (prozentuale) Anstieg der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität ist im Westen (+ 5,6 Prozent) stärker ausgeprägt als im Osten (+ 5,3 Prozent). Zudem nimmt auch in diesem Jahr die Zahl der Fälle mit geringer Überschuldungsintensität im Osten (- 4,4 Prozent) stärker ab als im Westen

(- 3,0 Prozent). Folglich fällt auch die absolute Zunahme der Überschuldungsfälle im Osten Deutschlands (+ 15.000 Fälle) deutlich schwächer aus als im Westen (+ 116.000 Fälle).

Die derzeit insgesamt negative Entwicklung spiegelt sich auch im Vergleich der Überschuldungszahlen nach Bundesländern. Nur in drei Bundesländern ist ein Rückgang von Überschuldungsfällen und -quote zu verzeichnen: in Berlin (12,74 Prozent; - 0,24 Punkte), in Bremen (14,01 Prozent; - 0,07 Punkte) und im Saarland (11,31 Prozent; - 0,02 Punkte). Die stärksten Anstiege verzeichnen in diesem Jahr Baden-Württemberg (8,34 Prozent; + 0,25 Punkte), Bayern (7,35 Prozent) und Sachsen (9,89 Prozent; beide + 0,24 Punkte). Diese drei Bundesländer und Thüringen (9,24 Prozent; + 0,16 Punkte), bleiben unterhalb der Überschuldungsquote für ganz Deutschland. Bayern und Baden-Württemberg führen trotz überdurchschnittlicher Anstiege weiterhin das Ranking der Bundesländer an. Thüringen (9,24 Prozent; + 0,16 Punkte) verbleibt seit 2013 auf Rang drei.

Die Zunahme der Überschuldungsfälle (+ 131.000 Fälle; + 1,9 Prozent) verteilt sich in diesem Jahr fast paritätisch auf die Geschlechter. Männer verursachten in diesem Jahr rund 68.000 Überschuldungsfälle (+ 1,6 Prozent) mehr als 2015. Bei Frauen betrug die Zunahme rund 63.000 Fälle (+ 2,4 Prozent). 2016 können rund 7,55 Prozent der deutschen Frauen über 18 Jahre (2015: 7,39 Prozent) als überschuldet und zumindest nachhaltig zahlungsgestört gelten. Bei Männern sind dies aktuell 12,72 Prozent (2015: 12,61 Prozent).

Das Thema „Altersüberschuldung“ bleibt virulent und zeigt einen weiter ansteigenden Trend. 2016 müssen rund 174.000 Menschen in Deutschland ab 70 Jahren als überschuldet eingestuft werden (+ 25.000 Fälle; + 16 Prozent). Die entsprechende Überschuldungsquote (1,34 Prozent; + 0,17 Punkte) liegt zwar weiterhin deutlich unter den Vergleichswerten der anderen Altersgruppen, der Anstiegstrend ist im Mehrjahresvergleich 2013 / 2016 mit plus 58 Prozent allerdings überdurchschnittlich. Bei der nächstjüngeren Altersgruppe

der 60- bis 65-Jährigen sind 2016 504.000 Überschuldungsfälle zu zählen (+ 33.000 Fälle; + 7 Prozent). Zudem sind die Anstiege in beiden Altersgruppen in diesem Jahr stärker auf eine Zunahme der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität zurückzuführen.

Im Gegensatz dazu ist die Überschuldungszahl und -quote in der jüngsten Altersgruppe in diesem Jahr erfreulicherweise weiter zurückgegangen. Die Überschuldungsquote beträgt hier 14,50 Prozent, wobei der Rückgang fast ausschließlich auf einen Rückgang der Fälle mit geringer Überschuldungsintensität zurückzuführen ist. Derzeit müssen rund 1,66 Millionen junge Menschen in Deutschland (unter 30 Jahre) als überschuldet eingestuft werden (- 28.000 Fälle).

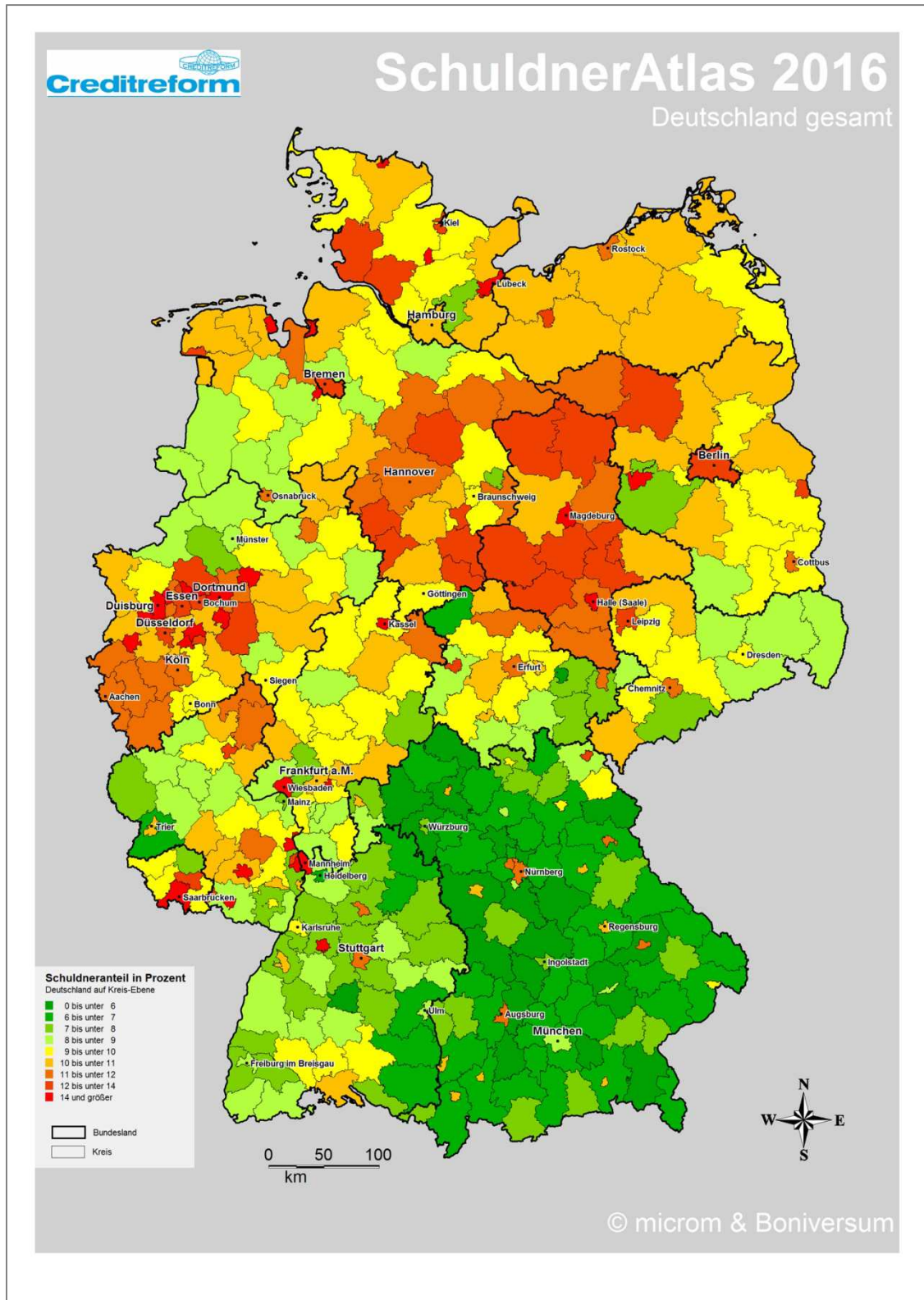
Das diesjährige Sonderthema befasst sich mit „internationalen Ansätzen der Überschuldungsprävention aus verhaltensökonomischer Sicht“. Die Autorin, Frau Prof. Dr. Cäzilia Loibl von der Ohio State University (U.S.A.), wechselt dabei den Blickwinkel von der ökonomischen Makroperspektive auf die Handlungsperspektiven der betroffenen Verbraucher. Der Gastbeitrag zeigt auf, dass die Finanzwissenschaft Überschuldung gegenwärtig überwiegend als ein „Ergebnis von Ressourcenknappheit und nicht nur als das Ergebnis rationaler Abwägungen, mangelnder Finanzbildung oder von Impulsivverhalten“ begreift. Ihre Schlussfolgerungen belegen: Auch einfache Maßnahmen können große Wirkungen zeigen. Sie reichen von „Nudges“, also Denkanstößen und Erinnerungshilfen, über „Just in time“-Finanzinformationen bis hin zum „Finanzcoaching“ als Hilfe zur Selbsthilfe.

Für die nahe Zukunft ist, auch wegen des verstärkten Trends zur strukturellen Überschuldung, nicht mit einer nachhaltigen Entspannung der privaten Überschuldungslage in Deutschland zu rechnen. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass die Überschuldungszahlen, nicht nur in den nächsten Monaten, weiter ansteigen werden.

■ 6 Basisdaten: Karten, Tabellen und Schaubilder

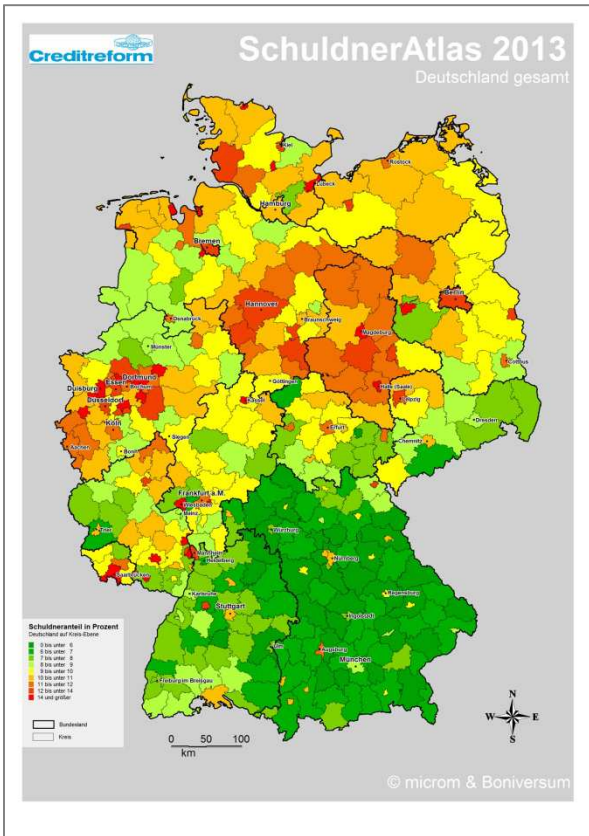
6.1 Die Karten

Karte 1: SchuldnerAtlas Deutschland 2016 nach Kreisfreien Städten und Kreisen

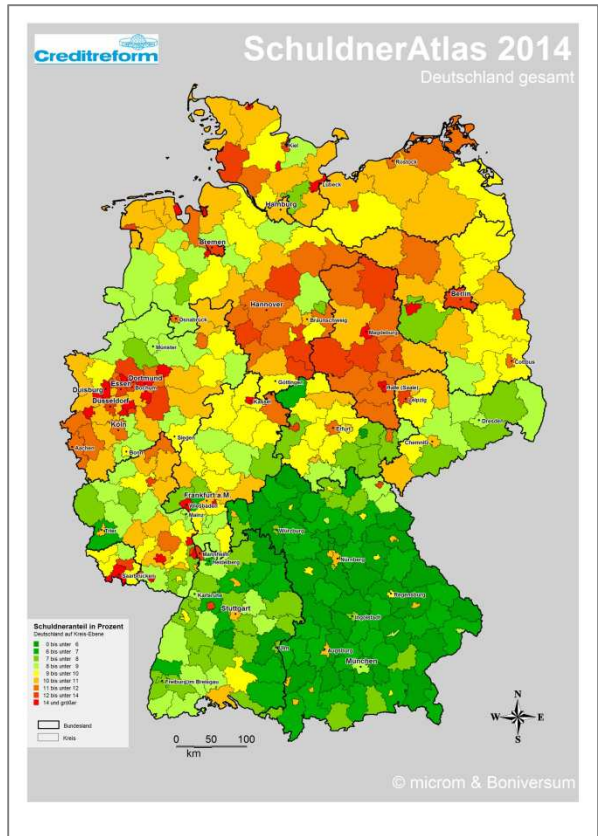


Karte 2: Entwicklungsvergleich 2013 bis 2016 nach Kreisen und kreisfreien Städten

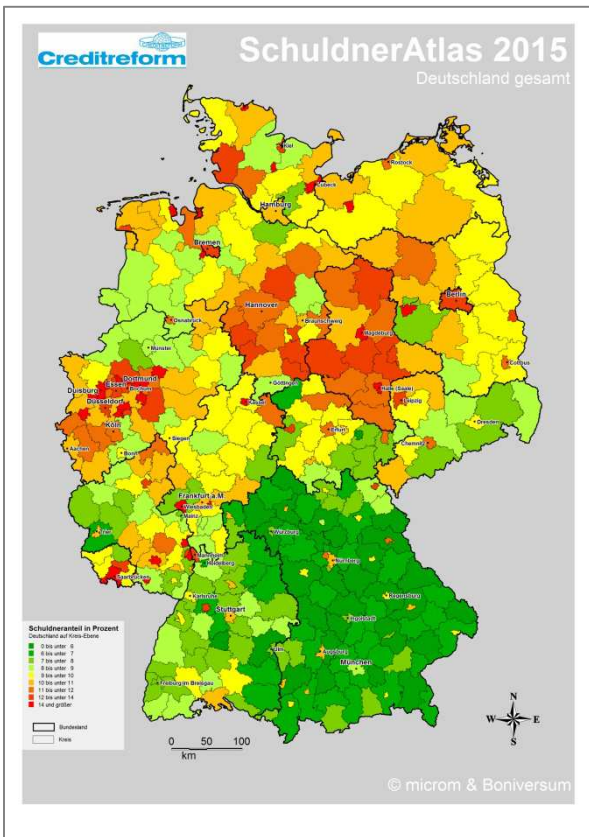
2013



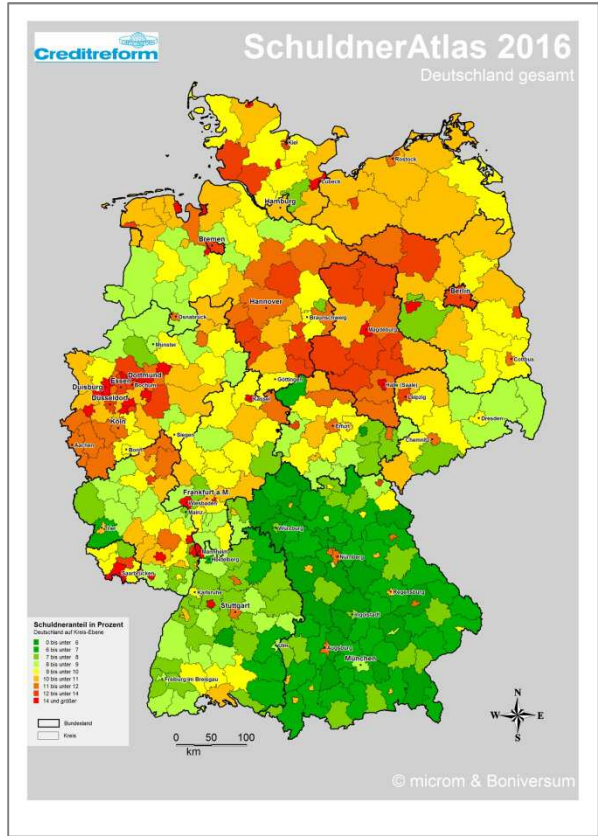
2014



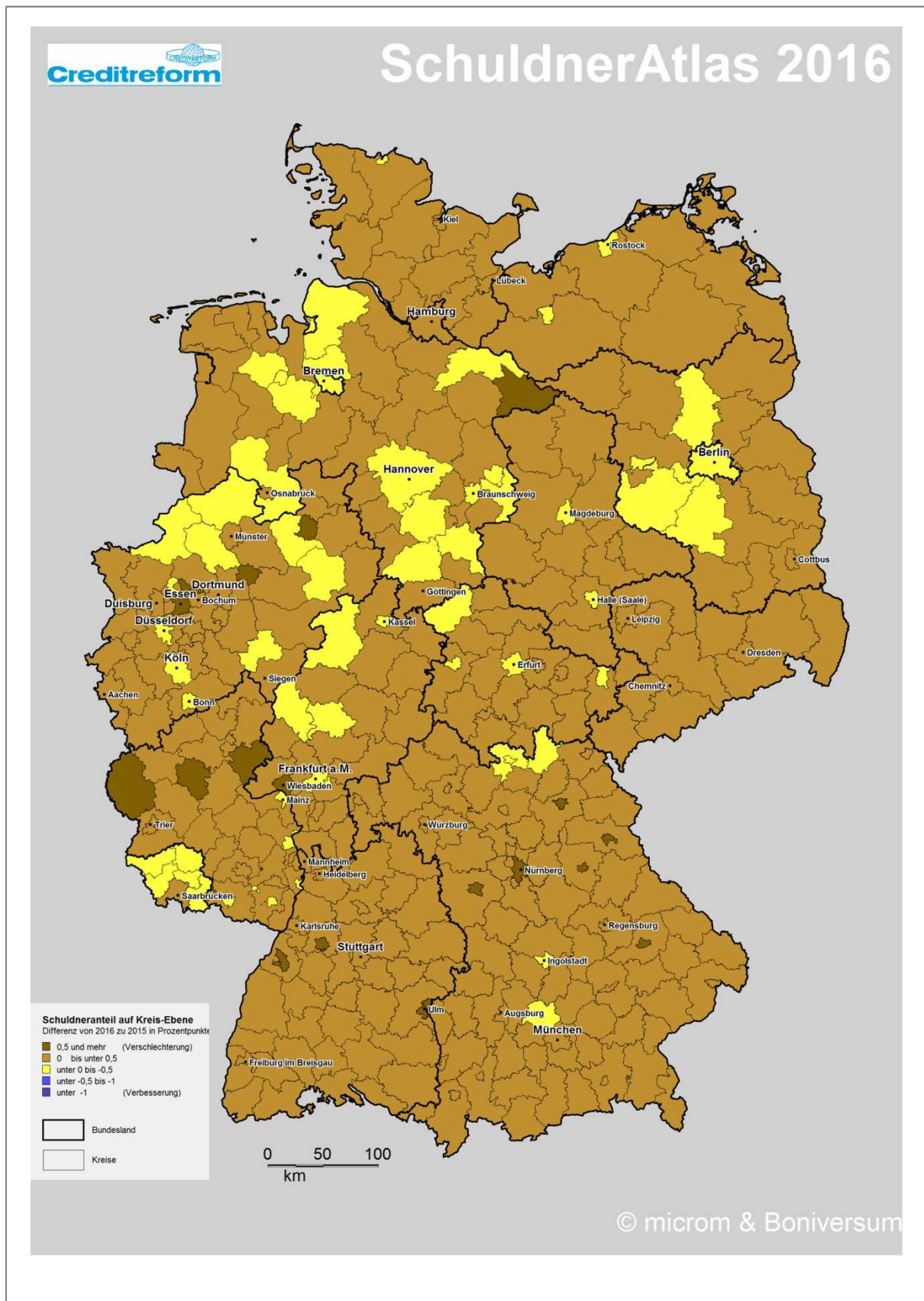
2015



2016



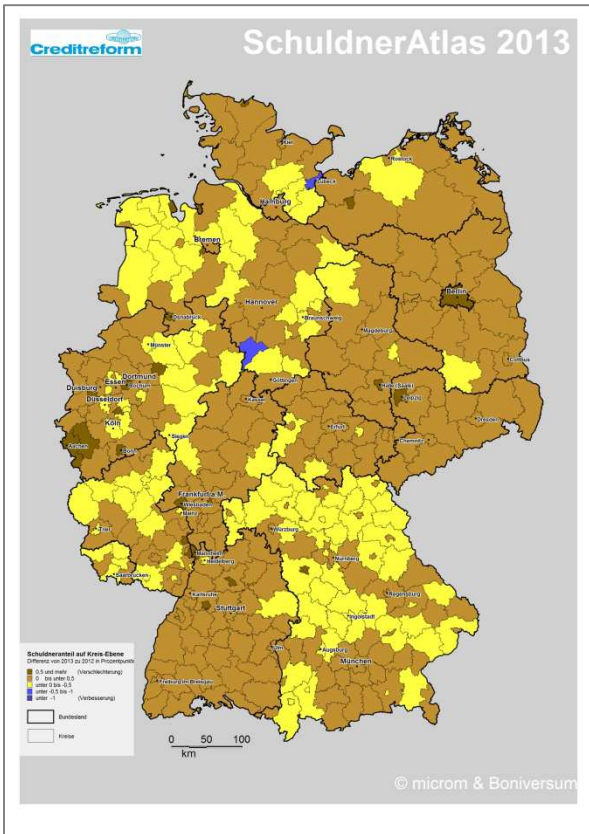
Karte 3: SchuldnerAtlas Deutschland 2016: Differenzkarte nach Kreisen und kreisfreien Städten 2015 / 2016



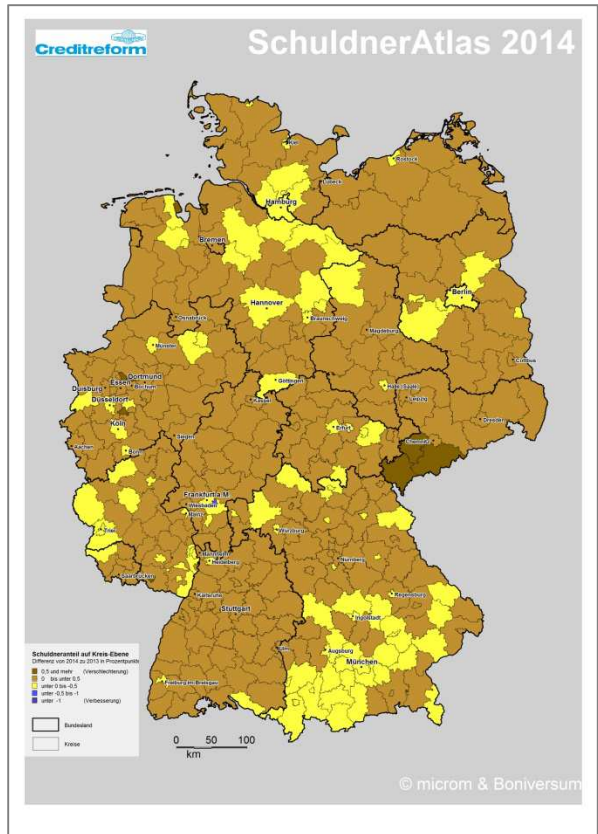
Legende: blau = starke Verbesserungen / gelb = leichte Verbesserungen / hellbraun = leichte Verschlechterungen / dunkelbraun = starke Verschlechterungen

Karte 4: Entwicklungsvergleich nach Differenzen: 2013 bis 2016 nach Kreisen und kreisfreien Städten

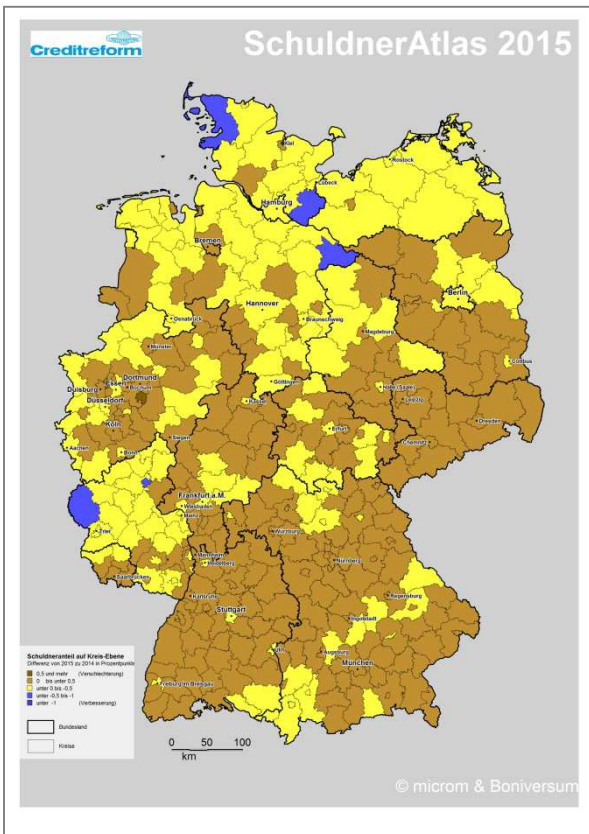
2012 / 2013



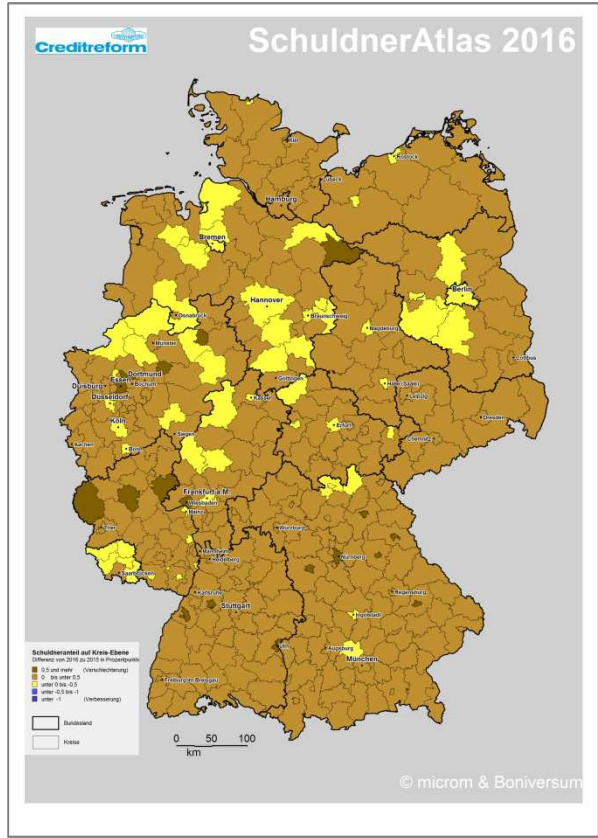
2013 / 2014



2014 / 2015



2015 / 2016



Legende: blau = starke Verbesserungen / gelb = leichte Verbesserungen / hellbraun = leichte Verschlechterungen / dunkelbraun = starke Verschlechterungen

6.2 Tabellen und Schaubilder

Tab. 3.: Überschuldungsquoten in Deutschland 2004 bis 2016 (einschl. überschuldete Haushalte)

■	Einwohner	> 18 Jahre	Überschuldete Personen	Überschuldungsquote	Überschuldete Haushalte
2004	82,50 Mio.	67,13 Mio.	6,54 Mio.	9,74%	3,10 Mio.
2005	82,44 Mio.	67,30 Mio.	7,02 Mio.	10,43%	3,33 Mio.
2006	82,31 Mio.	67,29 Mio.	7,19 Mio.	10,68%	3,47 Mio.
2007	82,22 Mio.	67,63 Mio.	7,34 Mio.	10,85%	3,54 Mio.
2008	82,00 Mio.	67,97 Mio.	6,87 Mio.	10,11%	3,36 Mio.
2009	81,80 Mio.	68,12 Mio.	6,19 Mio.	9,09%	3,04 Mio.
2010	81,68 Mio.	68,26 Mio.	6,49 Mio.	9,50%	3,19 Mio.
2011	80,33 Mio.	68,26 Mio.	6,41 Mio.	9,38%	3,21 Mio.
2012	80,52 Mio.	68,31 Mio.	6,59 Mio.	9,65%	3,31 Mio.
2013	80,77 Mio.	67,14 Mio.	6,58 Mio.	9,81%	3,30 Mio.
2014	81,20 Mio.	67,43 Mio.	6,67 Mio.	9,90%	3,34 Mio.
2015	81,54 Mio.	67,69 Mio.	6,72 Mio.	9,92%	3,33 Mio.
2016*)	82,89 Mio.	68,05 Mio.	6,85 Mio.	10,06%	3,37 Mio.

*) Quelle für Einwohner 2004 bis 2016: Statistisches Bundesamt, Datenbank GENESIS-ONLINE, Bevölkerung auf Grundlage der Zensusdaten 2011 (Ergebnisse der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes). Revidierte Werte für 2015; Wert für 2016: Eigene Hochrechnung). – Quelle für Haushalte 2004 bis 2016: Statistisches Bundesamt, Datenbank GENESIS-ONLINE, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Entwicklung der Privathaushalte bis 2030, Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung 2010. Revidierte Werte für überschuldete Haushalte für 2015.

Tab. 4.: Hauptüberschuldungsgründe 2009 bis 2016: The „big five“ nach Statistischem Bundesamt *)

■ Überschuldungsfälle	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Die fünf wichtigsten Hauptüberschuldungsgründe (in Prozent)								
Arbeitslosigkeit	28,5%	28,2%	27,0%	25,6%	23,6%	19,1%	20,0%	18,7%
Trennung, Scheidung, Tod	14,0%	14,1%	14,0%	14,2%	13,6%	12,4%	12,5%	12,2%
Erkrankung, Sucht, Unfall	11,1%	11,6%	12,1%	12,7%	12,7%	12,1%	13,5%	13,9%
Unwirtschaftliche Haushaltsführung	10,2%	10,0%	11,3%	11,6%	11,2%	11,2%	9,4%	9,3%
Gescheiterte Selbstständigkeit	8,6%	8,4%	8,3%	8,3%	8,3%	8,1%	8,1%	8,0%
Anteile von „Big five“	72,4%	72,3%	72,7%	72,4%	69,4%	62,9%	63,5%	62,3%
Sonstige Auslöser	27,6%	27,7%	27,3%	27,6%	30,6%	37,1%	36,5%	37,7%
Gesamt	100%							
Projektion: Überschuldungsfälle nach den fünf wichtigsten Hauptüberschuldungsgründen								
Arbeitslosigkeit	1,76 Mio.	1,83 Mio.	1,73 Mio.	1,69 Mio.	1,55 Mio.	1,27 Mio.	1,34 Mio.	1,28 Mio.
Trennung, Scheidung, Tod	0,87 Mio.	0,91 Mio.	0,90 Mio.	0,94 Mio.	0,90 Mio.	0,83 Mio.	0,84 Mio.	0,84 Mio.
Erkrankung, Sucht, Unfall	0,69 Mio.	0,75 Mio.	0,77 Mio.	0,84 Mio.	0,84 Mio.	0,81 Mio.	0,91 Mio.	0,96 Mio.
Unwirtschaftliche Haushaltsführung	0,63 Mio.	0,65 Mio.	0,72 Mio.	0,76 Mio.	0,74 Mio.	0,75 Mio.	0,63 Mio.	0,64 Mio.
Gescheiterte Selbstständigkeit	0,53 Mio.	0,55 Mio.	0,53 Mio.	0,55 Mio.	0,55 Mio.	0,54 Mio.	0,54 Mio.	0,55 Mio.
Anteile von „Big Five“	4,48 Mio.	4,69 Mio.	4,66 Mio.	4,77 Mio.	4,57 Mio.	4,20 Mio.	4,27 Mio.	4,26 Mio.
Sonstige Gründe	1,71 Mio.	1,80 Mio.	1,75 Mio.	1,82 Mio.	2,01 Mio.	2,48 Mio.	2,45 Mio.	2,58 Mio.
Gesamt	6,19 Mio.	6,49 Mio.	6,40 Mio.	6,59 Mio.	6,58 Mio.	6,67 Mio.	6,72 Mio.	6,85 Mio.
Abweichungen der Zahl der Überschuldungsfälle im Vergleich zum Vorjahr (in Prozent)								
	2009 / 10	2010 / 11	2011 / 12	2012 / 13	2013 / 14	2014 / 15	2015 / 16	2008 / 16
Arbeitslosigkeit	+ 4%	- 6%	- 2%	- 8%	- 18%	+ 5%	- 5%	- 34%
Trennung, Scheidung, Tod	+ 6%	- 2%	+ 4%	- 4%	- 8%	+ 1%	± 0%	- 12%
Erkrankung, Sucht, Unfall	+ 9%	+ 3%	+ 8%	± 0%	- 3%	+ 12%	+ 5%	+ 29%
Unwirtschaftliche Haushaltsführung	+ 2%	+ 12%	+ 6%	- 4%	+ 1%	- 16%	+ 1%	- 1%
Gescheiterte Selbstständigkeit	+ 3%	- 3%	+ 3%	± 0%	- 1%	+ 1%	+ 1%	- 14%
Anteile von „Big Five“	+ 5%	- 1%	+ 3%	- 4%	- 8%	+ 2%	±0%	- 13%
Sonstige Gründe	+ 5%	- 3%	+ 4%	+ 11%	+ 23%	- 1%	+ 5%	+ 32%
Gesamt	+ 5%	- 1%	+ 3%	± 0%	+ 1%	+ 1%	± 2%	± 0%

*) Die Darstellung der „Hauptauslöser der Überschuldung“ (Hauptüberschuldungsgründe) erfolgt seit 2013 aus Gründen der Einheitlichkeit auf Grundlage der Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes. Dieses veröffentlicht seit 2007 Statistiken zur Überschuldung privater Personen in Deutschland. Letzte Veröffentlichung: Statistisches Bundesamt, Statistik zur Überschuldung privater Personen 2015, 01.07.2016, Wiesbaden.

**) Die Tabelle beinhaltet nur die prozentualen Anteile der fünf wichtigsten „Hauptüberschuldungsauslöser“, die der iff-Überschuldungsreport in seinen früheren Analysen als „big five“ bezeichnet hat. Nach Daten des Statistischen Bundesamtes betrug der Anteil dieser fünf wichtigsten „Hauptauslöser der Überschuldung“ im Jahr 2015 rund 64 Prozent (Sonstige: 36 Prozent). Die Werte für 2016 wurden mit Hilfe der Vorjahreswerte und der Zahl der Überschuldungsfälle für die Jahre 2008 bis 2015 hochgerechnet sowie die entsprechenden Abweichungswerte berechnet. (Revidierte Werte für 2015)

Unter „sonstige Überschuldungsauslöser“ werden folgende Angaben subsumiert (in Klammern Werte für 2015): Zahlungsverpflichtung aus Bürgschaft, Übernahme oder Mithaftung (2,4%; ± 0,2 Punkte); gescheiterte Immobilienfinanzierung (2,8%; + 0,8 Punkte); Schadenersatz wegen unerlaubter Handlungen (0,6%; ± 0,0 Punkte); Haushaltsgründung / Geburt eines Kindes (2,1%; + 0,1 Punkte); Nichtanspruchnahme von Sozialleistungen (0,4%; - 0,1 Punkte), unzureichende Kredit- oder Bürgschaftsberatung (1,2%; - 0,9 Punkte) sowie Sonstiges (27,0%; - 0,1 Punkte).

Tab. 5.: Bevölkerung, überschuldete Personen (in Mio.) und Überschuldungsquoten nach Geschlecht 2004 bis 2016

■	Bevölkerung			Überschuldete Personen			Überschuldungsquoten		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
2004	67,11	32,83	34,29	6,54	4,45	2,09	9,74%	13,55%	6,09%
2005	67,28	32,92	34,36	7,02	4,74	2,27	10,43%	14,41%	6,61%
2006	67,29	32,94	34,34	7,19	4,80	2,38	10,68%	14,59%	6,94%
2007	67,64	33,13	34,50	7,34	4,81	2,52	10,85%	14,52%	7,32%
2008	67,97	33,31	34,66	6,87	4,44	2,43	10,11%	13,32%	7,02%
2009	68,13	33,40	34,73	6,20	3,95	2,25	9,10%	11,82%	6,47%
2010	68,26	33,49	34,77	6,49	4,05	2,44	9,51%	12,09%	7,01%
2011	68,26	33,34	34,92	6,41	4,09	2,32	9,39%	12,25%	6,64%
2012	68,31	33,42	34,90	6,60	4,20	2,39	9,66%	12,57%	6,86%
2013	67,13	32,48	34,65	6,59	4,08	2,51	9,81%	12,55%	7,24%
2014	67,43	32,66	34,77	6,67	4,12	2,56	9,90%	12,61%	7,35%
2015	67,69	32,85	34,84	6,72	4,14	2,58	9,92%	12,61%	7,39%
2016	68,05	33,09	34,96	6,85	4,21	2,64	10,06%	12,72%	7,55%
Abw. 2015 / 2016	+ 0,36	+ 0,24	+ 0,12	+ 0,13	+ 0,07	+ 0,06	+ 0,14	+ 0,11	+ 0,15
<i>Abw. 2004 / 2016</i>	<i>+ 0,94</i>	<i>+ 0,26</i>	<i>+ 0,67</i>	<i>+ 0,31</i>	<i>- 0,24</i>	<i>+ 0,55</i>	<i>+ 0,32</i>	<i>- 0,83</i>	<i>+ 1,45</i>

*) Quelle für Bevölkerungsdaten nach Geschlecht 2004 bis 2012: Statistisches Bundesamt, Datenbank GENESIS-ONLINE. Abweichungen in Prozentpunkten bzw. in Millionen; Rundungsdifferenzen möglich.

Tab. 6.: Schuldenvolumen nach Geschlecht 2006 bis 2016 – Eine Hochrechnung *)

■ Basiswerte	Männer		Frauen		Gesamt	
	Mittelwert **)	Gesamt	Mittelwert	Gesamt	Mittelwert	Gesamt
2006	39.300 €	184,8 Mrd.	34.400 €	80,2 Mrd.	36.900 €	265,0 Mrd.
2007	40.800 €	189,2 Mrd.	32.200 €	78,4 Mrd.	36.500 €	267,6 Mrd.
2008	39.900 €	171,5 Mrd.	32.100 €	75,7 Mrd.	36.000 €	247,2 Mrd.
2009	37.800 €	145,6 Mrd.	31.600 €	69,4 Mrd.	34.700 €	215,0 Mrd.
2010	37.200 €	147,5 Mrd.	31.400 €	75,0 Mrd.	34.300 €	222,6 Mrd.
2011	39.000 €	154,3 Mrd.	30.600 €	68,8 Mrd.	34.800 €	223,1 Mrd.
2012	37.600 €	153,4 Mrd.	29.800 €	69,2 Mrd.	33.700 €	222,6 Mrd.
2013	37.200 €	147,4 Mrd.	28.600 €	69,8 Mrd.	33.000 €	217,3 Mrd.
2014	40.400 €	160,7 Mrd.	28.200 €	69,6 Mrd.	34.500 €	230,3 Mrd.
2015	39.500 €	159,0 Mrd.	28.700 €	71,8 Mrd.	34.400 €	230,9 Mrd.
2016	39.100 €	161,3 Mrd.	28.400 €	73,6 Mrd.	34.300 €	234,9 Mrd.
<i>Abw. 2015 / 16</i>	<i>- 400 €</i>	<i>+ 2,3 Mrd.</i>	<i>- 300 €</i>	<i>+ 1,7 Mrd.</i>	<i>- 100 €</i>	<i>+ 4,0 Mrd.</i>
<i>Abw. 2006 / 16</i>	<i>- 200 €</i>	<i>- 23,5 Mrd.</i>	<i>- 6.000 €</i>	<i>- 6,7 Mrd.</i>	<i>- 2.600 €</i>	<i>- 30,1 Mrd.</i>

*) Quellen: Statistisches Bundesamt, Statistik zur Überschuldung privater Personen 2009 bis 2014 (erschieden 2009: 31.01.2011; 2010: 06.09.2012; 2011: 17.01.2013; 2012: 25.06.2013; 2013: 30.06.2014; 2014: 29.06.2015; 2015: 01.07.2016). – Die Werte für 2016 basieren auf einer Hochrechnung. Revidierte Werte für 2015 (gerundete Werte). Rundungsdifferenzen möglich.

**) Mittelwert = Mittlere individuelle Schuldenhöhe.

Tab. 7.: Überschuldete Personen nach Geschlecht und Überschuldungsintensität 2013 bis 2016 *)

■ Überschuldete Personen	Männer	Frauen	Gesamt
Gesamt			
2013	4.076.000	2.508.000	6.584.000
2014	4.117.000	2.556.000	6.674.000
2015	4.142.000	2.575.000	6.718.000
2016	4.210.000	2.638.000	6.848.000
Abw. 2013/14	+ 41.000	+ 48.000	+ 89.000
Abw. 2014/15	+ 25.000	+ 19.000	+ 44.000
Abw. 2015/16	+ 68.000	+ 63.000	+ 131.000
Abw. 2013/16	+ 134.000	+ 130.000	+ 264.000
Überschuldete Personen mit hoher Überschuldungsintensität			
2013	2.384.000	1.403.000	3.787.000
2014	2.449.000	1.444.000	3.892.000
2015	2.482.000	1.467.000	3.949.000
2016	2.611.000	1.558.000	4.169.000
Abw. 2013/14	+ 64.000	+ 41.000	+ 105.000
Abw. 2014/15	+ 34.000	+ 23.000	+ 57.000
Abw. 2015/16	+ 129.000	+ 91.000	+ 220.000
Abw. 2013/16	+ 227.000	+ 155.000	+ 382.000
Überschuldete Personen mit geringer Überschuldungsintensität			
2013	1.692.000	1.105.000	2.797.000
2014	1.669.000	1.113.000	2.781.000
2015	1.660.000	1.108.000	2.768.000
2016	1.599.000	1.080.000	2.679.000
Abw. 2013/14	- 24.000	+ 7.000	- 16.000
Abw. 2014/15	- 9.000	- 4.000	- 13.000
Abw. 2015/16	- 61.000	- 28.000	- 89.000
Abw. 2013/16	- 93.000	- 25.000	- 118.000

*) Die Auswertungssystematik zur Berechnung von Überschuldungsfällen und Überschuldungsquoten nach Geschlecht und Altersgruppen wurde 2013 grundlegend überarbeitet. Wurden bis 2012 beide Bezugsdaten in Form einer Projektion der Überschuldungszahlen auf der Grundlage von „Jahrgangslinien“ (in Form einer Aggregierung der monatspezifischen Anteile nach Art der Negativmerkmale in Bezug auf Altersgruppen und Geschlecht) hochgerechnet, basieren die entsprechenden Werte seit 2013 auf Auszählungen der Realwerte, wiederum getrennt nach Fällen mit geringer und mit hoher Überschuldungsintensität. Durch diese Vorgehensweise können Überschuldungsfälle und Überschuldungsquoten ab 2013 auch in geographischer Auflösung, d.h. beispielsweise nach Postleitzahlen oder Bundesländern, dargestellt werden.

Tab. 8.: Überschuldungsquoten nach Altersgruppen und Überschuldungsintensität 2013 bis 2016

■	unter 30	30 – 39	40 – 49	50 – 59	60 – 69	ab 70	Gesamt
Gesamt							
2013	15,70%	18,13%	11,58%	8,60%	4,68%	0,90%	9,81%
2014	15,37%	18,63%	11,77%	8,73%	4,96%	1,06%	9,90%
2015	14,86%	18,81%	12,06%	8,77%	5,25%	1,16%	9,92%
2016	14,50%	19,17%	12,56%	8,90%	5,51%	1,34%	10,06%
Abw. 2013/14	- 0,33	+ 0,50	+ 0,19	+ 0,12	+ 0,28	+ 0,16	+ 0,09
Abw. 2014/15	- 0,51	+ 0,18	+ 0,29	+ 0,04	+ 0,29	+ 0,10	+ 0,03
Abw. 2015/16	- 0,36	+ 0,36	+ 0,49	+ 0,13	+ 0,27	+ 0,17	+ 0,14
Abw. 2013/16	- 1,19	+ 1,04	+ 0,97	+ 0,29	+ 0,83	+ 0,44	+ 0,26
Hohe Überschuldungsintensität							
2013	8,76%	10,63%	6,73%	5,03%	2,75%	0,45%	5,64%
2014	8,65%	11,12%	6,95%	5,20%	2,93%	0,52%	5,77%
2015	8,43%	11,44%	7,19%	5,24%	3,05%	0,54%	5,84%
2016	8,37%	12,11%	7,75%	5,56%	3,37%	0,67%	6,13%
Abw. 2013/14	- 0,11	+ 0,49	+ 0,22	+ 0,17	+ 0,18	+ 0,07	+ 0,13
Abw. 2014/15	- 0,21	+ 0,32	+ 0,23	+ 0,04	+ 0,12	+ 0,02	+ 0,06
Abw. 2015/16	- 0,07	+ 0,67	+ 0,56	+ 0,32	+ 0,32	+ 0,13	+ 0,29
Abw. 2013/16	- 0,39	+ 1,48	+ 1,02	+ 0,53	+ 0,63	+ 0,22	+ 0,49
Geringe Überschuldungsintensität							
2013	6,94%	7,50%	4,86%	3,57%	1,93%	0,45%	4,17%
2014	6,72%	7,51%	4,82%	3,53%	2,03%	0,54%	4,12%
2015	6,43%	7,37%	4,88%	3,53%	2,20%	0,62%	4,09%
2016	6,14%	7,06%	4,81%	3,34%	2,14%	0,67%	3,94%
Abw. 2013/14	- 0,22	+ 0,01	- 0,04	- 0,04	+ 0,10	+ 0,09	- 0,04
Abw. 2014/15	- 0,29	- 0,14	+ 0,06	± 0,00	+ 0,17	+ 0,08	- 0,04
Abw. 2015/16	- 0,29	- 0,31	- 0,07	- 0,19	- 0,06	+ 0,05	- 0,15
Abw. 2013/16	- 0,80	- 0,44	- 0,05	- 0,23	+ 0,21	+ 0,22	- 0,23

Tab. 9.: Überschuldete Personen nach Altersgruppen und Überschuldungsintensität 2013 bis 2016

■	unter 30	30 – 39	40 – 49	50 – 59	60 – 69	ab 70	Gesamt
Überschuldete Personen: Gesamt							
2013	1.794.000	1.723.000	1.529.000	1.009.000	419.000	111.000	6.585.000
2014	1.749.000	1.782.000	1.514.000	1.052.000	443.000	134.000	6.674.000
2015	1.689.000	1.827.000	1.494.000	1.087.000	471.000	150.000	6.718.000
2016	1.661.000	1.884.000	1.495.000	1.130.000	504.000	174.000	6.848.000
Abw. 2013/14	- 45.000	+ 59.000	- 15.000	+ 44.000	+ 24.000	+ 23.000	+ 89.000
Abw. 2014/15	- 60.000	+ 45.000	- 19.000	+ 35.000	+ 28.000	+ 16.000	+ 44.000
Abw. 2015/16	- 28.000	+ 57.000	±0	+ 43.000	+ 33.000	+ 25.000	+ 131.000
Abw. 2013/16	- 133.000	+ 161.000	- 34.000	+ 121.000	+ 85.000	+ 64.000	+ 264.000
Überschuldete Personen mit hoher Überschuldungsintensität							
2013	1.001.000	1.010.000	888.000	590.000	246.000	55.000	3.788.000
2014	984.000	1.063.000	894.000	627.000	262.000	66.000	3.893.000
2015	958.000	1.111.000	890.000	649.000	274.000	70.000	3.950.000
2016	959.000	1.190.000	922.000	706.000	309.000	88.000	4.170.000
Abw. 2013/14	- 17.000	+ 53.000	+ 6.000	+ 37.000	+ 16.000	+ 11.000	+ 105.000
Abw. 2014/15	- 26.000	+ 48.000	- 4.000	+ 23.000	+ 12.000	+ 4.000	+ 57.000
Abw. 2015/16	± 0	+ 79.000	+ 32.000	+ 56.000	+ 35.000	+ 18.000	+ 220.000
Abw. 2013/16	- 43.000	+ 180.000	+ 34.000	+ 116.000	+ 63.000	+ 32.000	+ 382.000
Überschuldete Personen mit geringer Überschuldungsintensität							
2013	793.000	713.000	641.000	419.000	173.000	55.000	2.797.000
2014	765.000	718.000	620.000	426.000	181.000	68.000	2.781.000
2015	731.000	716.000	604.000	438.000	197.000	80.000	2.768.000
2016	703.000	694.000	573.000	424.000	196.000	87.000	2.678.000
Abw. 2013/14	- 28.000	+ 5.000	- 21.000	+ 7.000	+ 8.000	+ 13.000	- 16.000
Abw. 2014/15	- 34.000	- 3.000	- 15.000	+ 12.000	+ 16.000	+ 12.000	- 13.000
Abw. 2015/16	- 28.000	- 22.000	- 32.000	- 13.000	- 1.000	+ 7.000	- 89.000
Abw. 2013/16	- 91.000	- 19.000	- 68.000	+ 5.000	+ 23.000	+ 31.000	- 118.000

Tab. 10.: Überschuldete Personen nach Überschuldungsintensität in Ost- und Westdeutschland 2006 bis 2016 *)

■ Basiswerte (in Mio.)	Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Gesamt	Hohe Intensität	Geringe Intensität	Gesamt	Hohe Intensität	Geringe Intensität	Gesamt	Hohe Intensität	Geringe Intensität
2006	7,19	3,40	3,79	5,90	2,79	3,12	1,28	0,61	0,67
2007	7,34	3,46	3,88	6,03	2,84	3,18	1,31	0,62	0,70
2008	6,87	3,44	3,43	5,70	2,84	2,86	1,17	0,61	0,57
2009	6,19	3,46	2,73	5,17	2,87	2,30	1,03	0,59	0,43
2010	6,49	3,61	2,88	5,41	3,00	2,42	1,07	0,61	0,46
2011	6,40	3,70	2,70	5,36	3,08	2,28	1,04	0,62	0,42
2012	6,59	3,78	2,82	5,51	3,14	2,36	1,09	0,63	0,46
2013	6,58	3,79	2,80	5,50	3,16	2,34	1,08	0,63	0,45
2014	6,67	3,89	2,78	5,58	3,25	2,33	1,10	0,64	0,45
2015	6,72	3,95	2,77	5,62	3,30	2,32	1,10	0,65	0,45
2016	6,85	4,17	2,68	5,73	3,48	2,25	1,12	0,69	0,43
<i>Abw. 2015 / 2016</i>	+ 0,13	+ 0,22	- 0,09	+ 0,12	+ 0,19	- 0,07	+ 0,01	+ 0,03	- 0,02
Abw. 2006 / 2016	-0,34	+ 0,77	- 1,11	- 0,17	+ 0,70	- 0,87	- 0,17	+ 0,07	- 0,24

*) Westdeutschland, einschl. Berlin.

Tab. 11.: Veränderung der Überschuldung nach Überschuldungsintensität 2006 bis 2016 *)

■ Zeitraum	Hohe Überschuldungsintensität		Geringe Überschuldungsintensität	
	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut
2006 / 2007	+ 1,7%	+ 58.000	+ 2,4%	+ 92.000
2007 / 2008	- 0,4%	- 14.000	- 11,6%	- 451.000
2008 / 2009	+ 0,5%	+ 18.000	- 20,3%	- 696.000
2009 / 2010	+ 4,3%	+ 147.000	+ 5,3%	+ 145.000
2010 / 2011	+ 2,5%	+ 92.000	- 6,0%	- 173.000
2011 / 2012	+ 2,1%	+ 76.000	+ 4,2%	+ 113.000
2012 / 2013	+ 0,3%	+ 11.000	- 0,7%	- 21.000
2013 / 2014	+ 2,8%	+ 105.000	- 0,6%	- 16.000
2014 / 2015	+ 1,5%	+ 57.000	- 0,5%	- 13.000
2015 / 2016	+ 5,6%	+ 220.000	- 3,2%	- 89.000
Abw. 2006 / 2016	+ 22,6%	+ 769.000	- 29,3%	- 1.109.000
<i>nachrichtlich: 2006 / 2015</i>	<i>+ 16,2%</i>	<i>+ 550.000</i>	<i>- 26,9%</i>	<i>- 1.019.000</i>

Tab. 12.: Überschuldungsintensität 2006 bis 2016: Abweichungen in Ost- und Westdeutschland *)

■ Basis- werte	Gesamt		Hohe Überschuldungsintensität			Geringe Überschuldungsintensität		
	Anzahl	Abw.	Bund	West	Ost	Bund	West	Ost
2006	7,19 Mio.	-	-	-	-	-	-	-
2007	7,34 Mio.	+ 2,1%	+ 1,7%	+ 2,0%	+ 0,3%	+ 2,4%	+ 2,2%	+ 3,6%
2008	6,87 Mio.	- 6,3%	- 0,4%	- 0,1%	- 1,6%	- 11,6%	- 10,1%	- 18,6%
2009	6,19 Mio.	- 9,9%	+ 0,5%	+ 1,0%	- 1,7%	- 20,3%	- 19,7%	- 23,4%
2010	6,49 Mio.	+ 4,7%	+ 4,3%	+ 4,6%	+ 2,9%	+ 5,3%	+ 5,1%	+ 6,2%
2011	6,41 Mio.	- 1,3%	+ 2,5%	+ 2,8%	+ 1,3%	- 6,0%	- 5,7%	- 7,6%
2012	6,59 Mio.	+ 3,0%	+ 2,1%	+ 2,1%	+ 1,9%	+ 4,2%	+ 3,6%	+ 7,1%
2013	6,58 Mio.	- 0,2%	+ 0,3%	+ 0,4%	- 0,3%	- 0,7%	- 0,8%	- 0,2%
2014	6,67 Mio.	+ 1,4%	+ 2,8%	+ 2,9%	+ 2,3%	- 0,6%	- 0,7%	- 0,2%
2015	6,72 Mio.	+ 0,7%	+ 1,5%	+ 1,5%	+ 1,1%	- 0,5%	- 0,4%	- 0,9%
2016	6,85 Mio.	+ 1,9%	+ 5,6%	+ 5,6%	+ 5,3%	- 3,2%	- 3,0%	- 4,4%
Abw. 2006 / 16	- 0,34 Mio.	- 4,7%	22,6%	+ 25,0%	+ 11,9%	- 29,3%	- 27,8%	- 36,1%

*) Westdeutschland, einschl. Berlin.

Tab. 13.: Überschuldete Personen und Überschuldungsquoten in West- und Ostdeutschland 2006 / 2016 *)

■ Überschuldete Personen (Mio.)	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Alte Bundesländer *)	5,90	6,02	5,70	5,16	5,42	5,36	5,51	5,50	5,57	5,62	5,73
Neue Bundesländer	1,29	1,31	1,17	1,03	1,07	1,05	1,09	1,09	1,10	1,10	1,12
Deutschland	7,19	7,34	6,87	6,19	6,49	6,41	6,59	6,58	6,67	6,72	6,85
■ Überschul- dungsquoten	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Alte Bundesländer *)	10,55%	10,72%	10,07%	9,10%	9,51%	9,40%	9,63%	9,78%	9,84%	9,86%	10,00%
Neue Bundesländer	11,35%	11,50%	10,30%	9,08%	9,45%	9,29%	9,75%	9,97%	10,17%	10,26%	10,43%
Deutschland	10,68%	10,85%	10,11%	9,09%	9,50%	9,38%	9,65%	9,81%	9,90%	9,92%	10,06%
Spreizung Ost / West	0,80	0,78	0,23	0,02	0,06	0,11	0,12	0,19	0,33	0,40	0,43

*) Einschließlich Berlin. Spreizungswerte Ost / West in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich.

Tab. 14.: Überschuldungsquoten nach „geographischen Räumen“ 2004 bis 2016 *)

■ Überschuldungsquoten nach Postleitzonen	Nord-Osten (PLZ: 1+0)	Norden (PLZ: 2+3)	Westen (PLZ:4+5)	Süd-Westen (PLZ: 6+7)	Süd-Osten (PLZ: 8+9)	Deutschland
2004	11,17%	10,45%	10,60%	8,66%	7,51%	9,74%
2005	11,86%	11,33%	11,38%	9,22%	7,98%	10,43%
2006	12,10%	11,67%	11,74%	9,45%	8,04%	10,68%
2007	12,22%	11,82%	12,00%	9,63%	8,12%	10,85%
2008	11,04%	11,02%	11,42%	9,07%	7,52%	10,11%
2009	9,72%	10,05%	10,18%	8,20%	6,87%	9,09%
2010	10,13%	10,47%	10,67%	8,58%	7,21%	9,50%
2011	9,91%	10,32%	10,60%	8,58%	7,04%	9,38%
2012	10,34%	10,58%	10,96%	8,77%	7,16%	9,65%
2013	10,63%	10,69%	11,10%	8,98%	7,20%	9,81%
2014	10,79%	10,75%	11,23%	9,08%	7,22%	9,90%
2015	10,88%	10,67%	11,26%	9,13%	7,31%	9,92%
2016	10,94%	10,72%	11,44%	9,31%	7,53%	10,06%
Abw. 2015/2016	+ 0,07	+ 0,06	+ 0,18	+ 0,18	+ 0,22	+ 0,14
Abw. 2004/2016	- 0,23	+ 0,27	+ 0,84	+ 0,64	+ 0,02	+ 0,32

*) Rundungsdifferenzen möglich; Abweichungswerte in Prozentpunkten.

Tab. 15.: Ranking Überschuldungsquoten und Überschuldungsfälle in den Bundesländern 2014 bis 2016 *)

■ Bundesland	Überschuldungsquoten			Abw. *)		Überschuldete Personen **)			Abw.	
	2014	2015	2016	15 / 16	04 / 16	2014	2015	2016	15 / 16	04 / 16
Bayern	7,00%	7,12%	7,35%	+ 0,24	+ 0,16	0,73	0,75	0,78	+ 31.000	+ 61.000
Baden-Württemberg	8,02%	8,09%	8,34%	+ 0,25	+ 0,84	0,70	0,71	0,74	+ 29.000	+ 100.000
Thüringen	9,07%	9,08%	9,24%	+ 0,16	- 0,77	0,17	0,17	0,17	+ 2.000	- 29.000
Sachsen	9,31%	9,66%	9,89%	+ 0,24	+ 0,94	0,32	0,33	0,34	+ 8.000	+ 15.000
Hessen	9,96%	10,00%	10,07%	+ 0,07	+ 0,50	0,50	0,50	0,51	+ 8.000	+ 36.000
Rheinland-Pfalz	10,00%	9,89%	10,11%	+ 0,22	- 0,02	0,33	0,33	0,34	+ 9.000	+ 9.000
Brandenburg	10,02%	10,04%	10,14%	+ 0,10	- 1,06	0,21	0,21	0,21	+ 2.000	- 27.000
Niedersachsen	10,47%	10,40%	10,42%	+ 0,02	+ 0,29	0,67	0,67	0,68	+ 6.000	+ 30.000
Mecklenburg-Vorpommern	10,67%	10,43%	10,57%	+ 0,14	- 0,93	0,15	0,14	0,14	+ 2.000	- 20.000
Hamburg	10,81%	10,57%	10,61%	+ 0,04	- 0,26	0,16	0,16	0,16	+ 2.000	- 1.000
Schleswig-Holstein	11,01%	10,77%	10,98%	+ 0,21	+ 0,16	0,26	0,25	0,26	+ 7.000	+ 13.000
Saarland	11,31%	11,33%	11,31%	- 0,02	+ 0,27	0,10	0,10	0,10	± 0	- 1.000
Nordrhein-Westfalen	11,46%	11,52%	11,66%	+ 0,14	+ 0,99	1,67	1,69	1,72	+ 29.000	+ 159.000
Sachsen-Anhalt	12,57%	12,59%	12,74%	+ 0,15	+ 0,52	0,25	0,24	0,25	+ 1.000	- 14.000
Berlin	13,02%	12,99%	12,74%	- 0,24	- 1,28	0,37	0,38	0,37	- 3.000	- 25.000
Bremen	13,95%	14,08%	14,01%	- 0,07	+ 0,66	0,08	0,08	0,08	± 0	+ 5.000
Deutschland	9,90%	9,92%	10,06%	+ 0,14	+ 0,32	6,67	6,72	6,85	+ 131.000	+ 309.000

*) Abweichung in Prozentpunkten / **) Überschuldungsfälle in Millionen / Rundungsdifferenzen möglich.

Tab. 16.: Die zehn Kreise mit der niedrigsten Überschuldungsquote 2009 bis 2016: Rang 1 bis 10 *)

■ Kreis	Überschuldungsquoten in %								Abw. *)		Rang	
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	15/16	04/16	2004	2016
Eichstätt	3,70	3,89	3,81	3,80	3,71	3,67	3,74	3,79	+ 0,05	- 0,34	1	1
Erlangen-Höchstadt	4,55	4,73	4,58	4,64	4,63	4,76	4,81	4,93	+ 0,12	- 0,37	7	2
Schweinfurt	4,72	4,95	4,76	4,86	4,81	4,92	5,03	5,06	+ 0,03	- 0,10	4	3
Neuburg-Schrobenhausen	5,09	5,34	5,10	5,08	4,95	5,04	5,08	5,22	+ 0,14	- 0,51	19	4
Straubing-Bogen	4,66	4,95	4,89	5,02	5,09	5,17	5,06	5,26	+ 0,20	+ 0,42	2	5
Würzburg	4,97	5,26	5,05	5,07	5,15	5,19	5,31	5,38	+ 0,07	+ 0,18	5	6
Neumarkt i.d.OPf.	4,96	5,24	4,94	4,99	5,00	5,20	5,23	5,39	+ 0,16	+ 0,11	6	7
Rhön-Grabfeld	5,12	5,44	5,35	5,35	5,34	5,33	5,20	5,50	+ 0,30	- 0,13	13	8
Main-Spessart	5,09	5,54	5,33	5,38	5,37	5,33	5,40	5,52	+ 0,11	+ 0,15	8	9
Aichach-Friedberg	5,35	5,59	5,33	5,35	5,27	5,19	5,17	5,58	+ 0,41	- 0,52	29	10

*) Abweichung in Prozentpunkten / Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: Nur Kreise (Würzburg, Schweinfurt = Landkreise).

Tab. 17.: Die zehn Städte mit der höchsten Überschuldungsquote 2009 bis 2016: Rang 402 bis 393 *)

■ Stadt	Überschuldungsquoten in %								Abw. *)		Rang	
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	15/16	04/16	2004	2016
Bremerhaven	17,81	18,46	18,06	18,32	19,84	20,41	20,82	20,80	- 0,02	+ 3,06	402	402
Pirmasens	16,27	17,14	17,50	18,00	17,73	18,34	18,43	18,38	- 0,05	+ 1,85	399	401
Wuppertal	17,90	17,80	17,87	18,09	17,89	17,77	17,97	18,08	+ 0,11	+ 3,05	393	400
Offenbach am Main	16,03	16,68	16,93	17,30	18,61	18,04	18,01	17,79	- 0,21	+ 0,58	401	399
Gelsenkirchen	14,52	15,41	15,43	16,24	16,23	16,78	16,72	17,67	+ 0,95	+ 3,56	383	398
Herne	13,38	14,19	14,22	14,92	16,04	16,60	17,07	17,61	+ 0,55	+ 4,86	361	397
Neumünster	14,86	15,81	15,61	16,65	16,61	16,94	17,09	17,54	+ 0,46	+ 3,22	386	396
Wilhelmshaven	14,42	15,29	15,14	15,50	16,22	16,74	16,80	16,90	+ 0,10	+ 1,86	394	395
Halle (Saale)	15,58	16,29	16,17	16,94	17,57	17,34	17,13	16,85	- 0,28	+ 1,48	398	394
Wiesbaden	13,62	14,35	15,22	15,54	16,18	16,27	16,01	16,77	+ 0,76	+ 4,01	362	393

*) Abweichung in Prozentpunkten / Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: Nur Städte.

Tab. 18.: Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem stärksten Rückgang der Überschuldungsquote 2015 / 2016 *)

■ Stadt / Kreis	Überschuldungsquoten in %								Abw. *)		Rang	
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	15/16	04/16	2004	2016
Cuxhaven	10,14	10,71	10,52	10,82	10,88	10,92	10,89	10,43	- 0,46	+ 0,37	253	262
Braunschweig, Stadt	10,31	10,75	10,63	10,71	10,62	10,47	10,22	9,87	- 0,35	- 1,60	328	220
Halle (Saale), Stadt	15,58	16,29	16,17	16,94	17,57	17,34	17,13	16,85	- 0,28	+ 1,48	398	394
Wolfsburg, Stadt	8,21	8,52	8,23	8,25	8,17	7,99	8,03	7,79	- 0,25	- 0,65	148	101
Berlin, Stadt	12,16	12,67	12,32	12,56	13,12	13,02	12,99	12,74	- 0,24	- 1,28	381	358
Gießen	8,35	8,76	8,64	8,88	9,23	9,24	9,22	9,00	- 0,23	- 0,16	185	170
Goslar	11,34	12,04	12,13	12,58	12,74	12,88	12,82	12,60	- 0,22	+ 1,60	308	353
Offenbach a. M., Stadt	16,03	16,68	16,93	17,30	18,61	18,04	18,01	17,79	- 0,21	+ 0,58	401	399
Merzig-Wadern	9,03	9,57	9,51	9,89	9,80	9,66	9,42	9,25	- 0,17	- 1,09	264	189
Schwerin, Stadt	11,91	12,17	12,10	12,65	13,42	13,80	14,11	13,95	- 0,16	- 0,12	382	370

*) Abweichung in Prozentpunkten / Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: Vier Kreise / sechs Städte.

Tab. 19.: Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem höchsten Anstieg der Überschuldungsquote 2015 / 2016 *)

■ Stadt / Kreis	Überschuldungsquoten in %								Abw. *)		Rang	
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	15/16	04/16	2004	2016
Straubing	9,43	9,74	9,74	10,05	9,99	10,19	10,23	11,50	+ 1,27	+ 1,41	255	320
Pforzheim	11,62	12,05	12,20	12,62	13,19	13,60	13,64	14,66	+ 1,02	+ 3,79	301	377
Gelsenkirchen, Stadt	14,52	15,41	15,43	16,24	16,23	16,78	16,72	17,67	+ 0,95	+ 3,56	383	398
Amberg	8,68	9,17	8,81	8,88	9,15	9,14	9,43	10,31	+ 0,87	+ 0,74	218	252
Hamm, Stadt	11,49	12,11	12,98	13,62	14,15	14,57	14,30	15,13	+ 0,84	+ 3,20	342	382
Eifelkreis Bitburg-Prüm	7,64	8,19	7,83	7,96	7,72	7,70	7,13	7,92	+ 0,79	- 0,29	137	106
Nürnberg	9,40	9,87	9,81	10,09	10,42	10,52	10,80	11,58	+ 0,78	+ 1,22	267	323
Wiesbaden, Stadt	13,62	14,35	15,22	15,54	16,18	16,27	16,01	16,77	+ 0,76	+ 4,01	362	393
Ansbach	7,91	8,34	8,16	8,61	9,31	9,57	9,99	10,66	+ 0,68	+ 2,11	159	276
Rhein-Lahn-Kreis	9,25	9,72	9,68	10,12	10,03	10,28	10,32	10,95	+ 0,64	+ 0,57	268	295

*) Abweichung in Prozentpunkten / Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: Vier Kreise / sechs Städte.

Tab. 20.: Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem höchsten Anstieg der Überschuldungsquote 2004 / 2016 *)

■ Stadt / Kreis	Überschuldungsquoten in %								Abw. *)		Rang	
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	15/16	04/16	2004	2016
Herne, Stadt	13,38	14,19	14,22	14,92	16,04	16,60	17,07	17,61	+ 0,55	+ 4,86	361	397
Wiesbaden, Stadt	13,62	14,35	15,22	15,54	16,18	16,27	16,01	16,77	+ 0,76	+ 4,01	362	393
Pforzheim	11,62	12,05	12,20	12,62	13,19	13,60	13,64	14,66	+ 1,02	+ 3,79	301	377
Gelsenkirchen, Stadt	14,52	15,41	15,43	16,24	16,23	16,78	16,72	17,67	+ 0,95	+ 3,56	383	398
Neumünster, Stadt	14,86	15,81	15,61	16,65	16,61	16,94	17,09	17,54	+ 0,46	+ 3,22	386	396
Hamm, Stadt	11,49	12,11	12,98	13,62	14,15	14,57	14,30	15,13	+ 0,84	+ 3,20	342	382
Bremerhaven, Stadt	17,81	18,46	18,06	18,32	19,84	20,41	20,82	20,80	- 0,02	+ 3,06	402	402
Wuppertal, Stadt	17,90	17,80	17,87	18,09	17,89	17,77	17,97	18,08	+ 0,11	+ 3,05	393	400
Stuttgart	8,37	8,90	10,02	10,32	10,72	10,92	10,67	11,12	+ 0,46	+ 2,84	138	303
Hagen, Stadt	14,15	14,54	14,36	14,93	14,92	15,03	15,58	16,06	+ 0,49	+ 2,60	374	389

*) Abweichung in Prozentpunkten / Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: Zwei Stadtkreise (Pforzheim, Stuttgart) / acht Städte.

Tab. 21.: Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem höchsten Rückgang der Überschuldungsquote 2004 / 2016 *)

■ Stadt / Kreis	Überschuldungsquoten in %								Abw. *)		Rang	
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	15/16	04/16	2004	2016
Weimar, Stadt	10,25	10,62	10,12	10,51	10,79	10,49	10,58	10,63	+ 0,05	- 3,57	384	273
Erfurt, Stadt	11,06	11,31	11,03	11,28	11,48	11,45	11,40	11,29	- 0,11	- 3,41	391	310
Frankfurt (Oder), Stadt	12,50	12,59	12,24	12,65	12,77	12,72	12,70	12,75	+ 0,05	- 2,52	397	359
Barnim	9,56	9,64	9,35	9,59	9,84	9,74	9,70	9,73	+ 0,02	- 2,19	341	217
Weimarer Land	8,82	9,02	8,79	9,22	9,30	9,36	9,37	9,54	+ 0,17	- 2,16	333	208
Landau i.d. Pfalz, Stadt	9,94	10,04	9,72	9,60	9,54	9,26	9,19	9,10	- 0,09	- 2,04	312	178
Speyer, Stadt	10,93	11,28	10,92	10,89	10,71	10,71	10,65	10,62	- 0,03	- 1,93	356	272
Gera, Stadt	11,07	11,30	10,64	11,16	11,62	11,90	11,88	11,84	- 0,04	- 1,83	377	333
Mainz, Stadt	8,16	8,51	8,33	8,29	8,16	8,05	7,96	7,93	- 0,04	- 1,75	226	107
Märkisch-Oderland	9,23	9,45	9,18	9,66	9,88	10,02	9,88	10,03	+ 0,15	- 1,70	336	236

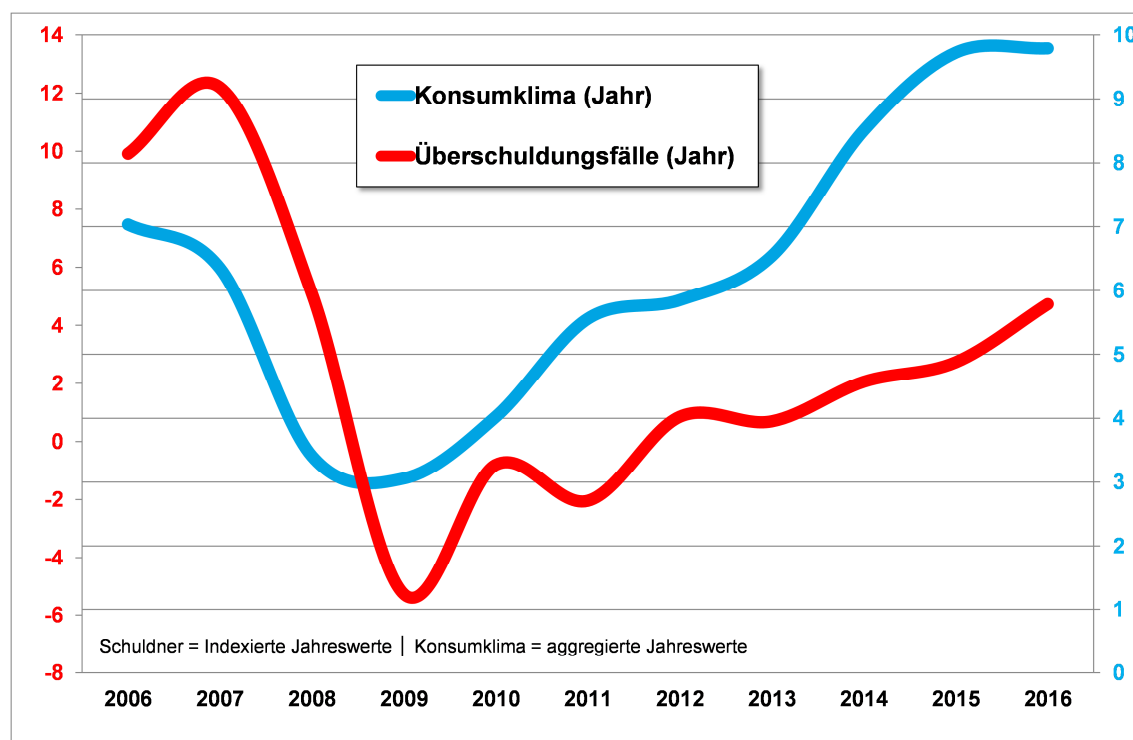
*) Abweichung in Prozentpunkten / Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: Drei Kreise / sieben Städte.

Tab. 22.: Die zehn Städte mit über 400.000 Einwohnern über 18 Jahre mit den höchsten Überschuldungsquoten 2016 *)

■ Stadt	Überschuldungsquoten in %								Abw. *)		Rang	
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	15/16	04/16	2004	2016
Duisburg	13,97	14,67	14,59	15,26	15,36	15,86	16,20	16,64	+ 0,44	+ 2,08	390	392
Dortmund	12,63	13,39	13,47	13,86	14,01	14,26	14,30	14,46	+ 0,16	+ 1,70	363	375
Essen	11,99	12,62	12,08	12,69	12,80	13,15	12,95	13,59	+ 0,64	+ 1,34	349	368
Leipzig	10,99	11,63	11,62	12,17	12,91	13,04	13,33	13,50	+ 0,17	+ 0,86	360	367
Berlin	12,16	12,67	12,32	12,56	13,12	13,02	12,99	12,74	- 0,24	- 1,28	381	358
Bremen	13,11	13,23	12,53	12,64	12,67	12,69	12,76	12,67	- 0,09	+ 0,27	353	356
Düsseldorf	11,96	12,34	12,17	12,49	12,47	12,40	12,35	12,31	- 0,04	- 0,63	368	348
Köln	11,13	11,75	11,59	11,84	11,80	11,75	11,85	11,84	± 0,00	- 0,52	351	334
Nürnberg	9,40	9,87	9,81	10,09	10,42	10,52	10,80	11,58	+ 0,78	+ 1,22	267	323
Stuttgart	8,37	8,90	10,02	10,32	10,72	10,92	10,67	11,12	+ 0,46	+ 2,84	138	303

*) Abweichung in Prozentpunkten / Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: Neun kreisfreie Städte, ein Stadtkreis (Stuttgart).

Dia. 23.: Vergleich der Jahreswerte 2006 bis 2016: SchuldnerAtlas Deutschland zu Konsumklima (GfK)



*) Quelle: Konsumklima: Gesellschaft für Konsumforschung (GfK), Nürnberg (Monatswerte, zu Jahreswerten aggregiert, 2006 bis 2016, für 2016 bis einschließlich September 2016, indexiert). Anmerkung: Das Diagramm vergleicht die Entwicklung der „Realzahlen“ des SchuldnerAtlas Deutschland mit der Entwicklung des GfK-Konsumklimas pro Jahr. Hieraus lässt sich die Entwicklungsrichtung des jeweiligen Indikators ablesen. Bei den Diagrammen werden zwei verschiedene Skalen (jeweils links und rechts vom Diagramm, farblich dem entsprechenden Indikator zugeordnet) verwendet.

Tab. 24.: Überschuldung in Deutschland, Großbritannien und in den USA 2004 bis 2016 *)

■ Überschuldungsquoten	Deutschland		Großbritannien		USA	
	Quote	Personen	Quote	Personen	Quote	Personen
2004	9,74%	6,5 Mio.	7,6%	3,6 Mio.	12,7%	29,8 Mio.
2005	10,43%	7,0 Mio.	8,1%	3,9 Mio.	13,6%	32,2 Mio.
2006	10,68%	7,2 Mio.	8,3%	4,0 Mio.	13,9%	33,3 Mio.
2007	10,85%	7,3 Mio.	10,0%	4,7 Mio.	14,1%	34,1 Mio.
2008	10,11%	6,9 Mio.	10,4%	5,1 Mio.	14,7%	35,7 Mio.
2009	9,09%	6,2 Mio.	11,3%	5,5 Mio.	16,1%	39,5 Mio.
2010	9,50%	6,5 Mio.	13,8%	6,8 Mio.	17,4%	43,2 Mio.
2011	9,38%	6,4 Mio.	15,3%	7,6 Mio.	19,4%	48,5 Mio.
2012	9,65%	6,6 Mio.	14,5%	7,3 Mio.	21,0%	52,9 Mio.
2013	9,81%	6,6 Mio.	13,9%	7,1 Mio.	19,8%	50,2 Mio.
2014	9,90%	6,7 Mio.	13,8%	7,1 Mio.	18,6%	47,4 Mio.
2015	9,92%	6,7 Mio.	13,5%	7,0 Mio.	17,3%	44,5 Mio.
2016	10,06%	6,8 Mio.	13,9%	7,2 Mio.	16,8%	43,6 Mio.
<i>Abw. 2015 / 2016</i>	<i>+ 0,13</i>	<i>+ 0,04 Mio.</i>	<i>+ 0,4</i>	<i>+ 0,2 Mio.</i>	<i>- 0,5</i>	<i>- 0,9 Mio.</i>
<i>Abw. 2004 / 2016</i>	<i>+ 0,31</i>	<i>+ 0,18 Mio.</i>	<i>+ 6,3</i>	<i>+ 3,6 Mio.</i>	<i>+ 4,1</i>	<i>+ 13,8 Mio.</i>

*) Quellen: Deutschland: Creditreform Boniversum 2004 bis 2016. Schätzungen / Hochrechnungen für GB: Schuldenreport 2006 / Experian 2007 (Bezug: Personen mit hohem bis sehr hohem finanziellen Stress) / USA: Schuldenreport 2006 / U.S. Census Bureau. Rundungsdifferenzen möglich (Abweichungen in Punkten bzw. in Millionen).

Hinweis zum Gastbeitrag von Prof. Dr. Cäzila Loibl

Der gesamte Beitrag – einschließlich Tabellen, Fußnotenapparat und umfassender Bibliographie – kann auf folgender Internetseite heruntergeladen werden: go.osu.edu/GastbeitragLoibl.

Direkter Kontakt:

Cäzilia Loibl, Ph.D., CFP®,

Department of Human Sciences

College of Education and Human Ecology

The Ohio State University, Columbus, Ohio 43210

Tel.: 001-614-779-7646,

Email: loibl.3@osu.edu

Internet: <http://ehe.osu.edu/human-sciences/directory/?id=loibl.3>

Quellen

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, 86. Jahresbericht, Juni 2016

DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 08/2016, Effekte der EZB-Politik, darin: Flüchtlingszuwanderung: Mehrheit der Deutschen befürchtet negative Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft, S. 158-167

DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 32 & 33/2016, Wirtschaftliche Unsicherheit durch Brexit-Referendum, S. 695-708

Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 096, 15.03.2016: 2015: Stärkstes Wachstum der privaten Konsumausgaben seit dem Jahr 2000

Statistisches Bundesamt, Statistik zur Überschuldung privater Personen 2014, 01.07.2015, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 334, 22.09.2016: Armutsgefährdung in Westdeutschland im 10-Jahres-Vergleich gestiegen

Gastbeitrag: Prof. Dr. Căzila Lobl

Jones, L.E., C. Loibl, and S. Tennyson, Effects of informational nudges on consumer debt repayment behaviors. *Journal of Economic Psychology*, 2015. 51, S. 16-33

Lusardi, A. and P. Tufano, Debt literacy, financial experiences, and overindebtedness. *Journal of Pension Economics and Finance*, 2015, 14 (Special issue 04), S. 332-368

Reisch, L.A. and C.R. Sunstein, Do Europeans like nudges? *Judgment and Decision Making*, 2016. 11(4): S. 310-325

Shah, A.K., S. Mullainathan, and E. Shafir, Some consequences of having too little. *Science*, 2012. 338 (November 2002): S. 682-685

Neuss, 10. November 2016

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschaftsforschung

Leitung: Michael Bretz, Telefon: (02131) 109-171

Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

Redaktion: Dr. Rainer Bovelet, Aachen

Gastbeitrag: Cäzilia Loibl (Jahrgang 1969) hat in den Haushalts- und Ernährungswissenschaften einer Arbeit zur Finanzplanung in privaten Haushalten an der Technischen Universität München promoviert. Sie ist als Associate Professor für das Fachgebiet Consumer Sciences an der Ohio State University in den USA tätig. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Finanzplanung und der Evaluierung staatlicher Programme zur Finanzbildung.

Datenmaterial und Karten:

Creditreform Boniversum GmbH

Hellersbergstraße 11, D - 41460 Neuss

Telefon: (02131) 109-501

microm

Micromarketing-Systeme und Consult GmbH

Hellersbergstraße 11, D - 41460 Neuss

Telefon: (02131) 109-701

Alle Rechte vorbehalten

© 2016, Verband der Vereine Creditreform e.V.,

Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

